links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Forum für Monika Haas: Interview

Arbeitseinsatz für Erwerbslose

Grüner Abschiebeknast

AKW-Bewegung

POLITIK GLOBAL

Offenbach Nr. 302 / 303 27. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Juli / August '95

Geneigte Leserinnen und Leser!

Kaum etwas wird in diesem Land zur Zeit so gesucht wie linker Terrorismus. Seit geraumer Zeit bemühen sich Regierung und Verfassungsschutz, Polizei und Medien in (ver)trauter Gemeinschaft darum, Spuren zu legen und zu finden. Jeder, auch noch so vage Anhaltspunkt läßt alle aufatmen: Endlich bedrohen wieder einmal linke Terroristen unseren Staat!

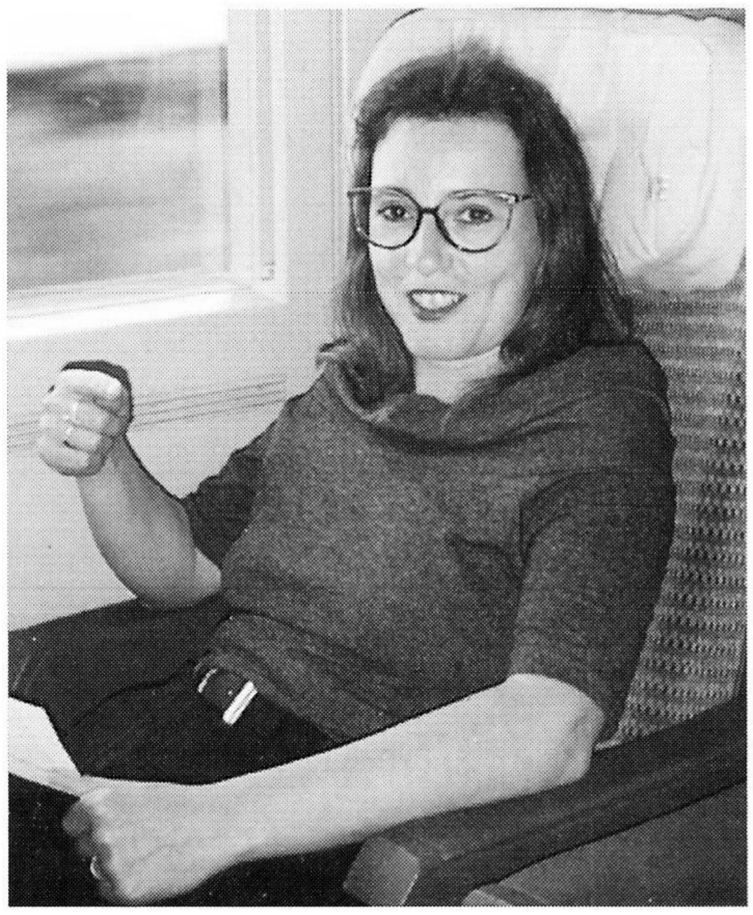
Wie wichtig linker Terrorismus für dessen Legitimation ist, dürfte spätestens seit den 70er Jahren hinlänglich bekannt sein. Anschläge und Aktivitäten der RAF und anderer Gruppen waren immer ein gefundenes Fressen für die, denen Staatssicherheit oberstes politisches Prinzip ist. Kein Wunder also, daß die Auflösung dieser Szenen eine Lücke hinterlassen hat, die sich so leicht nicht wieder füllen läßt. Rechtsradikale, neofaschistische und rassistische Anschläge sind da kein Ersatz.

Im Gegenteil. Je mehr der Terror von Rechts zunimmt, desto intensiver wird die Suche nach dem linken Pendant. Lange Jahre glaubte man, die „Autonomen" könnten die freigewordene Position besetzen. Alle Versuchungen medialer und militanter Art zeitigten jedoch nur wenig Erfolg. Um so wertvoller wurde der Schatz an RAF-Gefangenen in bundesdeutschen Gefängnissen, die je nach Bedarf immer mal wieder vorgeführt werden können. Doch das reicht wohl nicht aus.

Das Fehlen eines aktiven Linksterrorismus lenkt die Blicke zu sehr auf die Ausfransungen am rechten Rand der Gemeinschaft staatlicher LeistungsträgerInnen. Die Nähe vieler RepräsentantInnen und SchützerInnen dieses Staates einschließlich ihrer medialen Wasserträger zu extrem nationalkonservativen und rechtsradikalen Ideologien ist legitimatorisch einigermaßen prekär. Demokratische Saubermänner und Sauberfrauen kommen ins Gerede. Die herrschende politische Klasse, die sich selbst zur staatstragend-demokratisch-solidarischen Mitte stilisiert, findet sich plötzlich an den rechten Rand gerückt. Das trifft zwar zu, wirkt aber unschön und bringt die legitimatorischen Spielregeln durcheinander. Die verbale Distanzierung von der gewalttätigen Rechten allein kann die Seelenverwandtschaft nicht vertuschen. Wie schön ist es da, wenn sich eine terroristische Bedrohung durch linksradikale Gruppen herbeizaubern läßt!

Dazu bedarf es allerdings einiger Mühe. Während der Verfassungsschutz gelegentliche Razzien in Autonomenkreisen durchführt wie jüngst wieder gegen die *radikal* und der BND im Ausland einen „hochkarätigen Terroristen" einkauft (Johannes Weinrich), bemühen sich die Medien, auch die öffentlich-rechtlichen, über links- und rechtsradikale Aktivitäten wie üblich „ausgewogen" zu berichten. Was macht es schon, wenn da Unvergleichbares verglichen und absurde Gemeinsamkeiten suggeriert werden. Am schönsten wäre es sicher, die RAF könnte einfach wiederbelebt werden. An der unendlichen Geschichte des linken Terrorismus weiterzuspinnen, bleibt herrschende Staatsräson. Was machts, wenn dabei Menschen auf der Strecke bleiben, wie jetzt wieder im Fall von Monika Haas.

„Globale Politik" ist der Schwerpunkt dieses Heftes. Dabei ist es uns ausdrücklich nicht darum gegangen, den „Sachzwang Weltmarkt" aufs Neue zu beschwören, der inzwischen zu einer Art Totschlagsargument verkommen ist und vor allem dazu dient, die herrschende Politik zu legitimieren. Wir wollten fragen, wo im globalisierten Kapitalismus politische Spielräume und Ansätze zu finden sind, sowohl theoretisch als auch was die konkreten Akteure angeht. Die Antworten, so es sie gibt, sind gewiß vorläufig und widersprüchlich.



Schließlich gibt es noch Neues aus der Redaktion zu berichten. Sigrid Schönecker, die drei Jahre lang die *links* als Sekretärin betreut hat, verläßt uns. Sie hat sich entschlossen, noch einmal einen ganz neuen und ganz anderen beruflichen Weg zu beschreiten. Die Zurückgebliebenen bedauern dies sehr, weil sie der Redaktion bei ihrer oft schwierigen und von harten Zerreißproben geprägten Arbeit sehr geholfen hat. Ihre Nachfolge treten Thomas Kunz, langjähriges Redaktionsmitglied, und Gottfried Oy an. Die beiden haben sich vorgenommen, erneut etwas frischen Wind in die Redaktionsarbeit zu bringen. Wir danken Sigrid für die gute Zusammenarbeit und wünschen Thomas und Gottfried viel Glück bei ihrer neuen Aufgabe!

Die Redaktion

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Rosi Karges, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Sigrid Schönecker, Jens Winter

Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Felix Schneider

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstraße 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: D.L., Mazzatenta, 1985

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Sep./Okt.-Ausgabe '95 ist der 10. August '95

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Doppelheft W: DM 13,-/O: DM 10,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.59) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 30.9. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-

HD-Diskette (kein ASCII) eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

CHRISTOPH GÖRG: Blamage der „Weltgemeinschaft“ ?! 4

AKTUELL

GOTTFRIED OY: „Das ist eine offen reaktionäre Geschichtsbearbeitung“. Interview mit dem »Forum für Monika Haas« 5

MONIKA HAAS: Offener Brief an Souhaila Andrawes, Oslo – Norwegen 7

AKTIVISTINNEN DES INITIATIVKREISES BLEIBERECHT HESSEN: Grün, grün, grün ist alles was ich trage... Abschiebeknast in Offenbach 8

THOMAS KUNZ, MICHAELA LÖNNEBERGER, GOTTFRIED OY: Toleranz am Main. Frankfurter Asta und KOZ 9

LUDI LODOVICO: Nach unten offen. Intellektuelle Tiefpunkte zum 8. Mai 10

HARALD REIN: Eine Vergangenheit, die nicht endet. Arbeitseinsatz für Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen auf dem Vormarsch 11

WOLFGANG EHMKE: Totgesagte leben länger. Zur Renaissance der Anti-AKW-Bewegung 15

DOKUMENT: Ein politisches Problem. Preussen Elektra zu Castor 16

LUDI LODOVICO: Tradition und Wallfahrten. Zum 8. Mai in Frankreich 17

KONGRESSE

JENS WINTER: Autonomie und Selbstkritik. Ansprüche an einen Autonomen-Kongreß im Jahre 1995 18

CLAUDIA BERNHARD: Willkommen in der Wirklichkeit. 19. Bundeskongreß entwicklungspolit. Gruppen 20

POLITIK GLOBAL

JOACHIM HIRSCH: Mythos Globalisierung 23

ULRICH BRAND: Wohin die Hoffnung trägt. Was sind Nichtregierungsorganisationen 26

BERND RÖTTGER: Global Governance oder Politik des Weltmarktes. Ideologische Renovierung des kapitalistischen Weltsystems 29

KURT HÜBNER: Droht die finale Krise des globalen Kapitalismus? 32

STEPHAN HESSLER: Sympathy for the Devil? Neue Multis im Tertiären Sektor 34

VIKTOR SUKUP: Die Krise der neoliberalen Modelle in Lateinamerika 37

JENS WINTER: Globalisierung und der Traum von Befreiung 40

MATTHIAS PROSKE: Kaffee und andere Fairführer 43

UWE FAHR: Globale Kommunikation. Politischer Umgang mit den weltumspannenden Datennetzen 46

EIKE HENNIG / MANFRED KIESERLING: Global Cities: Wunderland und Wanderland ohne Politik, aber mit Polarisierung. Blick durch die Literatur 49

BUCHBESPRECHUNG

EVANGELIA WASDARIS / ANETTE LÜTZEL: Lebenswege. Zwischen Europa und Lateinamerika 52

UWE FAHR: Der Mangel an ethischer Reflexion. Oliver Tolmein „Wann ist der Mensch ein Mensch?“ 53

GOTTFRIED OY: Notwendiger Irrtum Identität. Judith Butlers neues Buch „Körper von Gewicht“ 54

URS HAFNER: Marx auf dem Kopf 56

NACHRUF

ALFRED KROVOZA: Zum Tod von Fritz Schmidt 57

RUBRIKEN

Abo 59

CHRISTOPH GÖRG

Blamage der „Weltgemeinschaft“ ?!

Da setzt sich der bundesdeutsche Verteidigungsminister Anfang Juni 1995 in eine Pressekonferenz und redet von Peace-keeping-Kräften in Bosnien – und kein Blitz fährt vom Himmel, keine Spalte im Boden öffnet sich. Hätte es noch eines Beweises bedurft, so wäre er damit erbracht: mit der göttlichen Rache angesichts menschenverachtendem Zynismus ist es nicht weit her. Seit Jahren herrscht Krieg im früheren Jugoslawien, seit drei Jahren wird die bosnische Hauptstadt belagert, werden viele andere bosnische Städte und Dörfer beschossen, werden Menschen vertrieben, gefoltert und ermordet – und da redet einer von Friedenserhaltung. Als die UN damals in Sarajewo, Tuzla, Gorazde Uno-Schutzzonen einrichtete, keimte noch eine gewisse Hoffnung auf. Und vielleicht hat die Uno damit tatsächlich sogar die völlige Zerstörung dieser Städte verhindern geholfen. Der Zivilbevölkerung hat sie sicherlich in vielen Fällen wenn nicht Schutz so wenigstens das zum Überleben notwendigste verschaffen können.

Aber wenn heute ein politisch verantwortlicher Politiker von Peace-keeping redet, dann betet er nicht nur im diplomatischen Jargon das offizielle Mandat der UN-Truppen nach, die nach wie vor nicht „erzwingend“ eingreifen dürfen. Er bestätigt auch ungewollt, was schon immer das Ziel ihres Einsatzes war: (tatsächlich oder nur vermeintlich) schlimmeres zu verhindern, den Status quo zu sichern und ansonsten den Einfluß auf und die Gnade der Kriegsparteien nicht zu verlieren. Wenn von einem klaren Ziel überhaupt die Rede gewesen sein konnte. Zu heterogen waren von Anfang an die Interessen der europäischen und außereuropäischen Staaten, zu beladen war der Verhandlungsprozeß mit alten Allianzen, gefestigten Feindbildern und neuen Machtambitionen, als daß zu irgendeinem Zeitpunkt ein konsequenter und von allen geteilter Friedenswille erkennbar gewesen wäre – von einem Plan gar nicht zu reden.

Heute von einer Blamage der „Weltgemeinschaft“, der UN oder der sog. „Schutztruppen“ zu reden, trägt nicht viel zum besseren Verständnis der Situation in Bosnien bei, wohl aber zu ihrer Vernebelung. Die Blamage der UN-Truppen jedenfalls beginnt nicht erst mit dem Abschuß des amerikanischen Aufklärungsflugzeugs oder mit der Geiselnahme der UN-Soldaten. Die Blamage beginnt, man muß es immer wiederholen, spätestens Mitte der 80er Jahre, als öffentliches Desinteresse die Großserbienpolitik von Miloševic, den sich herausbildenden Nationalismus in den Teilrepubliken des früheren Jugoslawien und ihre Folgen nicht bemerkte oder falsch einschätzte. Sie setzt sich fort mit dem Katastrophen-Herbeiführungs-Plan der EU-Außenminister unter Führung Genschers zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Und die Blamage wird zur Routine mit der Tätigkeit der verschiedenen Vermittler, deren Verhandlungsprozeß keinen Frieden, wohl aber die Aufteilung Bosniens und die Wandlung von Kriegsverbrechern zu Staatsmännern gebracht hat. Schon längst waren die „Schutztruppen“ zum Spielball taktischer und strategischer Kalküle der offiziellen und inoffiziellen Kriegsparteien geworden, bevor sie auch für alle sichtbar zum Faustpfand gegen weitere Luftangriffe gemacht wurden.

Eine Blamage im wörtlichen Sinne könnte allerdings nur vorliegen, wenn eindeutig von der sog. „Weltgemeinschaft“ etwas anderes gewollt worden, aber an seiner Umsetzung gescheitert wäre. Doch diese von den Medien nachgebetete Botschaft geht völlig an den Realitäten vorbei. Von Anfang an gab es nicht das Interesse der „Weltgemeinschaft“, sondern sehr spezifische Interessen einzelner Länder, oftmals noch durch eine gehörige Portion Borniertheit ergänzt. Und schon gar nicht gab und gibt es eine metaphysische Verantwortung jener vermeintlichen Gemeinschaft, deren Gemeinschaftlichkeit doch eher dem des Wolfsrudels gleicht (ohne damit den Wölfen unrecht tun zu wollen).

Wichtig für Genese und Dynamik des Krieges waren dagegen die Ambitionen Deutschlands als europäische Führungsnation und seine traditionell guten Beziehungen zu Kroatien, die schon lange vor dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens zu dessen Destabilisierung beitrugen. (An diese Tradition möchte verständlicherweise kein deutscher Politiker gerne erinnert werden, könnte er doch etwas erfahren über die Rolle Nazi-Deutschlands bei der Entstehung von Unrecht und Haß auf dem Balkan.) Zu erkennen waren die Interessen der englischen und französischen Regierungen, ihren Einfluß auf Rest-Jugoslawien nicht zu verlieren. Mehr und mehr geriet der Krieg unter den Einfluß der wiedererstarkenden Machtpolitik Rußlands, und wurde damit auch abhängig von den inneren Machtkämpfen in Moskau. Daß dabei die Region wieder mal zum Feld konfligierender Interessen der Großmächte wurde, denen sich auch die USA immer weniger entziehen konnte und wollte, war nicht erst in den letzten Wochen zu beobachten. Dies erst gab dem Hauptverantwortlichen für den Krieg, dem Machtstrategen Miloševic, die Chance, vom allseits verteufeltem Bösen in Person zum Friedensvermittler zu mutieren.

All dies hat sich schon seit geraumer Zeit entwickelt und konnte längst gewußt und ins Kalkül gezogen werden. Da auch das Waffenembargo faktisch schon lange Zeit nur noch auf dem Papier steht, das bzgl. Uno-Resolutionen offenkundig besonders geduldig ist, dürfte selbst ihr formelles Ende keine größeren Auswirkungen haben. Und ob die sich abzeichnende Offensive der bosnischen Regierungstruppen zu einer tiefgreifenden Änderung der Lage führt, läßt sich bislang (16.6.) nicht absehen. Neu ist dagegen, daß nun eine Schutztruppe die Schutztruppen bewacht, ohne dabei wohl mehr Erfolg zu haben. Neu ist auch, daß den Menschen in Bosnien nun auch bewiesen wurde, was sie im Grunde eh schon wußten – daß sie sowieso niemand schützt. Allerdings ist dies eine Blamage, aber eine anderer Art. Wie schrieben zwei kluge Menschen vor 150 Jahren: Eine Idee (wie die von der Verantwortung der Weltgemeinschaft) blamiert sich immer, soweit sie von den Interessen unterschieden war! ●

Monika Haas sitzt seit Anfang November 1994 im Untersuchungsgefängnis Frankfurt-Preungesheim. Ihr wird vorgeworfen, 1977 Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" nach Palma de Mallorca gebracht zu haben. Die Bundesanwaltschaft, die sich in ihrer Anklage vom 16. Mai dieses Jahres auf Aussagen der im Oktober 1994 in Oslo festgenommenen Souhaila Andrawes, einzige Überlebende des PFLP Entführungskommandos „Martyr Halimeh" der „Landshut", stützt, bereitet die Eröffnung des Verfahrens vor. Monika Haas, die sich Anfang der siebziger Jahre in Frankfurt im Häuserkampf und in den Komitees für politische Gefangene engagierte, verließ 1975 die Bundesrepublik und lebte im Jemen mit ihrem Ehemann Zaki Helou. Anfang der 80er Jahre kehrte sie in die Bundesrepublik zurück und arbeitet heute als Frauenbeauftragte an der Frankfurter Universitätsklinik.

In der Anklageschrift, in der aus dem Vorwurf des Waffentransports eine Mitwisserinnenschaft an der „Landshut"-Entführung und somit eine Tatbeteiligung an der Schleyer-Geiselnahme abgeleitet wird, scheint sich die Bundesanwaltschaft aber auch auf eine vor vier Jahren von *Spiegel* und *Spiegel TV* losgetretene Kampagne zu stützen, in der versucht wurde, Monika Haas zu einer „gefährlichen Top-Terroristin" und gleichzeitigen „Agentin westlicher Geheimdienste" zu machen. Nach Öffnung des Archivs des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, in dem sich auch eine Akte über Monika Haas befand, war es der *Spiegel,* der sich darüber mokierte, daß diese „geheimnisvolle Gestalt der europäischen Terrorismus-Szene", die laut *Spiegel* „jahrelang inmitten des komplizierten Beziehungsgeflechts von RAF, Palästinensern und Stasi saß" und laut Stasi-Akte gleichzeitig für westliche Geheimdienste aktiv gewesen sein soll, unbehelligt in Frankfurt leben könne. Monika Haas hat sich gegen diese Unterstellungen immer zur Wehr gesetzt, konnte aber letztlich nicht verhindern, daß diese abstrusen Vorwürfe zusammen mit der Aussage von Souhaila Andrawes zu Verhaftung und Anklage führten.

Zu ihrer Unterstützung hat sich das „Forum für Monika Haas" gegründet, das sich kürzlich mit einem von 120 Personen unterzeichneten Spendenaufruf für die Verteidigung an die Öffentlichkeit wand. Für die *links* sprach Gottfried Oy mit Cornelia Spohn und Heike Gumpert vom „Forum für Monika Haas".

GOTTFRIED OY

„Das ist eine offen reaktionäre Geschichtsbearbeitung"

Interview mit dem »Forum für Monika Haas«

Zunächst einmal: Wie geht es Monika Haas? Ihr schreibt in Eurem Spendenaufruf u.a., es bestehe die Gefahr, daß sie ihren Arbeitsplatz verliert und daß die Existenzgrundlage ihrer Familie zerstört werde.

Cornelia Spohn: Wer Monika kennt, weiß, daß sie zu den Frauen gehört, die sich nicht unterkriegen lassen und die in Situationen, wo ihnen der Wind ins Gesicht bläst, eher wachsen. Insofern hält sich Monika im Knast sehr tapfer und sammelt die Wut an, die sie braucht, um gegen die Unterstellungen zu powern, die gegen sie gerichtet werden. Es ist eine große Sauerei, daß Monika in Untersuchungshaft gehalten wird, obwohl sie zwei minderjährige Kinder hat. Die Kinder sind 17 und 14 Jahre und versorgen sich jetzt mehr oder weniger alleine. Sie haben einen großen Bruder, der sich sehr um sie kümmert und es gibt vom Sozialamt eine sozialpädagogische Betreuung, aber letztlich müssen sie alleine klarkommen.

Heike Gumpert: Das ist auch Monikas größtes Problem. Ich habe sie einmal besucht und sie sagte: „Ich komme hier schon klar, aber was mich bedrückt, ist die Situation meiner Kinder." Zu ihrer beruflichen Situation läßt sich sagen, daß der Personalrat der Universitätsklinik der versuchten Kündigung widersprochen hat. Daraufhin gab es ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, das die Kündigung als nicht statthaft zurückwies.

Spohn: Das ist der aktuelle Stand, sie ist nach wie vor Frauenbeauftragte der Universitätsklinik.

Was ist das „Forum für Monika Haas"? Wie versteht ihr eure Arbeit? Inwieweit bezieht ihr euch auf die politische Vergangenheit von Monika Haas in Frankfurt? Gibt es da eventuell biographische Berührungspunkte?

Gumpert: Als Monika im Frühjahr 1992 das erste Mal verhaftet wurde, haben sich spontan Freundinnen und Freunde von ihr getroffen, um überhaupt mal zu gucken, was man jetzt tun kann. Die Kinder waren noch kleiner und mußten direkt versorgt werden. Diese Gruppe, die da zusammenkam, bestand aus ca. 15 Personen. Wir nannten uns erstmal inoffiziell „Freundeskreis Monika Haas". Wir haben damals angefangen, unsere Unterstützungsarbeit zu organisieren. Erstmal haben wir nur das allernötigste gemacht: Kinder versorgt, Geld beschafft, mit dem Anwalt Kontakt aufgenommen, sie besucht. Eh das Ganze so richtig in die Gänge kam, war sie ja zum Glück wieder draußen. Dann ist dieser Kreis erstmal

auseinandergegangen. Das waren Freunde oder Freundinnen von ihr, von vor 20 Jahren oder aus der Zeit, wo ihre Kinder in den Kinderladen oder in die Schule gingen, oder auch Leute wie ich, ich kenne Monika erst seit vier Jahren.

Als Monika jetzt erneut verhaftet wurde haben sich dieselben Leute wieder getroffen – übrigens im wesentlichen Frauen –, einige Neue kamen noch hinzu. Diesmal wurde die soziale Seite ziemlich schnell geregelt und wir begannen mit einer politischen Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben gezielt die Presse und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angesprochen, haben den Spendenaufruf mit den gesammelten Unterschriften veröffentlicht und sind nun dabei, eine gute Prozeßvorbereitung und -begleitung zu machen.

Spohn: Das Forum versteht sich nicht als „Komitee". Wir wollen das, was an Monika aufgehängt und um Monika herumgestrickt wird, offen und politisch diskutabel machen. Wenn du dir anguckst, was ihr alles vorgeworfen wird und was an ihrer Person alles aufgerollt werden soll, dann ist da ganz viel politische Geschichte der 70er Jahre drin. Das Forum setzt sich aus Personen zusammen, die eine ganz unterschiedliche politische Vergangenheit und Gegenwart haben. Das ist sehr wichtig. Ich denke wir sind so ein bißchen wie ein Spiegelbild der Öffentlichkeit, die wir auch erreichen wollen. Es gibt Leute, die selber so eine Geschichte aus den 70ern haben wie Monika, es gibt Leute aus dem linksliberalen Spektrum und es gibt Leute, die Monika aus jüngerer Zeit aus Frauenzusammenhängen kennen.

Wie beurteilt ihr die Einschätzung, daß an Monika Haas „eine offene Rechnung aus dem deutschen Herbst 1977", so die FRANKFURTER RUNDSCHAU, beglichen werden soll?

Spohn: Wir wollen mit unserer Arbeit deutlich machen, wie hier in völlig absurder und logisch nicht mehr nachvollziehbarer Weise staatlicherseits angebliche Lücken in der Verfolgung dessen geschlossen werden sollen, was in den 70er Jahren radikale Politik gewesen ist. Das ist eine politische Auseinandersetzung, die wir nicht der Bundesanwaltschaft und dem Spiegel überlassen dürfen. Bezüglich Monika ist schlicht zu sagen: Ich bin dagegen, daß jemand mit einem aufrechten Gang wie Monika Haas kaputtgemacht wird. Es darf einfach nicht sein, daß aufgrund dermaßen dubioser Anschuldigungen, die auf so merkwürdigen Quellen beruhen, daß eine Frau, die seit 14 Jahren hier lebt und arbeitet auf einmal im Knast sitzt.

Gumpert: Es geht auch um die Schaffung eines Gegenklimas. Die Bundesanwaltschaft und der Spiegel führen sehr planmäßig ein richtiges Hysterieklima ein. Wenn du die Nachrichten gesehen oder Zeitung gelesen hast als die Anklage erhoben wurde, dann hast du gemerkt: Da soll etwas aufgebaut werden. Uns geht es um Aufklärung über die wirklichen Zusammenhänge. Das ist nicht einfach, da der Herbst 1977 ein sehr ambivalent besetztes Thema in der Linken ist. Einige, die wir angesprochen haben, haben ganz klar gesagt: Da will ich nichts mehr mit zu tun haben. Ich denke, das hat was damit zu tun, daß viele von uns aus dieser Zeit unerledigte Angelegenheiten zurückgelassen haben. Ich halte das für einen ziemlich wichtigen Aspekt. Ich kann das verstehen, ich finde es auch nicht einfach, sich damit zu beschäftigen. Man muß klarkriegen, daß man sich nicht erneut in irgendwelche Bekentnisse begibt, wenn man sagt: So eine Behandlung einer Frau, die früher einmal aktiv gewesen ist und weiterhin politisch aktiv ist, darf nicht sein. Monika ist nicht bereit, denen aus der Hand zu fressen. Und sie ist auch nicht bereit, ihren Gedanken und Ideen abzuschwören, denen sie einmal anhing. Das ist ihre Sache und da besteht sie auch darauf. Eine solche Frau zu unterstützen, stößt auch an Grenzen, die damit zu tun haben, wie die ehemalige Linke mit dieser Zeit der 70er und 80er Jahre umgegangen ist. Das spüren wir schon ziemlich deutlich.

Ihr kritisiert in eurem Spendenaufruf vor allem zwei Dinge: Die Berichterstattung des SPIEGEL und die unter den Versprechungen der Kronzeugenregelung zustande gekommene Aussage von Souhaila Andrawes. Könnt ihr diese beiden Kritikpunkte näher erläutern?

Spohn: Die Kritik an der Kronzeugenregelung ist ein wichtiger Punkt unserer Arbeit. Wir haben zum einen selber erstmal festgestellt, wie wenig informiert wir waren. Zum anderen haben wir beim Sammeln der Unterschriften für unsere Anzeige von verschiedenen Leuten, auch Leuten die sich als Linke verstehen, gesagt bekommen: Na ja, die Kronzeugenregelung hat doch auch ihr gutes, dieses Totschlagargument mit der Mafia in Italien, die ja ohne Kronzeugenregelung gar nicht zu bekämpfen sei. Abgesehen davon, daß das nicht stimmt: Die Haltung zur Kronzeugenregelung ist eine Grundsätzliche, ich kann sie nicht unterteilen in Situationen, wo sie mir vielleicht ins Konzept paßt, und in Situationen, wo ich sie ablehne.

Am Beispiel von Monika zeigt sich, daß die Kronzeugenregelung jemanden, der unter massivem Druck steht, dazu veranlaßt, Falschaussagen zu machen. Und daß aufgrund solcher produzierter Beweise jemand inhaftiert werden kann. Das darf einfach nicht sein, die Kronzeugenregelung führt das Prinzip der Wahrheitsfindung in Strafverfahren ad absurdum, und das geht jeden von uns etwas an.

Wir haben uns auch mit den Artikeln im *Spiegel* befaßt. Wie wird Monika dargestellt, wie wird sie aufgebaut und welche Ziele werden mit dieser Darstellung verbunden. Sogar an der Wortwahl läßt sich feststellen, daß systematisch aus Versatzstücken, sei es aus dieser OV-Akte der Stasi, sei es aus sonstigen dubiosen Quellen, ein Bild aufgebaut wird, das Monika zur „Top-Terroristin" und „Super-Agentin" macht. Das ist eine massive Propaganda.

Gumpert: Im letzten *Spiegel*-Artikel vom Januar kann man auch ziemlich gut sehen, daß mit dem Interesse, Monika Haas in die Pfanne zu hauen ein anderes Interesse einhergeht. Und das ist ein ziemlich reaktionäres Interesse. Wie in diesem Artikel die Palästinensische Befreiungsbewegung beschrieben wird, ist einfach ungeheuerlich. Da werden die palästinensischen Organisationen als Terrorvereine dargestellt, es werden keinerlei soziale Zusammenhänge benannt und es wird so getan als ob das irregeleitete junge Leute gewesen wären, die einfach drauflos geballert haben. Das soll die Palästinensische Befreiungsbewegung gewesen sein? Der Augstein hat sie nicht alle. Das ist eine offen reaktionäre Geschichtsbearbeitung. Geschichte wird umgedreht und das finde ich ziemlich empörend. Letztlich geht es interessierten Kreisen darum, ein anderes politisches Klima in diesem Land zu schaffen und dafür wird Monika benutzt. Da arbeiten verschiedene Kräfte in merkwürdiger Weise zusammen: Die Bundesanwaltschaft und der *Spiegel.*

Spohn: Am deutlichsten wird das an der Unterstellung, Monika hätte mit verschiedenen Geheimdiensten zusammengearbeitet. Wenn das alles stimmen würde, würde ich meinen Hut ziehen vor dieser Frau. Gleichzeitig mit BND, Stasi und Mossad zusammenzuarbeiten, das erfordert Fingerspitzengefühl, würde ich mal sagen. Da bräuchte man eine schizophrene Persönlichkeitsstruktur, um so was machen zu können.

Wichtig ist aber, was mit diesen Unterstellungen transportiert werden soll. Westliche Geheimdienste sollen in einer Weise erhöht werden, daß du letztlich sagst: Aha, diese ganzen Befreiungsbewegungen, welche auch immer, westdeutsche Stadtguerilla und sonstwas sind ja im Grunde nur eine Ausgeburt von diesen Geheimdiensten, die das von vorneherein immer unter Kontrolle hatten. Es soll eine bestimmte politische Sichtweise etabliert werden, die fundamentale Kritik und Praxis als eigenständige Kraft nicht zuläßt.

Gerade wir, die wir die 70er Jahre miterlebt haben, müssen da protestieren.

Dann kommt bei Monika auch noch hinzu, daß die Tatsache, daß da eine deutsche Frau in einem arabischen Land lebt und mit einem Palästinenser verheiratet ist, ja schon fast was unanständiges hat. Sämtliche verborgenen Phantasien von „den Arabern" – gerade auch bei den Männern –, all das, was in unserer Gesellschaft so kursiert an Vorstellungen, konzentriert sich dann in dieser „schönen Frau", wie sie der *Spiegel* nennt, die diese unverzeiliche Sünde begangen hat, deutsche Männer zu verschmähen und einen Araber zu heiraten. Das kommt subtil und unterschwellig in der Berichterstattung zum Vorschein. Das hat was absolut sexistisches.

Wie geht es jetzt weiter für Monika Haas? Wann ist mit der Eröffnung des Hauptverfahrens zu rechnen?

Spohn: Konkret sieht es so aus: Die Anklage ist von der Bundesanwaltschaft erhoben worden. Der 5. Senat des OLG Frankfurt wird jetzt darüber entscheiden, ob und in welchen Punkten die Anklage zugelassen wird. Da hat dann wieder die Bundesanwaltschaft die Möglichkeit, Widerspruch einzulegen, falls bestimmte Anklagepunkte nicht zugelassen werden sollten. Dann geht das ganze zum BGH und der BGH entscheidet letztendlich, zu welchen Anklagepunkten das Hauptverfahren eröffnet werden soll.

Gumpert: Wir rechnen damit, daß das Hauptverfahren im Oktober oder November eröffnet wird. Nach wie vor steht aber die Forderung, daß Monika sofort aus der Untersuchungshaft entlassen werden soll. Es gibt überhaupt keinen Grund sie festzuhalten, das Ganze wird immer absurder.

Spohn: Angesichts ihrer sozialen Situation und ihrer mehrmaligen Versicherung, sich nicht dem Verfahren entziehen zu wollen, kann Fluchtgefahr nicht der Grund für ihre Verhaftung sein. Auch Verdunkelungsgefahr, der andere Grund für U-Haft, ist nach 17 Jahren nun wirklich obsolet. D.h. der eigentliche Grund, sie in Haft zu halten, besteht darin, massiven Druck auf sie auszuüben, sie möglichst fertig machen zu wollen, mit der Hoffnung, sie könnte doch irgendwas erzählen. ●

Offener Brief an Souhaila Andrawes

Oslo – Norwegen

Monika Haas, 8.5.1995

Mit Erleichterung habe ich die Entscheidung des Oberlandesgerichts Oslo zur Kenntnis genommen, die Ihre Auslieferung nach Deutschland möglich macht. Dies nicht etwa weil ich Ihre Verurteilung wünsche oder für richtig erachte, im Gegenteil, auch ich finde das Vorgehen der deutschen Justiz unangemessen und einzig vom Gedanken der Rache geprägt. Ein politischer Anachronismus, der eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Konflikten der Vergangenheit nachdrücklich verhindert. Auch ich wünsche mir, daß Sie künftig ohne Verfolgung oder Bedrohung mit Ihrer Familie in Frieden leben können. Allerdings werden Sie mit meinem sehr entschiedenen Widerstand rechnen müssen, wenn Sie glauben, sich Ihren Frieden auf meine Kosten erkaufen zu können. Für mich und meine Familie gibt es unter den gegebenen Umständen nur die Chance, Sie in einer öffentlichen Verhandlung mit den Widersprüchen in Ihren verschiedenen Aussagen zu konfrontieren und so Ihre Lügen zu entlarven. So geben Sie beispielsweise an, „Ihre Erinnerung habe sich während des Prozesses (der Vernehmung) aufgebaut" und „daß dies ein langer und schmerzhafter Prozeß gewesen sei". Dank der ausführlichen Protokollierung der norwegischen Polizei ist jedoch belegt, daß auch diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht. Sie haben ohne zu zögern vom ersten Tag Ihrer Vernehmung sehr umfangreiche und detaillierte Angaben gemacht. Von „Verdrängung" keine Spur und Sie haben auch bei der Nennung von Namen keine besondere Rückhaltung gezeigt. Aber es gab von seiten der deutschen Vernehmer keinerlei Interesse an all den von Ihnen genannten Personen. Die Bundesanwaltschaft war nur an der Belastung einer einzigen Person interessiert, nämlich der von mir. Unter dem Druck einer drohenden Auslieferung, verbunden mit einer sehr hohen Freiheitsstrafe, haben Sie letztendlich nachgegeben und um die von den deutschen Vernehmern vorgegebenen Angaben eine „passende" Geschichte gesponnen.

Es ist pure Heuchelei, wenn Sie in Ihren Interviews das deutsche Volk für die Entführung der „Landshut" um Vergebung bitten, um im gleichen Atemzug ein neues Unrecht mit Ihrer erlogenen Geschichte zu begehen. Damit haben Sie aber nur die Unterstützung der deutschen Justiz. (Diese liebt die Denunziation, jedoch nicht die Denunziantin).

Meine beiden jüngsten Kinder müssen sich jetzt schon seit mehr als sechs Monaten, völlig auf sich allein gestellt, zurechtfinden, denn für die deutsche Justiz gibt es, im Gegensatz zu Norwegen, keine humanitären Grundsätze. Meine Tochter, die Sie entgegen Ihrer Behauptung noch nie gesehen haben, wünscht sich inzwischen, daß Sie sehr hart bestraft werden. Ich kann die Gefühle meiner Tochter sehr gut verstehen, aber ich heiße sie dennoch nicht für gut und auch ich versuche, meinen immer wieder aufkommenden Zorn zu überwinden. Ihre Tochter wird sich allerdings in Zukunft für ihre Mutter sehr schämen müssen, sobald sie alt genug ist, um zu begreifen.

Sie hoffen auf ein mildes Urteil bzw. den Verzicht der deutschen Behörden auf eine Auslieferung mit Hilfe der Kronzeugenregelung, erkauft mit einer Lüge, die Ihre Existenz retten jedoch meine gleichzeitig zerstören soll. Das Oberlandesgericht in Oslo hat entschieden, daß Sie in Deutschland nicht wegen Mordes oder versuchten Mordes angeklagt werden dürfen, für meine Situation gilt das nicht. Wenn es nach dem Willen der deutschen Justiz geht, soll ich für mindestens 15 Jahre ins Gefängnis. Sind Sie sich wirklich im klaren darüber, was Sie mit Ihrer falschen Aussage anrichten? Sie wissen nur zu gut, daß Sie mich nicht auf Mallorca getroffen haben. Unsere Wege kreuzten sich nur ein einziges Mal und zwar in Aden/Südjemen im Jahre 1976.

Spenden für den Rechtshilfefonds:
Spendenkonto: RA Armin Golzem,
Stichwort „Monika Haas"
Ktn. 483 613, Blz. 500 502 01
Frankfurter Sparkasse

AKTIVISTINNEN DES INITIATIVKREISES „BLEIBERECHT“, HESSEN

Grün, grün, grün ist alles was ich trage...

Abschiebeknast in Offenbach

„...da stellt sich doch die Frage der Alternative, geh ich auf die Seite des Kapitals, der Banken, in deren Aufsichtsräte Sozialdemokraten sitzen und Kredite vergeben oder geh ich auf die Seite derer, die unter diesen Umständen leiden, die da ausgebeutet werden durch Wuchermieten, die da zusammengeschlagen werden von faschistischen Schlägertrupps und ähnliches mehr?“

(Joschka Fischer auf dem Tribunal „Foltert die Polizei?“, 1974 in Frankfurt)

Hessen ist ein Modellbundesland, Offenbach geriert sich als Lean-management-Modellstadt. Und Offenbach hat einen Modellabschiebeknast bekommen.

Die Einsperrung der ersten Gefangenen in Offenbach fiel mit der Amtsübernahme des ersten grünen Justizministers zusammen. Rupert von Plottnitz hat durch diesen Ministersessel die Verantwortung für die Abschiebehäftlinge übernommen. Konnten sich die hessischen Grünen trotz Regierungsbeteiligung bisher bei der Diskussion über die Maßnahmen zur Umsetzung des neuen „Asyl“-Gesetzes dezent im Hintergrund halten (etwa bei der Einrichtung des Internierungslagers am Flughafen, das als reine Bundesangelegenheit eingestuft wurde), sehen sie sich nun gezwungen, offensiver mit der Tatsache umzugehen, daß sie persönlich in die Umsetzung der Gesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen eingebunden sind. Im harten Kampf um die Anerkennung als eine ganz normale, d.h. regierungsfähige BRD-Partei befindlich, läßt Fischers Überlegung von 1974 ahnen, welch Anpassungsleistung auf dem Weg zu mächtigen (Bonner) Sesselkissen seine Truppe noch zu vollbringen hat. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen, teils widerständigen Geschichte, lassen sich da selbst gegenüber gutgläubigem (Wahl-)Publikum Widersprüchlichkeiten nicht leicht verbergen. Zwar konnten die Grünen wohl bisher noch davon profitieren, daß ihre Stimmen 1993 zur Streichung des Rechts auf Asyl nicht gebraucht wurden – jetzt jedoch ist die Schonfrist abgelaufen.

Plottnitz sieht natürlich durchaus, daß seine neue Arbeit sich nicht bruchlos an seine Vergangenheit anschließt (Plottnitz verteidigte Jan-Carl Raspe aus der RAF, bis er wegen Ungebühr vor Gericht ausgeschlossen wurde. Später verteidigte er Sitzblockiererinnen und nahm unter anderem am Internationalen Russel-Tribunal teil): „Das ist zunächst mal gesellschaftlich immer eine Schattenseite, weil es mit Repression zu tun hat.“ (FR, 5.4.95) Auch die FAZ sieht eine neue Qualität grüner Politik, die durch den Verzicht auf zentrale Grundsätze vergangener Tage erkauft wurde: „Dieser politische Erfolg (das erste „klassische“ Ministerium für die Grünen; d.A.) hat seinen Preis.“ Und: „Doch nur kein Mitgefühl! Die Grünen, inzwischen Machtpolitiker geworden, haben es so gewollt.“

Am öffentlich sensiblen Umgang mit dem Abschiebeknast in Offenbach zeigt sich jedoch, daß der Führungsmannschaft nicht ganz daran gelegen ist, in einen Topf mit den gängigen Praxen rechtsstaatlicher Politik geworfen zu werden. Nichts käme ungelegener, als über die üblichen Vorfälle, wie sie aus andern Knästen bekannt sind, in die Schlagzeilen zu geraten. Die üblichen Vorfälle, das sind die Folterungen wie in Büren, zehn Selbsttötungen, die in den letzten eineinhalb Jahren bekannt wurden oder Aufstände, die es z.B. in Kassel im letzten Sommer in Hessen gab.

Daraus resultiert die Präsentation von Offenbach als „low-intensity“-Knast: nicht mehr als zwei Mann pro Zelle, längerer Hofgang als in Justizvollzugsanstalten (JVAs), eine Stunde Besuch pro Woche, Inhaftierung nur bei einer „in Kürze“ möglichen Abschiebung, Umschluß und je eine Teeküche auf den drei Stockwerken sowie viele Fernsehprogramme in den TVs jeder Zelle werden als die Vorzüge benannt. Das ist auch die Ebene, auf der Plottnitz das Ganze diskutieren will, nachdem es sich nicht mehr vermeiden läßt, dazu Stellung zu beziehen. Immer wieder wird erwähnt, daß die Bedingungen in normalen Knästen viel schlechter seien und daß der Minister sich Gedanken macht, wie zu erreichen sei, daß nur diejenigen in Abschiebehaft kommen, bei denen die Notwendigkeit dafür besteht.

Was nur am Rande der Berichterstattung zutage tritt, ist die politische Dimension, die sich hinter der Debatte um die Bedingungen von Abschiebehaft verbirgt. Bis hin zur Flüchtlingshilfsorganisation PRO ASYL werden derzeit von oppositioneller Seite konkrete Formen der Haft thematisiert und aus den bekanntgewordenen Skandalen (Suizide, Folterungen) die Forderung nach Liberalisierung des Vollzugs abgeleitet. (PRO ASYL z.B. fordert etwa in einem Faltblatt zu Abschiebehaft: „Abschiebehaft ist keine Strafhaft. Die Haftbedingungen dürfen deshalb nicht den Cha-

rakter der Bestrafung haben. Die Unterbringung kann und muß Wohnheimcharakter haben.") Auch Plottnitz denkt in diese Richtung und versucht, Protest dadurch zu binden, daß er das im herkömmlichen Rahmen Mögliche zuläßt. Diese Strategie beinhaltet im Fall grundsätzlicher Kritik an Abschiebung notwendigerweise den Verweis auf die Bundesgesetzgebung: „Abschiebehaft ist in den Gesetzen der Bundesrepublik vorgesehen. Wenn wirklich sichere Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die betroffenen rechtskräftigen Ausreiseaufforderungen nicht Folge leisten, gibt es ja auch einen rationalen Grund dafür." (Plottnitz im Interview mit der FR am 5.4.955)

Diese legalistische Fundierung seiner Position ist natürlich (ideell) seinem Amt eingeschrieben, gleichzeitig aber gegenüber etwaig aufmerkender Wählerklientel die Basis seiner Rechtfertigungsstrategie, hinter der er sich verschanzen kann. Auf ihr entstehen dann im weiteren all die bekannten Argumentationsfiguren pragmatischer Politik, die eine prinzipielle Notwendigkeit von Abschiebungen und Sondergesetzen als nicht mehr zu hinterfragenden Status quo annimmt. Völlig aus dem Blickfeld gerückt wird so auch der eigentliche „rationale Grund" von „Ausländer- und Asylpolitik": die Verteidigung der Verwertungsbedingungen des Standorts Deutschland, auch durch Kontrolle von Migration.

Wie Plottnitz auf solch sicherem Grund, nebst wohnlichem Knastalltag zusätzlich für „real-politische" Erleichterung des Abschiebevorgangs Sorge trägt, zeigen erste Erfahrungen mit dem Offenbacher Knast. Die im Vergleich zu den meisten JVAs von den in Offenbach Eingesperrten als besser angesehene Offenbacher Situation ist Teil der gleichen üblen Repressionslinie, die auch in Weiterstadt zum Tragen kommen sollte. Wer ausgewählt wurde, nach Offenbach überwiesen zu werden, soll wissen, daß die verhältnismäßig bessere Behandlung dort nur gewährt wird, wenn er sich kooperativ zeigt, d.h. sich ruhig verhält und sich seiner Abschiebung nicht widersetzt. Die permanente Drohung an die Gefangenen, sie wieder in die anderen Knäste, die sie schon kennen, zu verlegen, gehört zum Konzept. Daß die Drohung ernst gemeint ist, wurde bereits einmal durchexerziert.

Offenbach" wäre gar nicht möglich, ohne den normal-brutalen Vollzug in den anderen Knästen. Dabei ist auch den Betreibern von Offenbach klar, daß sich das prinzipielle Unrecht, das Abschiebung bedeutet, die oft lebensbedrohliche Perspektive, die sich mit dem Abtransport verbindet, nicht durch zehn Fernsehkanäle verdrängen läßt. So werden entgegen der Praxis in anderen Knästen die Abzuschiebenden sicherheitshalber erst direkt vor der Fahrt zum Flughafen von der bevorstehenden Außer-Landes-Schaffung informiert, jeder Widerstand dagegen im Knast soll behindert werden.

Die „Einrichtung für Abschiebungsgefangene „in Offenbach offenbart sich so als perfider Teil der Abschiebemaschinerie, in der Menschen auf rot-grüne Art gequält werden. Die Herren haben aus den Brutalo-Knästen wie Büren gelernt, daß Mißhandlungen und ständige Verlegungen allein noch keine Sicherheit gegen Aufstände und schon gar nicht gegen Selbsttötungen bieten. In Hessen ist es mit Offenbach möglich, in einem gestaffelten System von Knästen mit unterschiedlichen Haftbedingungen auf das Verhalten der Gefangenen, auf ihre Widerständigkeit individuell zu reagieren. Offenbach als Belohnung für die ruhigen, die zum Mitmachen bei ihrer eigenen Deportation erpreßt werden können, bietet darüberhinaus für die Grünen die Folie, auf der sie sich als innovativ in bezug auf die Verbesserung der Situation der Gefangenen präsentieren können.

Indem das hessische Konzept als grünes Begründungskonstrukt für die Teilhabe an der Normalität des BRD-Schreibtischtätertums aufgedeckt wird, ist dieser Partei augenblicklich sicher noch politisch zuzusetzen. Prinzipielle Kritik am Abschiebungssystem kann hier von den notwendigen Widersprüchen profitieren, die sich aus dem Abschied der Grünen vom oppositionellen Teil ihrer Geschichte ergeben und der Vorstellung immer noch vieler Menschen (SZ, 6.4.95), die glauben, mit ihnen etwas anderes gewählt zu haben als eine der etablierten law & order Parteien. ●

Toleranz am Main

Frankfurter AStA (Bündnis 90/Jusos) läßt studentisches Kommunikationszentrum räumen

Der AStA der Uni Frankfurt hat wieder einmal veranschaulicht, was das non-plus-ultra rot-grüner Politik ist. Gestützt von Personen aus dem Spektrum der universitären Ex-Linken, die vor Ort die Möglichkeit wahrnahmen durch Zusammenarbeit mit den staatlichen Ordnungskräften ihre eigene Geschichte abzuwickeln, ließ er den von ihm erwirkten Räumungstitel am 12.06.95 polizeilich vollstrecken.

Schon seit einigen Jahren besteht der Konflikt zwischen dem Kollektiv der BetreiberInnen des Kommunikationszentrums (KoZ) und dem Organ der verfaßten StudentInnenschaft um die Nutzung der Räumlichkeit im StudentInnenhaus. Während sich die BetreiberInnen in ihren politisch-kulturellen Initiativen eher an einem linksradikal-autonomen Spektrum orientierten, verfolgt der AStA eine studentische Standespolitik, die sich zwar demokratisch-pluralistisch gibt, aber letztlich alles ausschließt, was sich nicht am bundesrepublikanischen Parteienspektrum orientiert.

Daß dieser Konflikt eine über die Universität hinausgehende Bedeutung hat, weiß, wer die rot-grünen Verhältnisse in Frankfurt kennt: Kaum ein linkes Zentrum, kaum ein alternativer Veranstaltungsort jenseits des Batschkapp-Tigerpalast-Nachtleben Klüngels kann sich angesichts der städtischen Politik halten. Das KoZ im StudentInnenhaus war unter anderem auch aus diesem Grund immer ein wichtiger Ort für die radikale Linke. Zahlreiche Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen konnten hier stattfinden. Auch die *links* wählte im Januar das KoZ als Ort ihrer Veranstaltung über Perspektiven linker Politik. Nicht zuletzt gingen von hier die Protestaktionen gegen die Fortsetzung städtischer Ordnungspolitik auf dem Campus aus. Wie in anderen Universitäten wurde 1993 ein privater Sicherheitsdienst engagiert, um „Universitätsfremde" vom Unigelände zu vertreiben. Angesichts der aktuellen AStA-Politik braucht die Leitung der Universität jedoch keinen Widerstand mehr zu befürchten. Am StudentInnenhaus wird im Kleinen vorgeführt, was die Großen schon lange gemacht haben: Linke Opposition jenseits der etablierten Parteien wird nach und nach ihrer Möglichkeiten beraubt.

Was der AStA denn selbst mit dem gewaltsam geräumten Café machen will, muß sich erst noch zeigen. Wenn sein technokratisches Planspiel aufgehen wird, können sich die NachwuchspolitikerInnen zumindest des wohlmeinenden Händedrucks von Fischer, Eichel und Co. gewiß sein.

THOMAS KUNZ,
MICHAELA LÖNNEBERGER,
GOTTFRIED OY

Nach unten offen

LUDI LODOVICO

Intellektuelle Tiefpunkte zum 8. Mai

Die Feiern und Veranstaltungen zur fünfzigsten Wiederkehr des Endes des zweiten Weltkrieges und zur Befreiung Europas aus dem Würgegriff des Hitler-Regimes werfen alte Fragen erneut auf. Wie kann man angemessen über die Verbrechen reden und schreiben, die in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern geschehen sind? Wie kann man über deutsche Verbrechen reden und schreiben, ohne die von anderen anderswo begangenen zu vergessen und ohne die von deutschen Politikern, Juristen, Wirtschaftsleuten, Ingenieuren, Verwaltungsbeamten, Bahnbeamten und Soldaten zu verantworten irgendwie zu relativieren oder zu verniedlichen?

Der bequeme Ausweg, deutsche Verbrechen unter der Chiffre „Auschwitz" als einmalig zu erklären, ist ebensowenig überzeugend wie die heute wohlfeile Rede vom „Zivilisationsbruch", weil niemand anzugeben weiß, welche Zivilisation gemeint ist und welche bisherige Zivilisation jedem Bruch widerstanden hätte. Und wer spricht überhaupt noch oberlehrerhaft von Zivilisation im Singular, als ob es nicht eine Reihe von Zivilisationen gäbe, von denen keine prinzipiell und dauerhaft gegen den Bruch ihrer eigenen humanitären Standards gesichert ist? Die Geschichte aller bisherigen Zivilisationen war immer auch eine der Brüche mit der eigenen Herkunft und des Verrats der eigenen Maßstäbe. Die Art und Tiefe der Brüche waren freilich sehr unterschiedlich. Gegen den Vergleich von Verbrechen verschiedener Regimes ist schon deshalb nichts einzuwenden, weil – wer „einmalig" sagt – ein bestimmtes Ereignis mit allen anderen verglichen haben und zum Schluß gekommen sein muß, ein solches Verbrechen habe es bislang nicht gegeben. Aber nach welchen Kriterien bemißt sich solche Einmaligkeit? An der Zahl der Ermordeten? An der Art und Weise, wie sie ermordet wurden? Was für die Vergangenheit vielleicht richtig war, bedeutet aber gar nichts für die Zukunft – Zahlen sind von ihrer Natur her und Methoden technisch immer zu überbieten oder moralisch zu unterbieten. Daraus folgt weder, daß alle Methoden des Mordens moralisch gleich sind, noch daß derjenige moralischer handelt, der Menschen erschießt, als jener, der sie stranguliert oder vergast. Täter, Motive und Methoden sind Eingebungen in soziale, politische und historische Kontexte, die gegenüber der Tat, deren Begreifen und deren Bewertung nicht indifferent sind. All diese Fragen zeigen, daß man die Verbrechen von diktatorischen Regimes nicht nur vergleichen kann, sondern muß. Doch jeder Versuch, Stalins Verbrechen gegen jene Hitlers aufzuwiegen (oder umgekehrt) , entlarvt sich als Rechtfertigungsversuch des Nichtzurechtfertigenden – jenseits von Zahlen und technischen Methoden. Welche Einsichten bringen solche Vergleiche? In der Regel nur oberflächliche; und gerade deshalb gebietet der Respekt vor den Opfern, über das zu reden, was und wer Diktaturen und deren Verbrechen ermöglicht, begünstigt oder verursacht hat und nicht darüber, was unterschiedliche Diktaturen nach der buchhalterisch-zynischen Bilanzierung ihrer Opfer oder der technokratisch-zynischen Effizienz ihrer Methoden verbindet.

Einen Beleg für die Koppelung von zynischem Buchhaltungs- und Effizienzdenken lieferte jüngst der französische Philosoph André Glucksmann. Er wollte dem Dilemma entgehen, die Nazi-Verbrechen zu banalisieren, indem man beliebigen anderen Verbrechen die Etikette „Völkermord" oder „Auschwitz" anklebt. Den intellektuellen Tiefpunkt solchen Etikettierens setzte der ostdeutsche Schriftsteller Jürgen Fuchs, der 1991 im Blick auf die Stasi-Akten mit dem Wort vom „Auschwitz in den Seelen" in einer Zeitung herumfuchtelte. Glucksmann wollte aber auch einem zweiten Dilemma entkommen, in das jene geraten, die das Reden über Auschwitz immunisieren und dem psychohistorischen Geschwätz von „kollektiver Erinnerung", „kollektiver Identität" und „kollektivem Bewußtsein" ausliefern, indem sie das Verbrechen für einmalig, unerklärlich, unaussprechlich und rationaler Argumentation mehr oder weniger unzugänglich erklären.

Bei den Dilemmata glaubt Glucksmann mit der Einrichtung einer Grausamkeitsskala entkommen zu können. Diese Skala soll so konstruiert werden wie die Skalen von Richter und Mercalli, mit denen die Stärke von Erdbeben gemessen wird. An der Spitze der nach oben hermetisch geschlossenen Grausamkeitsskala will Glucksmann „Auschwitz" plaziert wissen. Mittels dieser Grausamkeitsskala soll in Zukunft jedes Verbrechen und jede Menschenrechtsverletzung arithmetisch einwandfrei gemessen und als Bruchteil von „Auschwitz" ausgedrückt werden können. Der Vorschlag kam offensichtlich aus der Hüfte geschossen und trug dem Redner sogar Szenenapplaus ein. Mit ein wenig intellektueller Anstrengung sticht das Defizitäre und Geschmacklose dieser Auschwitz-Meßlatte ins Auge. Glucksmann banalisiert die Opfer, indem er sie fünfzig Jahre nach ihrer Ermordung für einen ebenso trivialen wie geschmacklosen Einfall instrumentalisiert – die Bildung seines Maßstabs. Was einmal der Urmeter aus Platin für das metrische System war, sollen jetzt die Opfer von Auschwitz fürs journalistische Handgemenge beim Kommentieren und Bewerten von anderen Verbrechen abgeben.

Wolf Biermann steht ihm kaum nach. Der hat das Werk des am 1. Mai 1944 in Auschwitz ermordeten, polnischen Juden Jizchak Katzenelson nachgedichtet. So weit so gut. Aber jetzt tingelt er mit diesen Liedern durchs Land, um Spendengelder und Sponsoren für die Universität Tel Aviv einzuspielen mit dem „Großen Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk" – eine schamlose Funktionalisierung von Opfern, Dichter und Text für ein Benefizkonzert unter dem Patronat der „Freunde der Universität Tel Aviv".

Falls es je Bedarf für eine Meßlatte der Geschmacklosigkeit geben sollte, hätte ich einen Vorschlag für ihren Namen: Fuchs-Biermann-Glucksmann-Skala. Und sie muß nach unten offen sein, denn diese und andere Kandidaten produzieren weiter. ●

HARALD REIN

Eine Vergangenheit, die nicht endet

Arbeitseinsatz für Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen auf dem Vormarsch

Zwanzig Jahre Massenerwerbslosigkeit gehen nicht spurlos an den Betroffenen und den politisch wie wirtschaftlich Verantwortlichen vorbei. Der Gewöhnungsprozeß an diesen Zustand nutzt sich ebenso ab, wie die Versprechungen der jeweils maßgeblich politisch Zuständigen. Seit zwanzig Jahren sind wechselweise aus ihrer Sicht die Lohnabschlüsse, die Rezession, die Weltwirtschaft, die Gefährdung des Standortes, die Ostsubventionen, notwendige Rationalisierungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe usw. verantwortlich dafür, daß keine Arbeitsplätze zu existenzsichernden Löhnen geschaffen werden. Stattdessen nimmt die Armut zu; SozialhilfebezieherInnen und EmpfängerInnen von Lohnersatzleistungen leben am Rande oder unter dem Existenzminimum, von den Armen die den Weg zum Arbeits- oder Sozialamt scheuen ganz zu schweigen. Ein gesellschaftlicher Zustand, der seit Beginn der Industriealisierung in Europa durchaus als kennzeichnend für die kapitalistische Entwicklung angesehen werden kann.

Der Vergleich unterschiedlicher Zeitepochen zur Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit der Armutsbevölkerung offenbart gemeinsames, aber auch unterschiedliches: Während die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre als klassisch ökonomische Krise, mit massiven Folgen für die Betroffenen gekennzeichnet werden kann, ist das heutige Erwerbslosenheer Ausdruck eines umfassenden Umstrukturierungsprozesses des Kapitals. Die weitgehend hochtechnisierten Betriebe brauchen für immer höhere Profite immer weniger Arbeitskräfte. Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe bei steigender Profitrate ist das Resultat. Weder sind die Kapitaleigner subjektiv gewillt, noch benötigen sie objektiv gesehen Arbeitskräfte aus dem Erwerbslosenreservoir. Was benötigt wird ist ein staatliches Krisenmanagement um die Erwerbslosen in „Bewegung" bzw. unter Kontrolle zu halten.

Gemeinsame Merkmale über die Art und Weise wie Armut „verarbeitet" bzw. verwaltet wurde und wird sind u.a. die ökonomische Verwertbarkeit von Menschen und das Kontrollinteresse gegenüber den Betroffenen. Kontrolle ist hier im Sinne von Disziplinierung gemeint. Die regelmäßige Lohnarbeit als wichtige Kontrollagentur von Verhaltensweisen der Beschäftigten fällt für Erwerbslose weg. Als Alternative steht der verordnete Arbeitseinsatz zur Verfügung.

Es soll verhindert werden, daß der Verlust von Fabrik- oder Dienstleistungsarbeit als Zeitgewinn empfunden wird, wodurch für viele überhaupt erst die Möglichkeit gegeben ist, die Ruhe und Gelassenheit zu erreichen, um vorhandene Gedanken zu sortieren und nach Neuem Ausschau zu halten. Lohnarbeit als allein sinnstiftende Kraft des Lebens würde so an Bedeutung verlieren.

Kontrolliert werden muß aber auch das Verhalten der Erwerbslosen, die womöglich feststellen, daß soziale Ungerechtigkeiten nicht naturgegeben sind, sondern politisch gewollt und kollektiv verändert werden können.

Erwerbslose werden zu einem Preis und in einer Weise eingesetzt, wie es von der Wirtschaft verlangt wird. Damit dies auch funktioniert, gibt es Regelungen im Arbeitsförderungsgesetz, wie etwa die Zumutbarkeitsverordnung, die es dem Erwerbslosen erschweren, bestimmte Tätigkeiten auszuschlagen. Mit Hilfe des erzwungenen Arbeitseinsatzes können Erwerbslose auch unterhalb ihrer Qualifi-

AKP

Alternative Kommunal Politik

Diese neue Abonnentin der AKP (oder ist es ein Abonnent?) ist offensichtlich glücklich, denn sie hat gerade **die grün-alternative Fachzeitschrift AKP – Alternative Kommunalpolitik** gelesen. Dort fand sie die Informationen und Anregungen, die ihr die kommunalpolitische Arbeit vor Ort erleichtern, ja zur Freude werden lassen.
Jede Ausgabe enthält auf 68 Seiten einen Schwerpunkt, viele Fachbeiträge, einen Magazin- und Nachrichtenteil, eine Fundgrube und Börse ... und noch vieles mehr. Die AKP erscheint 6 x pro Jahr, das Abo kostet 54 DM. Möchtest auch Du glücklich werden?! Dann solltest Du einen Gesamtkatalog und ein kostenloses Probeheft der AKP anfordern, – oder sofort abonnieren.

* * *

Wenn mensch zusätzlich eine grundlegende und kompetente Einführung oder mit Stichworten schnell auffindbare Informationen über alle Gebiete der Kommunalpolitik sucht, dann empfehlen wir unser

Handbuch
für alternative Kommunalpolitik

Über 40 AutorInnen haben darin auf 415 Seiten ihr Wissen in konzentrierter verständlicher Form zur Verfügung gestellt. Trotzdem kostet das Buch nur 45,- DM plus 4,- DM Versandkosten. Wer nicht bestellt, ist selber schuld.

AKP – Redaktion und Vertrieb
Luisenstr. 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-177517, Fax: -177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

kation und ihres bisherigen Lohnes vermittelt werden.

Betroffene, die einer oder mehrerer Kategorien der Schwervermittelbarkeit (Alter, Geschlechtszugehörigkeit, bestimmte Berufsgruppen, Behinderung usw.) angehören, werden in den Kreislauf der Qualifizierung und der Überprüfung der Arbeitsbereitschaft geschickt. Daran anschließende erneute Erwerbslosigkeit ist dabei die Regel.

Seit etwa zwei Jahren werden neben den systematischen Leistungskürzungen immer wieder Beschäftigungsprogramme aufgelegt, die von den Erwerbslosen verlangen, ihre Arbeitskraft unter Wert anzubieten. Fast zeitgleich erfolgen Angriffe auf das Lohngefüge in den Betrieben.

Was Erwerbsloseninitiativen seit Jahren vorausgesagt haben, trifft nun ein: Angriffe auf die Sozialgesetzgebung und die Tarifautonomie ebnen den Weg, die Allgemeingültigkeit des Arbeits- und Tarifrechts in Frage zu stellen und Niedriglöhne und den Zwang zur Arbeit gesellschaftlich akzeptabel zu machen.

Auch wenn sich die aktuellen Angriffe hauptsächlich gegen Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen wenden, so wird damit auch den Erwerbstätigen ein deutliches Signal gesetzt: wer sich den „ökonomischen Anforderungen“ nicht anpaßt, kann schnell in den Strudel von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und staatlichem Krisenmanagement geraten.

Mit Beginn einer chronischen Massenerwerbslosigkeit Ende der Siebziger Jahre kann von einem langsamen, aber stetigen, in den letzten Jahren rasanten Ausbau eines modernistischen Instrumentariums von Gesetzesregularien zum erzwungenen Einsatz von Arbeitskraft gesprochen werden. Dies geschieht unter Ausschöpfung bzw. Verschärfung bereits vorhandener Paragrafen oder Verordnungen und durch Neuschaffung von Regelungen in diesem brisanten Bereich.

Modern sind die inhaltlichen Begründungen: Dem Erwerbslosen soll geholfen werden, Beschäftigungsprogramme sollen Integrationsbemühungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen und Lohnkostenzuschüsse sollen die Betroffenen motivieren, perspektivisch Arbeitsplätze zu finden.

Modern ist auch die Sprache: Hieß im Bundessozialhilfegesetz 1969 der § 25 noch „Folgen bei arbeitsscheu und unwirtschaftlichem Verhalten“, so lautet er 1995 „Ausschluß des Leistungsanspruchs, Einschränkung der Leistung, Aufrechnung“. Hieß im gleichen Gesetz der § 20 früher „Gewöhnung an Arbeit, Prüfung der Arbeitsbereitschaft“, so nennt er sich heute im neutralen Ton „Besondere Arbeitsgelegenheiten“.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wandelt sich das AFG zu einem restriktiven Instrumentarium zur Bekämpfung nicht von Arbeitslosigkeit, sondern von Arbeitslosen. Der Bezug zu den letzten Krisenjahren in der Weimarer Republik liegt auf der Hand.

Das Recht, weniger Geld verdienen zu dürfen

Bereits 1991 hat die von Bundeskanzler Kohl berufene „Deregulierungskommission“ in ihrem Abschlußbericht vorgeschlagen, Lohnzahlungen unter Tarif zuzulassen. Dem Langzeitarbeitslosen, so das zynische Resümee der Gutachter, „steht ein Recht zu“, befristete untertarifliche Einsteigervergütungen zu vereinbaren. Zwei Jahre später erfolgte die Umsetzung.

Unter dem Vorwand im Osten Deutschlands den Arbeitsmarkt stabilisieren zu wollen, wurde 1993 der § 249 h für die Ex-DDR eingeführt. Eine Förderung von Arbeiten zur Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe tritt dann ein, wenn die Arbeitszeit und entsprechend die Bezahlung 80 % des Tariflohns nicht übersteigt. Diese Bezahlung und Beschäftigung unter Tarif kann mit den Notstandsarbeiten der Weimarer Republik verglichen werden (damals erhielten Notstandsarbeiter den niedrigen Tarif für ungelernte Arbeiter). Was früher „wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“ genannt wurde, heißt heute „produktive Arbeitsförderung“. Eineinhalb Jahre später hat dieser Paragraf auch im Westen Rechtsgültigkeit (§ 242 s). Zusammen mit dem § 94, der die Höhe des Zuschusses bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf höchstens 90 % eines normalen Arbeitsentgeltes begrenzt, zwingt er Erwerbslose, ihre Arbeitskraft unter Wert anzubieten. Äußerst kritikwürdig ist in diesem Zusammenhang die Zustimmung von Einzelgewerkschaften zu Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die die Einstellung Langzeitarbeitsloser und Berufsanfänger zu 90 - 95 % des Tarifs festschreiben (z.B. bei der IG-Chemie und in IG-Metall-Tarifverträgen für Arbeitsbeschäftigungsstrukturgesellschaften im Osten Deutschlands, aber auch in Haustarifen von „Beschäftigungsgesellschaften“).

Neu ist auch ein Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit über die Zumutbarkeit von Leiharbeitsverhältnissen. Es handelt sich hierbei um externe Flexibilisierungsmaßnahmen, in denen der normale Bestandsschutz wie etwa die individuelle Kündigungspflicht, das Anhörungsverfahren bei Kündigungen, die Pflicht zur Aufstellung eines Sozialplans etc. nicht mehr gewährleistet sind.

Im September 1992 forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer öffentlichen Anhörung

Fnull Dnull Pnull

Eigentlich sollte ja zu ein paar Jahrhundertexemplaren in diesem Jahrhundert nichts mehr gesagt werden. Aber wenn die israelische Regierung auf die Idee kommt, in Jerusalem ein Helmut-Kohl-Institut (HKIJ) einrichten zu lassen, zum Dank für ein paar Schecks aus deutscher Hand, dann kann sensibleren Gemütern schon mal der Kopf wackeln. Wir empfehlen der israelischen Regierung, die ans Krötenschlucken gewöhnt ist, J.W. Möllemann, H.M. Broder, die Vizepräsidentin und die Witwe mit dem Doppelnamen als wissenschaftliche Präsidentinnen und Präsidenten des neuen Instituts – eine personell und überhaupt total ausgewogene Null-Lösung.

Die Überlebensstrategie der **F**null **D**null **P**null-Partei beruht seit Otto Tanaka Lambsdorffs wirtschaftspolitischem Papier von 1980 auf dem punktgenauen Absprung ins Weiche. Deshalb wurde Möllemann Fallschirmspringer. Aber weil aus dem Sprung ans Steuerruder der Nullen-Partei trotz Null-Konkurrenz nichts wurde, bleiben für den skandal-resistenten Fallschirmkünstler, den sein anderer Lehrmeister – Genscher – so rund und weich geschliffen hat, daß er in jedes Loch paßt, immer noch ein paar Jobs übrig: Hilfsbischof in Münster, Unterayatollah in Osnabrück, Büroleiter bei Ghaddaffi, Joggingberater bei Clinton usw. Die Talente des „Riesenstaatsmannes" (Strauß sel. über Möllemann) werden schon nicht verlorengehen, trotz der harten Konkurrenz, die aus den Reihen der neuen Mehrheitsbeschafferpartei prächtig heranwachsen. Wenn Joschka noch mehr anschwillt und die Vizepräsidentin weiter so gedeiht, muß Möllemann zur Fortbildung, oder er hat bald nichts mehr zu lachen und endet doch noch als Supermarktleiter in Gütersloh oder an einem Büdchen in Wanne-Eickel.

LUDI LODOVICO

beim Sozialausschuß des Deutschen Bundestages die Wiedereinführung von Gemeinschaftsarbeiten für Erwerbslose. Statt teurer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sollten an dessen Stelle „sog. Gemeinschaftsarbeiten, das heißt Beschäftigung von Arbeitslosen mit gewissen Zuzahlungen zum Arbeitslosengeld" treten. Zwei Jahre später schreiben Vertreter von CDU/CSU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung: „Bei der Sozialhilfe wie bei der Arbeitslosenhilfe müssen Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung verstärkt werden... Zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit sollen jüngeren Beziehern von Arbeitslosenhilfe verstärkt Arbeitsgelegenheiten angeboten werden. Um eine Vermittlung in niedriger entlohnte Beschäftigung, beispielsweise saisonale Beschäftigungen, zu erleichtern, werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, gezielt und zeitlich befristet Arbeitslosenhilfe in pauschalierter Form für die Zeit dieser Beschäftigung weiterzugewähren." Nachdem der erste Versuch, Erwerbslose zu saisonalen Tätigkeiten bei der Ernte im letzten Jahr heranzuziehen, nach breiten Protesten von Betroffenen bis zu den Bauernverbänden zurückgezogen werden mußte, war es im Februar 1995 soweit. Die BILD-Zeitung konstatierte: „Hochwasser: Arbeitslose müssen ran". In etlichen Städten, die vom Hochwasser betroffen waren, wurden Erwerbslose für kurzzeitige Aufräumarbeiten verpflichtet, so z.B. in Hattersheim am Main. Was den Zwangscharakter der Maßnahme betrifft: für den Leiter des zuständigen Arbeitsamtes kein Problem: Niemand werde gezwungen. „Aber wenn mir ein Jugendlicher sagt, ich hab keinen Bock, dann reicht das natürlich nicht." Eine Sperre des Arbeitslosengeldes für drei Monate wäre dann die Folge. „Dank" eines Lohnkostenzuschusses durch die Bundesanstalt für Arbeit muß die Stadt Hattersheim nur ein Drittel der Lohnkosten zahlen. Ob sich die „Maßnahme" für den Erwerbslosen lohnt ist mehr als zweifelhaft. Möglicherweise sind die Lohnersatzleistungen höher als das Gehalt bei der Stadt, wobei aber eines ganz sicher ist: nach sechs Monaten steht der Aufräumarbeiter dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung.

Gesetzliche Grundlage dieses Einsatzes ist ein Paragraf aus der Zumutbarkeits-Anordnung von 1982, der noch unter der sozialliberalen Koalition verabschiedet wurde. Dort wird festgestellt: „Vorübergehende Beschäftigungen, die gegenüber der früheren beruflichen Tätigkeit nicht nur geringfügig ungünstiger sind und insgesamt nicht länger als hundertachtzig Kalendertage dauern, sind zumutbar...".

Schon einmal in der Geschichte der Bundesrepublik gerieten besonders die jüngeren Erwerbslosen ins Visier der Arbeits-„therapeuten".

Noch bevor vom allgemeinen „Wirtschaftswunder" gesprochen werden konnte, standen Hunderttausende von Jugendlichen ohne festen Arbeitsplatz auf der Straße. Etwa 500.000 Jugendliche unter 25 Jahren waren im Mai 1950 nach offiziellen Angaben arbeitslos gemeldet. In dieser prekären Situation meldeten sich wieder die politisch Verantwortlichen und pädagogisch Berufenen zu Wort. Zwölf Jahre Arbeitsdienstzwang schienen spurlos an ihnen vorbei gegangen zu sein. Ordnung und Leistungsbereitschaft waren wieder gefragt. So formulierte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge 1949 in einem „Aufruf zur Behebung der Berufsnot der Jugend": „Eine geordnete Berufsausbildung ist die beste Erziehung zum Staatsbürger ... Müßiggang dagegen, wenn auch unverschuldeter, ist eine sittliche Gefahr und führt zur verneinenden Grundhaltung gegenüber Staat und Gesellschaft."

Ähnlich auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband 1950: „Es darf als allgemeingültige Erkenntnis festgestellt werden, daß die Not unserer Jugend in erster Linie durch Arbeit und Arbeitsbeschaffung behoben werden kann. Wer einen Beruf erlernt, ihn ausübt und wer den Wert der Arbeit anerkennt, kommt nicht auf Abwege." Der Zusammenhang von Arbeit um jeden Preis und Verhaltenskontrolle verdeutlicht sich. Die alten Ideologen, zusammen mit einer neuen Generation von Arbeitserziehern, waren wieder am Werk. Gemeinsam mit den aus der Weimarer Ära übernommenen Paragrafen zum Zwangseinsatz für Erwerbslose bildete diese Mischung aus ideologischen Versatzstücken und in der Praxis erfolgreich erprobten Einsatzparagrafen ein gefährliches Gemisch für neue Überlegungen zur Einführung eines – natürlich entnazifizierten – Arbeitsdienstes. Erst der wirtschaftliche Aufschwung brachte die „Müßiggänger" wieder auf den richtigen „sittlichen" Weg. Die allgemeine Marktwirtschafts-Euphorie ging sogar soweit, daß in der Neukonzipierung des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 auf die direkten Zwangsparagrafen verzichtet werden konnte. Indirekte Maßregeln, wie Sperrzeiten, Verfügbarkeit und Zumutbarkeit entsprachen besser der damaligen ökonomischen Situation.

„Arbeitsfähige sollen generell zur Arbeit für die Gesellschaft antreten"

(Bundesgesundheitsminister Seehofer)

Einige Jahrzehnte später finden wir, auf dem Hintergrund einer stetigen wirtschaftlichen Krisensituation, die alten Rezepte, Menschen durch erzwungene Arbeitsangebote zu drangsalieren und zu kontrollieren wieder. Geändert hat sich der Sprachduktus, wenn in der Öffentlichkeit über „Hil-

fen zur Arbeit", Arbeitsbeschaffung oder „Eingliederungshilfen" gesprochen wird. Der stetige Ausbau restriktiver Maßnahmen gegen SozialhilfebezieherInnen und Arbeitslose nährt sich aus ideologisch motivierten Theorien über die angebliche Arbeitsentwöhnung (die oft korreliert mit dem Vorwurf des „Sozialmißbrauchs") besonders von Jugendlichen und Langzeiterwerbslosen.

Gemeinschaftsarbeit

Mit dem § 134 Abs.3b wurde die Gemeinschaftsarbeit wieder in das AFG eingefügt. Es entspricht den §§ 142 und 153 des „Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz"(AVAVG) aus den fünfziger Jahren und ist eine modifizierte Fassung der Pflichtarbeitsparagrafen für Erwerbslose aus den dreißiger Jahren.

Die 1994 neu eingefügte Regelung besagt, daß mit Zustimmung des Arbeitsamtes gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten entsprechend § 19 Abs.3. Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verrichtet werden können. Die gemeinnützige Arbeit kann von Kommunen, freien Trägern oder Vereinen eingerichtet werden (nicht von der Bundesanstalt für Arbeit). Die Erwerbslosen werden ausgeliehen, die Arbeitslosenhilfe weitergezahlt; über eine mögliche Aufwandsentschädigung entscheidet der Ausleiher. Für diese Zeit tauchen die Erwerbslosen nicht in der Statistik auf. Erstmals seit 1969 hält somit das Prinzip „Arbeit ohne Lohn" wieder Einzug in das Arbeitslosenrecht. Zwar wird der Zwang in diesem Zusammenhang nicht eindeutig formuliert, aber er ergibt sich aus folgendem:

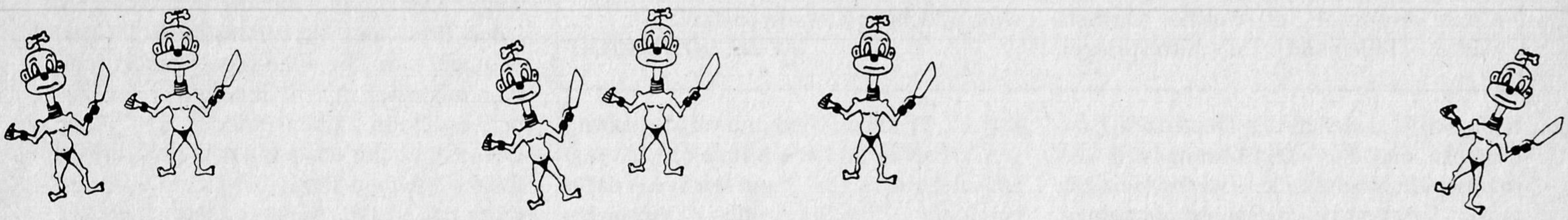
- der § 134 beruft sich ausdrücklich auf den § 19 BSHG, der bislang den Zwang für SozialhilfebezieherInnen durchsetzt,
- die Erwerbslosen gehen gegenüber der Bundesanstalt eine Verpflichtung ein, die Tätigkeit für eine bestimmte Dauer zu verrichten. Erscheinen sie nicht oder brechen sie vorzeitig ab, erhalten auch sie eine Sperrzeit als Strafe.

Wer tatsächlich freiwillig oder nach „intensiver" Beratung gezwungenermaßen eine gemeinnützige Arbeit aufnimmt, ist nicht immer zu unterscheiden. Grundsätzlich kann eine „Gemeinschaftsarbeit" auch über den § 2 der Zumutbarkeitsanordnung (vgl. das Beispiel aus Hattersheim) erzwungen werden.

Die AFG-Umstrukturierung reiht sich ein in die Verschärfung der Arbeitseinsatzparagrafen für SozialhilfebezieherInnen. Nach Angaben des Deutschen Städtetages wurden 1993 bundesweit ca. 50.000 Menschen, die Sozialhilfe bezogen, zu gemeinnütziger Arbeit gezwungen. Ähnlich wie im AFG finden sich auch im BSHG geschichtliche Traditionslinien der Bekämpfung von Armut (vgl. zum Thema: *links* 12/93, 1/94, S.14 ff.).

Gesundheitsminister Seehofer, mittlerweile zuständig für den Sozialhilfebereich, hat bereits Anfang April 1995 angekündigt, den Zwang zur Arbeitsaufnahme im BSHG weiter zu verschärfen. ●

Harald Rein ist Mitarbeiter des Frankfurter Arbeitslosenzentrums (FALZ), Solmstraße 2.



Mein Freund der Kopfjäger

Es ist Fernsehzeit in deutschen Wohnzimmern. Und da schlägt er wieder zu, zur besten (Werbe-)Sendezeit im Vorabendprogramm. Der Kannibale: fett, schwarzhäutig, dümmlich grinsend, schwitzend, halbnackt, gutturale „Uga-Uga" Laute ausstoßend, keulenschwingend, weiße Köpfe jagend. Für die Lottowerbung spießt er gleich reihenweise seine brilliantbehangene weißhäutige Kopfbeute auf einen Stock – hat hier Myh Lay das Creative-Team inspiriert? Aber da waren die Kopfjäger ja weiß und kamen aus einem 'zivilisierten Land'. Für das neueste Citroen-Modell schlagen sich schwarze Keulenschwinger im Lederschurz gegenseitig die kraushaarigen Schädel ein. „Uga-Uga-Uga".

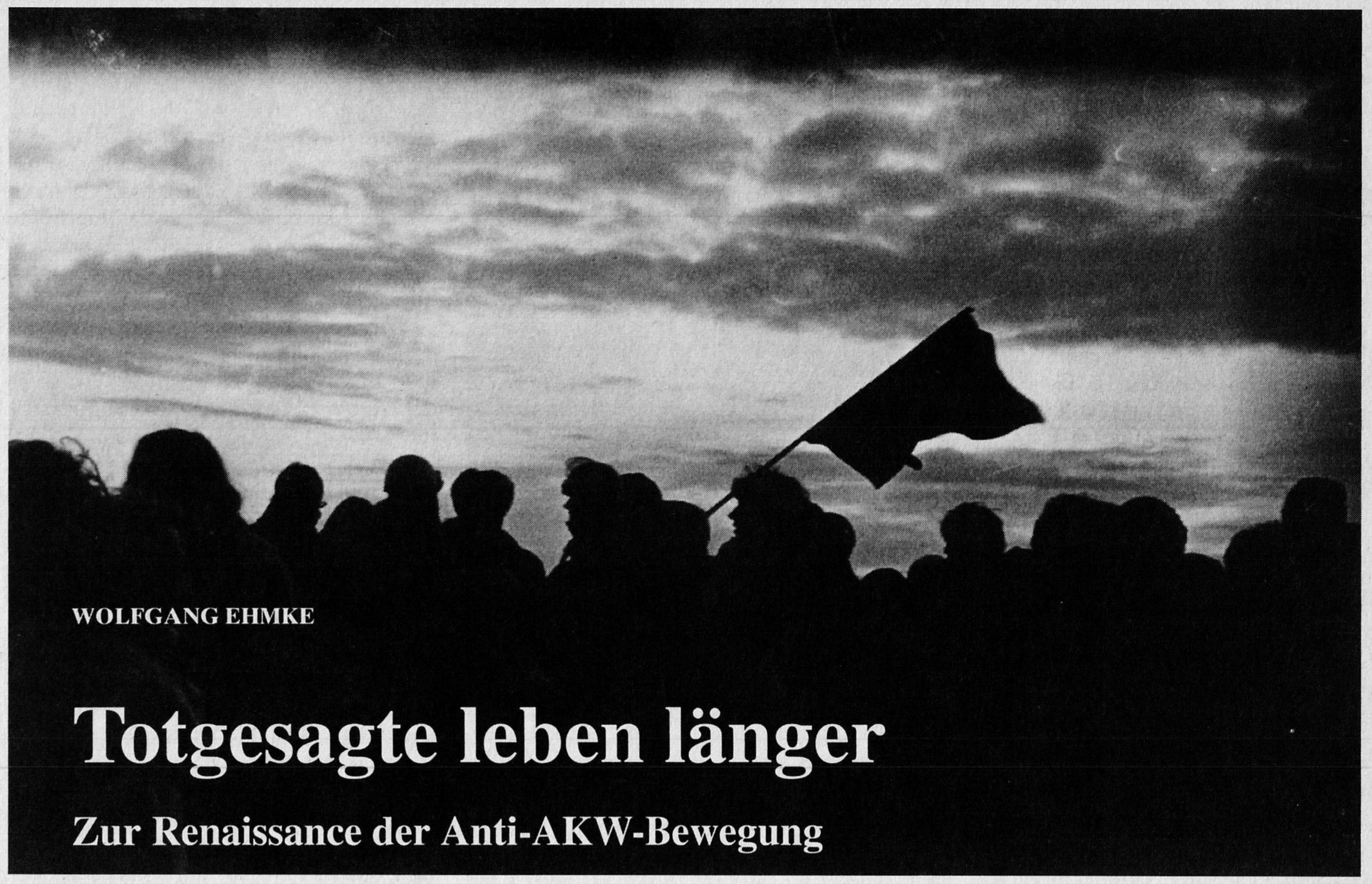
Es ist noch nicht so lange her, da hatte sich eine Initiative engagierter Fernsehleute gebildet, um für Toleranz und gegen Vorurteile zu streiten. Das war zu der Zeit, als ausländische Investoren signalisierten, daß brennende Häuser, erschlagene Angolaner, ermordete türkische Familien, zu Tode gehetzte Menschen keine gute Reklame für den 'Wirtschaftsstandort Deutschland' seien.

Inzwischen sind Nachrichten über Anschläge mit „mutmaßlich fremdenfeindlichem Hintergrund" wieder als letzte Meldung kurz vor den Wetterbericht gerückt und die 'staatliche Lottogesellschaft' und 'Citroen' werben zur besten Sendezeit erneut mit den widerlichsten Klischees.

Die Schamgrenze sinkt wieder. Menschen schwarzer Hautfarbe dürfen wieder öffentlich als 'dumm aber potent', 'primitiv' und 'menschenfressend' dargestellt werden. Das freut die weißen HerrInnenmenschen und es setzt die Hemmschwelle herab. Das Muster ist uralt. Bevor die spanischen Eroberer den amerikanischen Kontinent verwüsteten und bevor der afrikanische Kontinent als gewinnbringender Rohstofflieferant für SklavInnen erschlossen werden konnte, mußten die EinwohnerInnen zuerst zu Tieren und zu Untermenschen erklärt werden, zu Tieren ohne menschliche Seelen, zu unwertem Leben. Zu unwertem Leben ohne Bildung, ohne Kultur, ohne Glaube, ohne ebenbürtige Sprache – primitive menschenfressende Kreaturen eben.

Nein, die Creative-Teams, die 'art-directoren' und die Sendeanstalten wollen mit ihrer Reklame bestimmt nicht die Vorlage für den nächsten Angriff auf ein AsylbewerberInnenheim mit seinen schwarzafrikanischen InsassInnen liefern, schließlich hat man ja auch mit Lichterketten und Werbespots gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß demonstriert. Nur, mit Klischees wirbt sich eben gut und wenn es, wie zu befürchten ist, wieder angesagt ist, werden sie sicher erneut rührende Werbetexte entwerfen und zur Toleranz gegenüber denjenigen aufrufen, die sie zuvor in ihren Spots zu primitiven Kreaturen degradiert haben.

ROSI KARGES



WOLFGANG EHMKE

Totgesagte leben länger

Zur Renaissance der Anti-AKW-Bewegung

Wir haben eine Niederlage zu verkraften. Seit September 1983 wartete die Brennelementelagergesellschaft Gorleben (BLG) auf diesen Tag, immer wieder war es uns gelungen, mit einem pfiffigen Mix aus Protest und Prozeßstrategie, Militanz und Massenmobilisierung die Inbetriebnahme des „Zwischen"lagers Gorleben abzuwenden. Nun steht seit dem 25. April ein erster Castorbehälter in der Lagerhalle mit Luftkühlung. Während sich der Troß aus schwerem Räumgerät, Wasserwerfern und Mannschaftswagen der Polizei wie ein Lindwurm im Schrittempo von der Verladestation Dannenberg-Ost auf die Landstraße in Richtung Gorleben bewegte, donnerten zwei Düsenjets der Bundeswehr im Tiefflug über den Tiefladder mit der hochaktiven Fracht hinweg. Das Restrisiko läßt grüßen.

419 Transporte sollen folgen. 160 Stellplätze in der Atommülldeponie sind für die verglasten hochaktiven Abfälle aus der Wiederaufbereitung reserviert, der Rest für die abgebrannten Brennelemente aus den Atomkraftwerken. Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) kündigte für dieses Jahr drei weitere Castortransporte an. Biblis, Grundremmingen und Cap de la Ilague sind nach unseren Informationen die Absender.

Wut statt Verzweiflung, Entschlossenheit statt Resignation sind aus der Niederlage erwachsen. „Auf den Tag X folgt der Tag XL": Damit wurde für die Demonstration in Hannover am 13. Mai mobilisiert. Gegen das Atomprogramm. Für den Sofortausstieg.

Die wachsende Entschlossenheit speist sich aus vielen Quellen. Da ist die monatelange „Castordebatte", deren Dauer es möglich machte, die Sachprobleme aus unserer Sicht darzustellen. Deutlich geworden ist: ob der Castor auf dem AKW-Gelände in Phillipsburg steht, ob er auf dem Transportweg nach Gorleben gar auf Bundeswehrgelände in der Lüneburger Heide einen Zwischenstopp einlegt oder ob er in der Halle in Gorleben steht – nichts von alledem ist ein veritabler Entsorgungsschritt. Man schiebt das Problem der ungelösten Atommüllentsorgung nur von einer Ecke der Republik in die nächste.

Die Entsorgungsproblematik verschärft sich, wenn die Atomstromerzeuger nicht endlich die Wiederaufarbeitungsverträge mit der französischen Cogéma, bzw. der britischen BNFL kündigen. Bis zum 30. Juni räumt die Cogéma den deutschen Kunden die Möglichkeit zur Kündigung der Altverträge ein. Von den kontrahierten 4.700 t Mengen Kernbrennstoff sind in La Hague bislang erst 2.500 t ausgearbeitet worden. Ein Entsorgungsbeitrag, das weiß jeder, ist dies nicht: 39 t Plutonium sind separiert, die 2.200 t Uran sind verschmutzt und taugen nicht zur Brennelementefertigung, die Kokillen mit hoch- und mittelaktivem Müll müssen zurückgenommen werden. Insgesamt erhöht sich das Volumen des Atommülls durch die Wiederaufarbeitung nach Angaben des Öko-Instituts Darmstadt um den Faktor 7 bis 12: Jede Blockadedrohung, auch und gerade wenn es um die Rücklieferung der Kokillen geht, hat zum Ziel, den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zu besiegeln.

Die monatelange Castordebatte hat bundesweit zu einer Renaissance der Anti-AKW-Bewegung beigetragen. Totgesagte leben bekanntlich länger. Trotz aller Grabgesänge waren Unentwegte bewegt geblieben. An fast allen Standorten von Atomanlagen blieben Initiativen aktiv, die überregionale Zusammenarbeit blieb erhalten. Zweimal im Jahr trafen sich Delegierte zur „Buko". Die Zeitschrift „Anti-Atom-Aktuell" machte wett, daß das Traditionsblatt „Atom" von der Bühne verschwand. Der Niedergang der DDR, die Krise linker Politik, schlug natürlich auch voll auf die Anti-AKW-Bewegung durch, die sich – trotz aller Gegensätze zwischen Stadt- und Landinis – als kapitalismusfeindliche oder -kritische Kraft verstand. Mit Morsleben, Stendal, Greifswald und Rossendorf gab es plötzlich ein völlig neues Aktionsfeld. Kirchliche und Umweltgruppen, Ärzte und Pastoren in der DDR hatten das Thema Atomkraft zu ihrem Thema gemacht. Die ersten Schritte der Zusammenarbeit waren nicht einfach. Aber auf das Erfolgs-

konto war zu verbuchen: nach dem Aus für die 8 Reaktoren in Greifswald, den Bauruinen in Stendal, dem Ende für Rheinsberg summierte sich der Teil der Reaktoren, die nicht länger in Betrieb waren, auf satte 20. Dem gegenüber stehen nach offizieller Diktion 21 westdeutsche Leistungsreaktoren, von denen mit Mülheim-Kärlich, Brunsbüttel und Würgassen Atommeiler in die Bilanz aufgenommen wurden, die dies nur schönen, weil sie dauerhaft stilliegen. Spiegelbildlich zum gesellschaftlichen Patt in Sachen Atomkraft, weil es eben keine Volksentscheide, sondern Pressure-groups in Parteien, bei den Stromkonzernen und in einigen Einzelgewerkschaften gibt, herrscht auch hier eine offene Situation. Die Frage ist, gewinnt die Anti-Atom-Bewegung als eine der dauerhaftesten sozialen Bewegungen noch einmal die Kraft, über die Standorte hinaus Menschen zu fesseln, zu elektrisieren, eben ohne daß es ein Reflex auf einen Störfall wie nach Tschernobyl ist? Auffällig ist, wie viele Jugendliche den Castor als ein Symbol betrachten für Lebenslust und Widerstand. Gab es früher symbolträchtige Orte wie Wyhl und Wackersdorf, formiert sich der Protest heute gegen einen Transport- und Lagerbehälter. Ein flächendeckendes Aktionsprogramm. Es vernetzt die Protestszene zwischen Biblis und Gorleben, Philippsburg und Ahaus.

7.600 Beamte von Polizei und BGS waren im Einsatz, weitere 7.000 Polizisten hielten sich in Reserve, die Kosten beim ersten Castortransport beliefen sich auf rund 50 Millionen. Das belegt zweierlei. Das Atomprogramm ist politisch gegen die Bürgerproteste nur noch „militärisch" durchsetzbar. Deutlicher kann man nicht demonstrieren, daß die Atomkraft am Ende ist. Und die anhaltende Debatte um die hohen Kosten des Transports verrät, daß wir die Atomgemeinde an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen haben, dem Geldbeutel.

Gewaltfreie Sitzblockaden auf der Schiene und auf der Straße, Traktoren, die sich querstellen – wir haben uns trotz prügelnder Cobs, trotz der schweren Verletzungen bei Wasserwerfereinsätzen und trotz demolierter Traktoren nicht hinreißen lassen. Wir wußten, wenn der Castor rollt, können wir die Einlagerung nicht mehr ver-, sondern nur noch behindern. Das Versagen der „offiziellen" Politik ist die eine Seite, der trotzige demonstrative Akt der antiatomaren Querköpfe ist die andere Seite. Die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht erinnert an den ungleichen Kampf zwischen David und Goliath. Wie können in dieser Auseinandersetzung nur bestehen, wenn Zivilcourage nicht weiter kriminalisiert wird. In der CDU/CSU wird laut nach Haftstrafen für Sitzblockierer gerufen. Der Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts im Januar, in dem Sitzblockaden nicht länger als Nötigung im Sinne des § 140 StGB gewertet werden, zeugte von einer historisch überfälligen Anpassung des Demonstrationsrechts an die „Vielgestaltigkeit des Lebens", wie es die Verfassungsrichter formulierten. Wer jetzt das Demonstrationsrecht mit dem Straf- bzw. Zivilrecht aushebeln will, offenbart damit nur noch die weitere Facette des Atomstaats, den radioaktiven Zerfall der Grundrecht.●

Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Drawehnerstraße 3, 29439 Lüchow, Tel. 05841 / 46 84

Wolfgang Ehmke arbeitet als Berufsschullehrer und freier Journalist und ist Pressesprecher der o.g. Bürgerinitiative.

Ein politisches Problem

Preussen Elektra zu Castor

SPIEGEL: Herr Harig, wo wird über den Neubau von Kernkraftwerken entschieden: im Kanzleramt oder in den Chefetagen der Stromkonzerne?

Harig: Solche Entscheidungen brauchen natürlich einen politischen Konsens. Doch letztlich treffen diejenigen die Beschlüsse, die das Geld dafür bereitstellen. Und das sind, neben anderen Unternehmen, auch wir.

SPIEGEL: In Bonn drängeln die Politiker, von Kanzleramtschef Bohl über Rexrodt bis zur Umweltministerin Merkel, auf verbindliche Zusagen, die „Option Kernenergie" festzuschreiben.

Harig: Wir haben klare Kriterien, wann ein Neubau Sinn macht. 1. muß es Bedarf dafür geben, 2. muß ein genehmigungsreifes und wirtschaftliches Kernkraftwerkmodell entwickelt sein, und 3. muß es breite politische Zustimmung finden.

SPIEGEL: Derzeit sind, wie uns scheint, alle drei Kriterien nicht erfüllt.

Harig: Im Jahre 1995 sind die drei Punkte nicht erfüllt.

SPIEGEL: Frau Merkel will die Entscheidung über einen Reaktorneubau jetzt.

Harig: Ich bin kein Politiker, sondern Unternehmer. Wir benötigen vermutlich noch drei Jahre, bis die Sache entscheidungsreif ist. Warum sollte ich heute über etwas entscheiden, von dem ich noch gar nicht weiß, wie die Rahmenbedingungen aussehen werden.

SPIEGEL: Nur ein Castor-Transport mit abgebrannten Brennstäben ins Zwischenlager Gorleben hat kürzlich etwa 50 Millionen Mark gekostet, wegen des Sicherheitsaufwandes. Ständig gibt es Genehmigungsprobleme mit dem Lager – ist das nicht lästig auf die Dauer?

Harig: Ich kann mir wirklich einfachere Verfahren vorstellen. So dürfen wir mit Kernenergie nicht umgehen. Der Castor-Transport ist ja kein sicherheitstechnisches Problem, sondern nur ein politisches.

SPIEGEL: Demnächst kommen Atomabfälle aus den Wiederaufarbeitungsanlagen im französischen La Hague und dem britischen Sellafield zurück – wollen Sie die jedesmal mit einem solchen Aufwand nach Gorleben schaffen?

Harig: Ich kann leider nicht voraussagen, wie das ausgeht. Deshalb brauchen wir ja einen Konsens, um solche Vorgänge streitlos zu regeln – wenigstens unter denen, die regieren.

Aus einem Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden des Preussen Elektra-Konzerns, Hans Dieter Harig, in: Der Spiegel Nr. 24/1995.

LUDI LODOVICO

Tradition und Wallfahrten

Zum 8. Mai 1945 in Frankreich

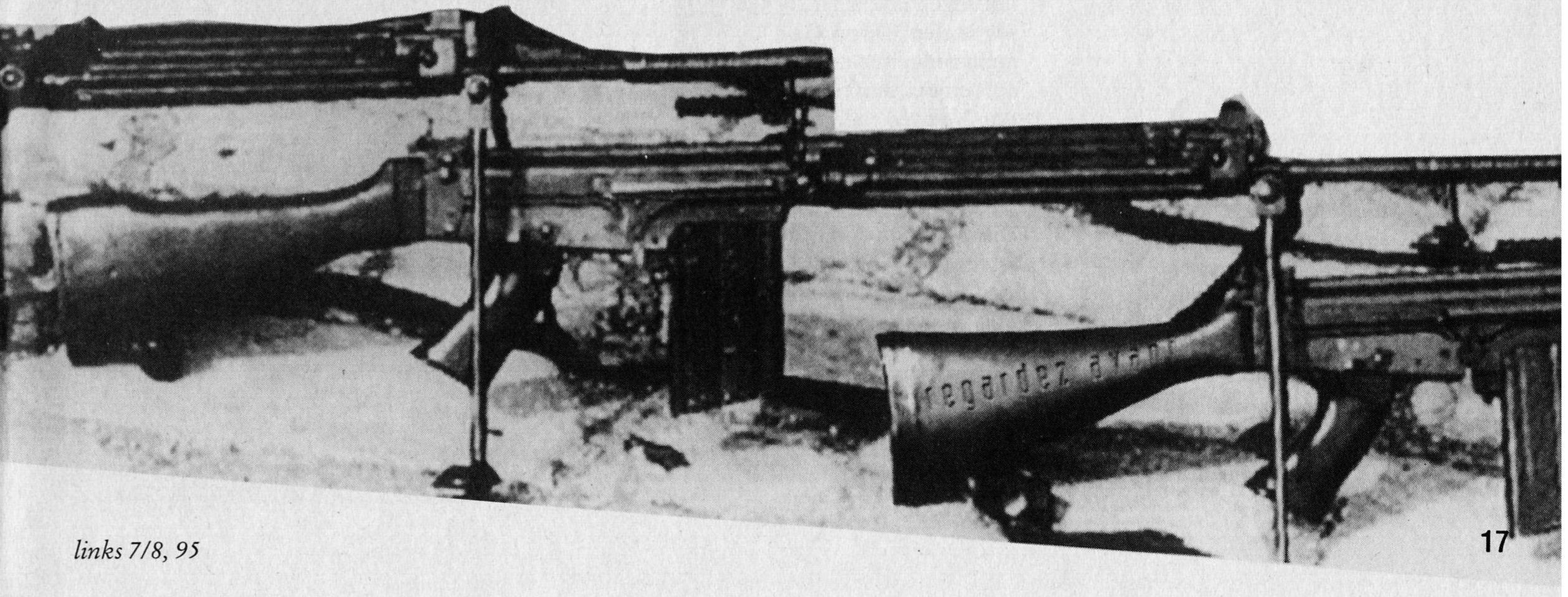
Am 17.5.95 begab sich Jacques Chirac zur Amtseinführung ans Grab von General De Gaulle nach Colombey-les-deux-Églises in Lothringen. Chirac wollte damit seine bereits im Wahlkampf geäußerte Absicht dokumentieren, die Amtszeit unter die Flagge des „Gaullismus" – was immer das sei – zu stellen. Was Junggaullisten sind, konnte man einige Tage zuvor auf der Wahlparty an der Place de la Condorde betrachten: edle Stoffe tragendes, Champagner trinkendes und Cabriolet fahrendes Jungvolk, das man früher jeunesse dorée nannte. Was Chiracs Wallfahrt nach Lothringen betrifft, so konnte sie zeitlich nicht besser arrangiert werden. Sie fällt zusammen mit dem 50. Jahrestag des Massakers von Sétif, wo die französische Kolonialarmee in Algerien zwischen dem 8. und dem 22. Mai 1945 wütete. Gedenken? Erinnerung? Vergessen!

Die politisierten Algerier irrten sich darüber, wer am 8. Mai befreit werden sollte und zahlten dafür. Die Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika (8.11.1942), die Ankündigung politischer „Reformen" durch De Gaulle in Algier (12.12.1943) und schließlich die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai interpretierten politisch aktive Algerier als Beginn ihrer eigenen Befreiung. Die „Reformen" waren ein Schwindel: zunächst sollten lediglich 21.000 „gebildete" Algerier das Wahlrecht erhalten, mit der Verordnung vom 14.3.1944 erhielten dann 60.000 Algerier die französische Staatsbürgerschaft. Bereits am 1. Mai 1945 gab es in ganz Algerien Demonstrationen – auch gegen die Verhaftung und Deportation des Gewerkschaftsführers Messali Hadj. Am 8. Mai demonstrierten rund 10.000 Algerier in Sétif und forderten u.a. die Freilassung der am 1. Mai Verhafteten. Dabei begaben sie sich auch in die Wohnviertel der Europäer und riefen „Algerien den Arabern" und „Unabhängigkeit". Die Bewegung dehnte sich aus. Auf dem Land wurden einzelne französische Siedler angegriffen, zwischen 80 und 110 von ihnen getötet.

Die französische Armee rächt sich mit brutaler Repression: Brandschatzung, standrechtliche Erschießungskommandos, Bombardements gegen Städte und Dörfer, Ermordung von Zivilisten. Am 22. Mai ist die „Pazifizierung", wie es im öffentlichen Jargon hieß, abgeschlossen. Die Zahl der Opfer ist umstritten, wie immer in solchen Fällen. Amtlich französisch wird sie bis heute auf 1165 tief-, amtlich algerisch auf 65.000 hochgestapelt. Die seriöse Forschung spricht von einer „entsetzlichen Schlächterei" und rechnet mit 20.000 bis 25.000 toten Männern, Frauen und Kinder. Die einschlägigen Akten lagern in Archiven, die noch lange unzugänglich bleiben sollen. Derweil genießen die Generäle, soweit sie noch leben, ihren Ruhestand und ihre Pensionen.

In der französischen Öffentlichkeit ist Algerien und der ganze schmutzige Krieg – in dem sich der Chef der Front National wahrscheinlich als Folterer hervorgetan hat –, kein Thema. De Gaulle, der die „Pazifizierung" befohlen und dem Massaker von Algier aus zugeschaut hatte, widmete der Schlächterei in seinen Memoiren ganze zwei Seiten.

Und der neue Staatspräsident besuchte zum Amtsantritt am Morgen De Gaulles Grab und am Nachmittag jenes des „unbekannten Soldaten" in Paris, ohne ein Wort zum Jahrestag des Massakers zu sagen. Der konservative Staatschef beginnt seine Amtszeit, wie sein Vorgänger die seinige beendet hat: mit der Verleugnung der Vergangenheit. ●



JENS WINTER

Autonomie und Selbstkritik

Ansprüche an einen Autonomen-Kongreß im Jahre 1995

Es ist eine beliebte Tradition innerhalb der Linken, Unzufriedenheit über das eigene Scheitern mittels einer Polemik zu kompensieren, die vor allem beweisen soll, daß die Verhältnisse für andere noch übermächtiger sind. Dabei wäre es doch ein erster Schritt festzustellen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse scheinbar an Übermächtigkeit kaum zu überbieten sind. Der folgende Schritt wäre, trotz allem, den Kopf nicht zu verlieren.

Doch zeigten die Irrtümer der letzten Jahre nicht viel von solchen Vorsätzen. Picken wir zwei davon idealtypisch heraus. Einerseits finden wir den Typ des Privatisierten und Entpolitisierten, er hebt nicht selten in die unerreichbaren Höhen pseudo-intellektueller Kritik ab, um von dort das muntere Treiben der orientierungslos Unverdrossenen, die immer noch gesellschaftliche Verhältnisse umstürzen wollen, zu belächeln. Politischer Anspruch ist einem elitären Selbstschutz-Individualismus gewichen. Andere Wege führen direkt zum (immerhin noch) politischen Arrangieren mit und in dem Gegebenen: Die geläuterten „Zeitgeistsurfer" üben sich in historisch angepaßter Selbstverleugnung.

Inhaltlich sind die beiden Typen nicht vergleichbar und dennoch sind sich beide in ihrer Freude einig, einen Anlaß für ihre vorab formulierte Kritik gefunden zu haben. So geschehen beim Autonomiekongreß in Berlin. Wie immer: Bestätigt wurde das, was man ohnehin schon wußte.

Es steht außer Frage, daß der Kongreß genügend Anlaß zum Kopfschütteln geboten hat. So war nicht zu übersehen, daß sich hier Gruppen unterschiedlichster Orientierungen und Interessen trafen, deren Gemeinsamkeiten nur auf einen sehr diffusen Nenner radikaler Kritik und Politik zu bringen sind. Ebenso zeichneten sich viele Diskussionen durch fehlenden Zusammenhang aus. Doch was besagt das? Bestätigt wird bestenfalls, daß die Schublade „die Autonomen" noch am problemlosesten vom Verfassungsschutz oder von denen verwendet werden kann, die unnachgiebig ein revolutionäres Subjekt idealisieren wollen.

Überraschend war die harmonische Stimmung des Kongresses. Um so erstaunlicher ist es, daß er zum Anlaß der Kritik wurde und als ein Beweis für die Konzeptionslosigkeit und Beliebigkeit gesehen wurde. Wird nicht normalerweise der „autonomen Bewegung" vorgeworfen, sich gegen jegliche minderradikale Kritik und Politik zwecks Identitätssicherung abzugrenzen? Und reicht diese Tendenz nicht oft genug bis in die Zerfleischung eigener Gruppen hinein?

Zu klären wären zunächst die Ansprüche an einen Kongreß im Jahre 1995. Wer kann sich mit gutem Gewissen gegenwärtig zutrauen, Konzepte radikaler Gesellschaftsveränderung zu formulieren und diese mit 2.500 TeilnehmerInnen dann noch zwecks

baldiger Umsetzung zu konkretisieren. Beim Autonomie-Kongreß war dies nicht beabsichtigt. Die Arbeitsgruppen hatten von vornherein den Sinn einer breiten Bestandsaufnahme und viele übten sich hierbei in scharfer Selbstkritik.

Ein prägnantes Beispiel dafür war eine Veranstaltung mit der Gruppe FelS (für eine linke Strömung). Dazu versammelten sich über 800 Menschen im größten Auditorium des Kongreßgeländes. FelS ist eine relativ junge Gruppe, die nicht, wie so oft, aus einer Form gemeinsamer Praxis, sondern 1991 aus einer Kritik-Debatte an der „autonomen Bewegung" hervorging. Ihr primäres Ziel ist es, eine breite Diskussion über neue radikale Politik- und Organisierungsformen – jenseits sowohl des autonomen „Szene-Dunstkreises" als auch traditioneller Parteikonzepte – zu eröffnen. Vor diesem Hintergrund ist auch ihre These zu betrachten, ein revolutionäres Subjekt sei weder zu suchen, noch einfach zu finden, sondern müßte sich im widersprüchlichen gesellschaftlichen Prozeß erst herausbilden.

Voraussetzung für dieses Verständnis sei aber nicht ein vorgefertigtes Konzept, sondern in erster Linie die Auseinandersetzung mit der politischen Praxis sowie mit der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Westdeutschland. Dies zeigt sich auch in der Zeitschrift *Arranca*, die der FelS nahesteht. Die dort geführten Diskussionen zeichnen sich durch Selbstkritik und die Aufarbeitung und Betrachtung bisheriger linker Organisationsformen aus. In diesen Diskussionen wird die praktische Umsetzung von „Lernprozessen" und der Umgang mit Medien, Militanz und Realsozialismus problematisiert.

Der Vortrag im Rahmen des Kongresses blieb jedoch, dem Anlaß gemäß, auf die Kritik an der Struktur und Hierarchie der „autonomen Bewegung" konzentriert. Grob umrissen war der Inhalt des Vortrages folgender: Formale Hierarchiestrukturen spielen in der autonomen Bewegung keine Rolle, an ihre Stelle treten jedoch informelle, häufig auf einem Hierarchienprinzip basierende Strukturen. Für „Neulinge" ist es somit äußerst schwierig, sich in der Szene zu integrieren. Dem entspricht auch, daß Entscheidungen in informellen, nichtöffentlichen Szene-Klüngeln getroffen werden und zudem eine ebenso informelle, auf Kneipen und Szenetreffs konzentrierte Kommunikationsstruktur vorherrschend ist. Ein Forum, das sowohl den Austausch von Erfahrungen in der Szene als auch zwischen den Generationen ermöglicht, fehlt. Zusammenfassend läßt sich somit, nach FelS, ein „undemokratischer" und ausschließender Charakter „autonomer Strukturen" ausmachen, deren notwendiges Resultat schließlich die zunehmende Ghettoisierung der autonomen Szene ist. Ein Sich-Öffnen, das Voraussetzung für die Integration oppositioneller Gruppen oder Einzelpersonen und für die Erweiterung einer Bewegung unabdingbar ist, wird somit von vorneherein vereitelt. Was schließlich übrig bleibt, ist die Pflege der „autonomen Identität", die über ihren subkulturellen Charakter nicht hinauszuweisen vermag und die in erheblicher Weise von Selbstbezug geprägt ist. Nach FelS sind ritualisierte Politikformen und die Degenerierung des „schwarzen Blocks" zu einem sinnentleerten Symbol hierfür nur die offensichtlichsten Anzeichen.

Ein weiterer Punkt der Kritik von FelS ist die überwiegende Theoriefeindlichkeit „autonomer Gruppen", die nicht nur in der häufigen Ablehnung einer kritischen Rezeption Marxscher Theorie liegt. Für FelS wäre es hingegen wünschenswert, daß in der Auseinandersetzung mit dem Gegebenen eine eigene gesamtgesellschaftliche Analyse entsteht, vor deren Hintergrund erst Schwerpunkte und Mittel radikaler Politik bestimmt werden könnten. Anlaß für diese Kritik gab vor allem das Scheitern der Kampagnenpolitik in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts. In der Aneinanderreihung diverser Kampagnen wurden strategische und theoretische Diskussionen, die doch ursprünglich die Kampagnen erst begründen sollten, zugunsten eines unreflektierten Aktionismus ersetzt.

Die Präsentation einer derart gebündelten und harrschen Kritik an „autonomen Politikformen" hätte noch vor wenigen Jahren wahrscheinlich Tumulte ausgelöst. Doch nun überwog der Versuch, sachlich zu diskutieren. Die Kritik traf auf ein durch die Entwicklung der letzten Jahre weitverbreitetes Problembewußtsein. Teilen der „autonomen Bewegung" wurde immer wieder vorgeworfen, daß sie sich als außerhalb der Gesellschaft stehend empfinden würden. Dies wurde in verschiedenen Redebeiträgen aufgegriffen und einhellig kritisiert. Was heutzutage in diesem Kontext viel mehr problematisiert werden müßte, sei die enorme Flexibilität und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft, die aber nicht nur die Autonomen träfe. Kritische Begriffe wie „Autonomie" oder „Solidarität", so ein Redner, seien von der bürgerlichen Gesellschaft schon längst besetzt worden. So sei auch deren primäres Wesenselement nicht mit dem repressiven Staat zu verwechseln, gegen den immer wortgewaltige Scheingefechte geführt würden. Staat und Gesellschaft seien vielmehr in jedem selbst aufzuspüren. Dies gälte es, zuallererst zu reflektieren.

FelS erkennt als notwendige Voraussetzung für neue Politikformen das Ansetzen an der Alltagssphäre. Dies fand breite Zustimmung. Politik müsse bedeuten, in alle gesellschaftlichen Bereiche kritisch einzugreifen. Das habe mit einem Sich-Einrichten im subkulturellen Ghetto nicht viel gemein. Nur so sei eine Erweiterung der Perspektiven radikaler linker Politik zu erreichen.

Allerdings muß betont werden, daß der Vorzug der FelS-Kritik nicht darin liegt, etwas grundsätzlich Neues in die Diskussion gebracht zu haben. Die meisten Aspekte werden bereits seit Jahren in diversen Veröffentlichungen und internen Auseinandersetzungen „autonomer Gruppen" problematisiert. Was FelS aber in den letzten Jahren gelang, ist die Bündelung und Ausweitung der Debatte über kleine Zirkel hinaus. Das wurde nicht zuletzt durch den regen Besuch ihrer Veranstaltung untermauert.

Es ist aber eine falsche Einschätzung zu denken, daß mit der FelS-Veranstaltung und dem Kongreß das ziellose Herumtappen beendet wäre. Im Gegenteil, viele Kongreßveranstaltungen wiederholten das von FelS Kritisierte. Dennoch war durchaus ein sensibles Problembewußtsein zu spüren, das auch für die Entwicklung künftiger Politikformen richtungsweisend werden könnte. ●

Die Zeitschrift Arranca kann bezogen werden über: Arranca, c/o LAZ, Crellestr. 2, 10827 Berlin

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahreszeitschrift 2-95

Die Finanzwelt hält ihren Kurs
Die Fortschritte der Währungskrise

Geschäfte mit Optionen und Futures
Spekulation auf die Spekulation

Bemerkungen zur Tarifrunde 95
Ein Kampf um die Tarifpartnerschaft

8.Mai 1995
Das feierliche Ende der „Vergangenheitsbewältigung"

Die Reform des Rechtsstaats
Moralische Rechtskritik von oben

Die Weltarmutskonferenz der UNO
Weltöffentlicher Zynismus oder:
Das schlagendste Argument für Imperialismus: seine verheerende Wirkungen

Oklahoma: Eine Bombe für die Nation

Lech Walensa
Aus nationaler Verantwortung durchgedreht

Die Bilanz des Feldzuges gegen die Kurden
Vom Stabilitätsprogramm, das die Türkei hat, zum Stabilitätsprogramm, das sie ist

ISSN 0941-5831 DM 20,-, Abo 80,-
Erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel: (089) 272 16 04

CLAUDIA BERNHARD

Willkommen in der Wirklichkeit

Zum 19. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen vom 25.-28. Mai 1995 in Wuppertal

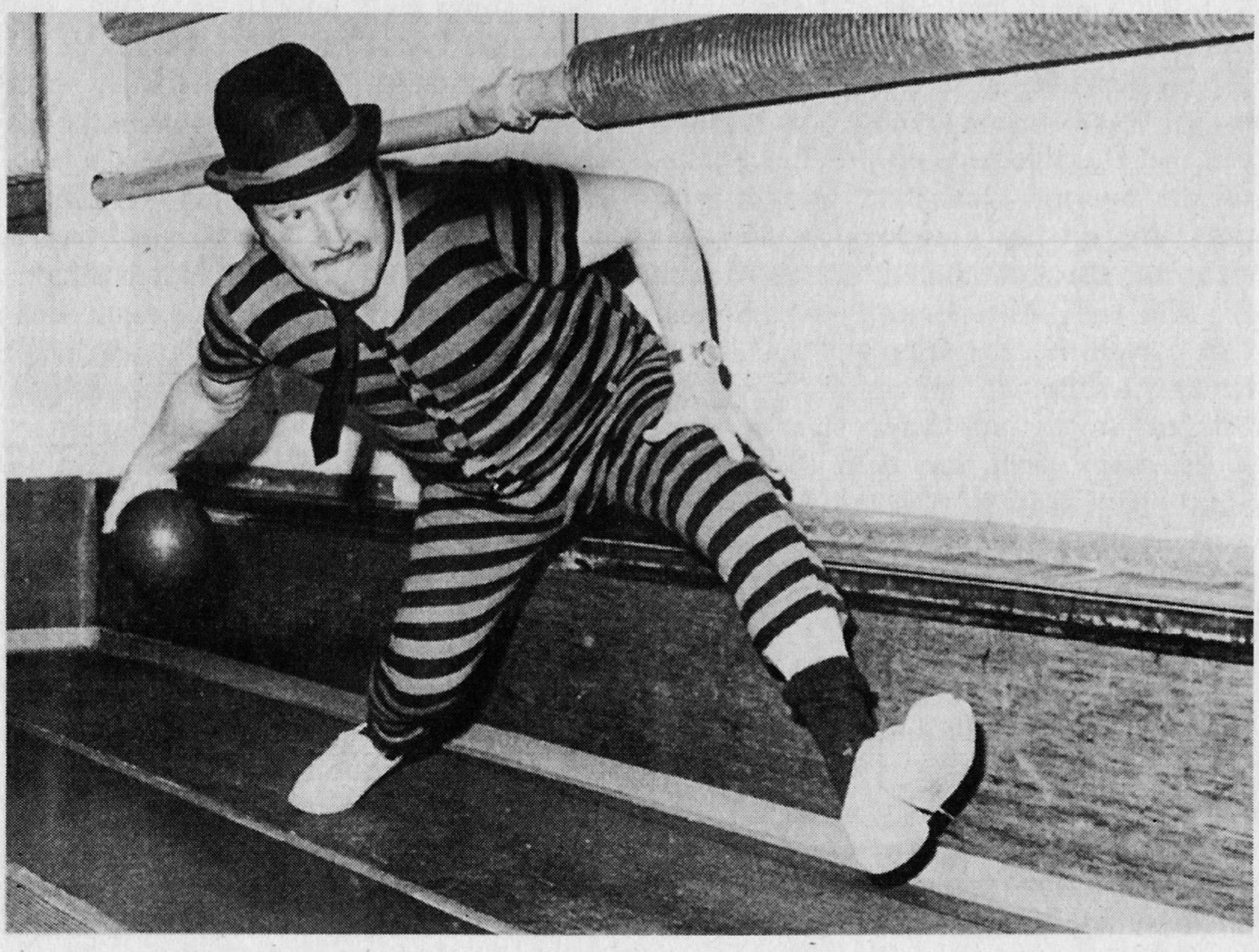
Zum ersten Mal in der Geschichte des BUKO war das männlich determinierte Entwicklungsverständnis der übergreifende thematische Aufhänger des jährlichen Bundeskongresses. Unter dem Titel „Entwicklungsman(n)ie – Patriarchat und Solidaritätsbewegung" wurde die Patriarchatskritik diesmal nicht in einem angehängten „Frauenforum" formuliert, sondern im Zusammenhang mit folgenden Schwerpunkten diskutiert: Fluchtursachen – Migration; Demokratisierung weltweit?; Sichtwechsel/Kritik der „Bedürfnisse"; nachhaltige Entwicklung; Rasse, Klasse, Geschlecht.

Aber nicht nur die Inhalte, sondern auch die Struktur des BUKO fanden unter anderen Vorzeichen statt. Die Themen wurden ausführlich in Kleingruppen behandelt (8 - 10 Personen), um eine intensivere Auseinandersetzung für alle zu ermöglichen. Prominente RednerInnen wird man/frau umsonst gesucht haben. Vom Großteil der TeilnehmerInnen wurde diese veränderte Herangehensweise positiv aufgenommen.

Allerdings wurden auch insbesondere in den gemeinsamen Plena die Konflikte deutlich, die bereits den Vorbereitungsprozeß begleiteten und sich am Kongreßthema wie auch am veränderten Ablauf entzündet hatten. Innerhalb des Verbandes haben sich zwei Strömungen herauskristallisiert, bzw. hat sich in den letzten Jahren eine neue Strömung gebildet. Die einen, in der Mehrzahl langjährige BUKO-MitstreiterInnen, sehen die Zukunft des BUKO im Festhalten an den „klassischen" Themen: Welthandel, internationale Abkommen, UNO-Strukturen usw. Ökonomische Fragen stehen im Vordergrund, Unterdrükkungsmechanismen wie Rassismus/Sexismus werden dem nachgeordnet. Bezogen auf den BUKO soll das Hauptaugenmerk auf der Reaktivierung der Gruppen und der Kampagnenfähigkeit der Bewegung liegen.

Die „jüngere" Strömung, die sich seit dem BUKO 17 in Düsseldorf entwickelt hat und wesentlich stärker an der Vorbereitung des diesjährigen Kongresses beteiligt war, sucht nach einer umfassenderen Betrachtungsweise, die den veränderten Bedingungen der Solibewegung Rechnung tragen soll. Sie betont die Notwendigkeit, den Komplex von kapitalistischen, sexistischen und rassistischen Ausbeutungsmechanismen im Zusammenhang zu analysieren, kritisiert die Projektionen der Solibewegung auf die sog. Dritte Welt und stellt dem aktuellen Diskurs über die „nachhaltige Entwicklung" die Forderung nach einer „Abwicklung des Nordens auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene" entgegen. Abwicklung heißt vor allem, die Hegemonie des Nordens abzubauen, den globalen Zugriff wieder zu reduzieren. Dies ist, wenn es alle Ebenen einschließt, eine sehr weitreichende Perspektive, denn nicht nur die wirtschaftliche Vorherrschaft des Nordens, sondern auch die übergeordnete Stellung der weißen abendländischen Kultur müßte zurückgeschraubt werden.

Die Situation im BUKO ist auch im Hinblick auf die allgemeine Krise der sozialen Bewegungen wie überhaupt der Linken zu verstehen. Das paternalistische Verständnis als Hintergrund von Solidaritätsarbeit, die Projektionspolitik und die Beschäftigung mit der „Dritten Welt" als Flucht vor den Schwierigkeiten mit den politischen Verhältnissen hier, wurden in den letzten Jahren immer wieder angesprochen. Natürlich ist es schwer, in einem Umwälzungsprozeß Positionen zu bestimmen, von denen neue Perspektiven ausgehen können: Der Bezugsrahmen „Weltrevolution" ist weggefallen, auf der anderen Seite sind die westlichen Industrienationen angesichts der globalen Krise damit beschäftigt, schleunigst das System anhand neuer Kontrollmechanismen und technischer Innovationen zu modernisieren. „Entwicklung" hingegen ist überhaupt fragwürdig geworden, nachdem in den letzten Jahrzehnten – auch in der Diskussion in der Internationalismus-Bewegung – eine Entwicklungstheorie die nächste jagte, während sich der ökonomische Abstand und das Machtgefälle zwischen „Erster" und „Dritter" Welt während dieser Zeit beständig vergrößerte.



Der Kongreß in Wuppertal ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Insbesondere seit dem letzten Jahr hat im Verband und seinem Umfeld eine Diskussion begonnen, die wieder radikalere Ansätze formuliert. Die Kritik am „patriarchalen Entwicklungsdenken", wie sie auf dem diesjährigen Kongreß formuliert wurde, bleibt nicht mehr dabei stehen, die bösen Folgen des westlichen Modells von einem angeblich gutgemeinten Kern zu trennen, der üblicherweise mit den Idealen der Aufklärung beschrieben wird. Wir sind alle davon geprägt, Gleichberechtigung oder Demokratisierung als positive Prinzipien zu betrachten. Aber stattdessen beinhalten sie auch Ausschluß, Anpassung, Unterdrückung und den typisch hierarchischen Blick vom Norden auf den Süden. Demokratie ist ein Instrument, um die Interessenskonflikte im kapitalistischen System zu regeln. Schließlich ist durch die „Erfindung" der Demokratie als Machtsystem mittels eines hierarchischen Partizipationskonstrukts die zivilisierte Gewaltausübung des weißen Mannes überlebensfähig geworden. Die Gewalt wurde institutionalisiert, nicht mehr von einzelnen direkt ausgeübt, sondern staatlichen Institutionen überlassen. „Der Zweck der Demokatie besteht darin, die notwendigen Gewalten zu regeln, und sie rechtlich zu begründen, nicht aber jegliche Gewalt zu zerstören." (Alexis de Tocqueville). Dieser Denkansatz wurde im Forum „Demokratie – weltweit durchsetzen" diskutiert.

Dieser Blick auf die Zusammenhänge unterzieht auch die Kategorien und Maßstäbe der Solibewegung einer fundamentalen Kritik. Allzuoft arbeitet man/frau sich an den vorgegebenen Strukturen und Inhalten ab, während der Blickwinkel derselbe geblieben ist. Die Welt wird von oben betrachtet, Herrschaftsverhältnisse als vollkommen statisch angesehen. Und gemäß altlinker Traditionen ist die Solibewegung davon durchdrungen, den Kapitalismus auf seinen ökonomischen Kern zu reduzieren. Weder Naturzerstörung noch Frauendiskriminierung spielten je eine größere Rolle. „Eine Perspektivendiskussion im und des BUKO (...) muß zumindest zur Zeit Arbeit am Selbstverständnis der oder einer Solidaritätsbewegung sein" (Christoph Peters, Thesenpapier zur Situation im BUKO, Forum 192/193/195), hieß es deshalb bereits in den vorbereitenden Texten zum Kongreß.

Es ist eigentlich hinlänglich bekannt, daß eine perspektivisch sinnvolle Solidaritätsarbeit sich auf die politischen Verhältnisse im eigenen Land beziehen muß, zumal das auch die Menschen aus der „Dritten Welt" vermehrt einfordern. Was aber heißt die Forderung, sich um die politische Auseinandersetzung hier zu kümmern? Die Arbeit in irgendeinem Projekt für Chile oder Nicaragua kann nicht nahtlos dadurch ersetzt werden, daß man/frau hier lokale Aktionen gegen die EU oder die Bundesrepublik als Überbestie organisiert. Die Sprunghaftigkeit der Aktionen ist ein Zeichen für die Ratlosigkeit, die nur mitgeschleppt wird. Dann wird eben der Kampf gegen die Atomenergie durch die Kampagne gegen Rüstungsexporte abgelöst, auf die Demo gegen IWF folgt die Aktion gegen die Bananenverordnung der EU. Die Probleme bleiben die gleichen: die eigene Verstrikkung in das patriarchale Entwicklungsdenken bleibt ebenso außen vor, wie der patriarchale Charakter der eigenen Politikauffassung und Organisation. Die Gefahr besteht, durch punktuelle Erfolge für einen „besseren" Norden zu kämpfen, für dessen Weiterfunktionieren moralische Schmiermittel zu liefern.

Mit dem Beschluß, den „Jubiläums-BUKO" 1996 unter das Thema „Nachhaltige Herrschaft – herrschende Nachhaltigkeit" zu stellen, eröffnet sich für den BUKO die Chance, ein zentrales politisches Thema zu besetzen und Antworten auf die – in der ökologischen wie in der internationalistischen Bewegung – vielgestellte Frage nach dem „Wie weiter" zu geben. Es hat deshalb eine gewisse Folgerichtigkeit, daß zwar kein Koordinierungsausschuß (KA) mehr gewählt werden konnte, aber bereits eine Vorbereitungsgruppe für den nächstjährigen BUKO gebildet wurde – die zumindest für dessen Thema bereits ein politisches Mandat hat.

Zu diesem Thema liegen auch bereits die ersten Thesen vor, die die Grundlage für die Weiterarbeit sind. Darin heißt es: „Ökologie und Nachhaltigkeit sind heute zu einem Herrschaftsdenken geworden und Teil einer Strategie, den industriellen Kapitalismus zu entschlacken und zu effektivieren, ohne den naturzerstörischen Kern des industrie-kapitalistischen Programms anzutasten. Sustainable Development wird als globales Krisenmanagement für die 'eine Welt' konzipiert, wobei nun alle zusammenhalten müssen. Gleichzeitig werden Sachverhalte 'getrennt', die die internationalistische Bewegung schon mal zusammen gedacht hat: Wenn man der Nachhaltigkeitsdebatte folgt, darf eine 'zukunftsfähige Gesellschaft' durchaus patriarchal, rassistisch und kapitalistisch sein." (Vorbereitungsgruppe „Nachhaltige Entwicklung" BUKO 19: Thesen zum Konzept Sustainable Development, Wuppertal, 1995)

Wenn die Vorbereitung des „BUKO 20" auf dieser Linie fortgeführt wird, wird es darum gehen, dem hegemonialen Verständnis von „nachhaltiger Entwicklung" eine eigene, kritische Version entgegenzustellen, die nicht Öko-Techniken, sondern Machtverhältnisse in den Mittelpunkt stellt. „Lösung der ökologischen Krise bedeutet in dieser Perspektive nicht weniger als die Zurückdrängung von Herrschaft und Dominanz, und die Wieder-Überlassung bzw. Wieder-Aneignung der äußeren und inneren Natur durch die Menschen selbst. Nicht die Technik, sondern das soziale System des Nordens muß demzufolge geändert werden; sein Zugriff und seine Kontrolle begrenzt, nicht erweitert werden. (Christoph Spehr: Das Ende der Bescheidenheit, 10 Thesen zur Nachhaltigkeit und zum BUKO 20, Forum 194/95)

Wenn es gelingt, eine solche Rahmenperspektive auch konkreter machen, könnte das vielleicht auch Gruppen und Organisationen außerhalb des BUKO und außerhalb der Solibewegung wieder mehr zu sagen haben. Sicher können wir nicht (mehr) von einer breiten Solidaritätsbewegung sprechen, trotzdem gibt es aber eine ganze Reihe von Menschen, denen die Widersprüche bewußt sind, die die täglich kleiner werdenden Freiräume wahrnehmen und über neue Wege, Widerstand zu entwickeln nachdenken. Quantitativ war der letzte BUKO-Kongreß daher sicher nicht der am bestes besuchte – gut 30 Gruppen und 200 TeilnehmerInnen waren nach Wuppertal gekommen –, qualitativ aber sicher das Beste, was vom BUKO in den letzten Jahren gekommen ist. Es gibt trotz der Konflikte eine neue Perspektive, die sich konstruktiv auf die eigenen Fehler bezieht und versucht, wieder eine „soziale Bewegung (zu formieren), die den Kern des Problems angreift". ●

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 3 Monate
Antinational, antikapitalistisch, marxistisch

Nr. 17 – Mai 1995

Statt: Befreiung von Deutschland -
Deutsche Befreiung

Deutsch und antideutsch: Autonome Probleme mit "Antideutsch" * Deutscher Sonderweg * Völkische Tschechien-Politik
Deutsche Künstler: Neuer "German Pop" * Trottas Heimatfilm * Johannes R. Bechers Nationalismus
Außerdem: Die Neue Rechte * Kohls Lieblingsmaid: Claudia Nolte * Italien: Selbstabschaffung der Linken * FAZ-Autor gegen "Parteienstaat"

Einzelpreis DM 6 (Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement DM 18 für drei Ausgaben

Büro k, Fon/Fax: 040-43 88 46
Postfach 306 237, 20328 Hamburg.
Konto: Roisch/Dreyer, HaSpa,
BLZ 200 505 50, Kto.Nr. 1228/122 386

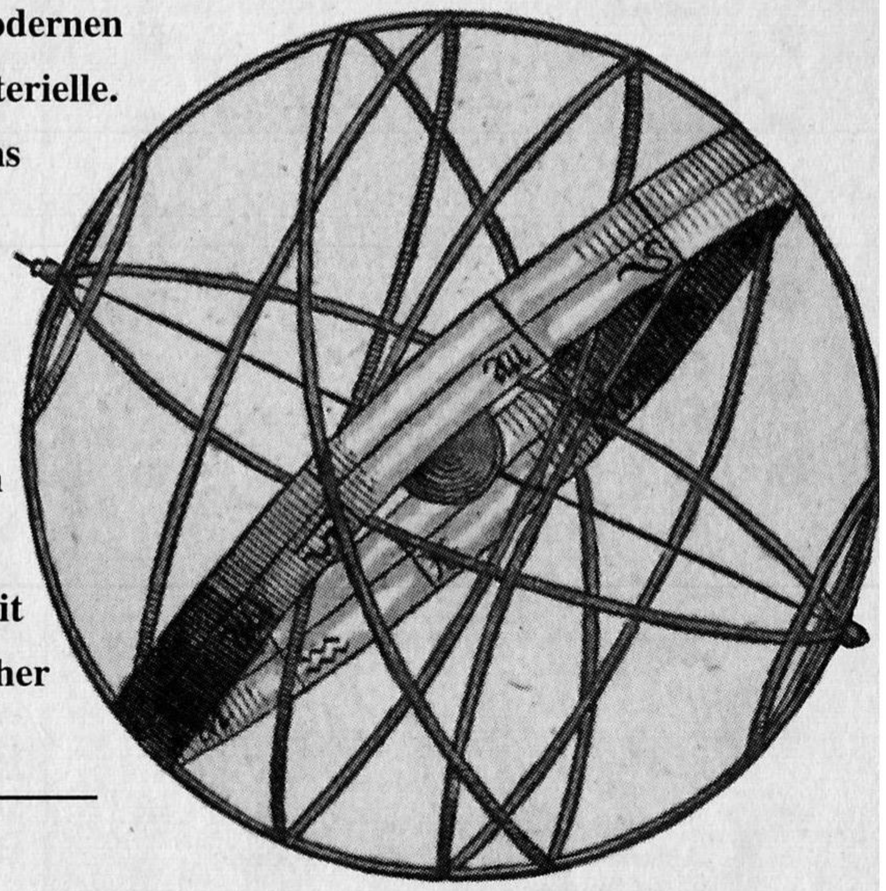
POLITIK

GLOBAL

JOACHIM HIRSCH

Mythos Globalisierung

Die Welt, so scheint es, ist ein ökonomischer Zauberladen geworden. Im Netz der Informationshighways und Datenautobahnen jagen permanent unvorstellbare Geldmassen über den Globus. Das Kapital fließt, wohin es will, wechselt seine „Standorte" scheinbar Tag für Tag. Währungen, die einstmals als Stabilitätsanker der internationalen Wirtschaft galten, zappeln an den Fäden anonymer Spekulanten und dilettantischer Börsenzocker. Regierungen scheinen hilflos dem Diktat der Finanzmärkte ausgesetzt zu sein und alle Hoffnungen auf Wachstum und Wohlstand zerbrechen, wenn das Kapital einem Land über Nacht den Rücken kehrt. Kenntnisse, produktive Fähigkeiten und materielle Ressourcen unterliegen unkalkulierbaren Entwertungsprozessen. Überhaupt scheint es so, als entstünden Werte und Profite in der „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft" nur noch innerhalb der weltumspannenden Finanzapparaturen, als sei es tatsächlich das Geld, das mittels geheimnisvoller Vorgänge immer neues Geld schafft. Der Geldfetisch triumphiert in einer Weise, von der nicht einmal der alte Marx träumen konnte. Und noch mehr als damals vernebelt er die Köpfe der Wissenschaftler und Sachverständigen. Der globalisierte Kapitalismus scheint sich in eine Vodoo-Ökonomie zu verwandeln, die immer bizarrere theoretische Reflexe produziert. Auf der medialen Ebene triumphiert die virtuelle Realität der postmodernen „Dienstleistungsgesellschaft" über die materielle. Die mittels elektronischer Medien über uns kommenden Bilder von Hunger, Armut, Kriegen und Katastrophen scheinen dazu jeden Bezug zu verlieren. Wer weiß noch, was der Balkankrieg mit globalen Kapitalverwertungsstrategien, die Massaker in Ruanda mit französischen Wirtschaftsinteressen oder Währungsschwankungen mit Massenflucht oder dem Elend irgendwelcher Bevölkerungen zu tun haben?



Was mit dem Schlagwort Globalisierung bezeichnet wird, hat indessen einen ebenso simplen wie profanen Hintergrund. Maßgebend dafür ist die weltweite Krise, in die der fordistische Nachkriegs-Kapitalismus in den siebziger Jahren geraten war. Sie ließ die ungeheueren Kapitalmassen hochschwappen, die mangels produktiver Anlagemöglichkeiten spekulativ über den Globus wandern und sie veranlaßte das internationale Kapital und die mit ihm kooperierenden Regierungen zu einer neoliberalen Deregulierungspolitik, die mittels ökonomischer „Strukturanpassung" neue Rationalisierungs- und Produktivitäts- und Ausbeutungsquellen erschließen sollte. Der aktuelle Globalisierungsschub ist somit das Ergebnis einer politisch-ökonomischen Strategie, die es multinationalen Konzernen ermöglicht, im internationalisierten Produktions- und Zirkulationsverbund und unter Ausnutzung unterschiedlicher „Standort"-Bedingungen neue Technologien, Produktionsorganisationsformen und Arbeitsteilungsmuster durchzusetzen.

Die Folgen sind bekannt: sich verstärkende internationale ökonomische und soziale Ungleichheiten, die massive Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen und Regionen. Erst so wird die scheinbar schrankenlos gewordene Selbstvermehrung des Geldes innerhalb einer nach immer abstrakteren Prinzipien funktionierenden Apparatur von „Finanzdienstleistungen" überhaupt möglich. Die Logik der Globalisierung besteht vornehmlich in der Reduzierung materieller Lebensstandards, in der Intensivierung der Ausbeutung und in der Schaffung neuer Produkte als Ersatz für stagnierende Märkte. Für eine Minderheit der Weltbevölkerung dreht sich der kapitalistische Leistungs- und Konsumzirkel immer schneller, während der Rest ohne jede „Entwicklungs"-Chance auf der Strecke bleibt.

Die politisch brisanteste Wirkung der kapitalistischen Globalisierung besteht darin, daß angesichts wachsender gesellschaftlicher Ungleichheiten und Spaltungsprozesse und eines drastisch abnehmenden Handlungsspielraums nationalstaatlicher Regierungen die bestehenden demokratischen Institutionen mehr und mehr leer laufen. Formell scheinbar reibungslos funktionierend, verliert das politische System zunehmend seine demokratische Substanz. Das Diktat von „Standortpolitik", der Zwang, dem grenzenlos gewordenen Kapital optimale Verwertungsbedingungen anzubieten, ist zum bestimmenden politischen Fixpunkt geworden. Alles staatliche Handeln, von der Technologie-, Beschäftigungs- und Sozial- bis hin zur Kulturpolitik hat sich dem unterzuordnen. Parteipolitische Alternativen verkümmern zu Spielarten zur Ausgestaltung einer weltmarktkonkurrenzfähigen Leistungsgesellschaft. An die Stelle des „Modell Deutschland" ist die „Deutschland GmbH" getreten. Der fordistische „Wohlfahrtsstaat" mit seinen Versprechungen auf ständiges Wohlstandswachstum, soziale Sicherheit und materielle Gleichheit hat dem postfordistischen „nationalen Wettbewerbsstaat" Platz ge-

Die Tageszeitung
junge Welt

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung.

Ich bestelle das Soli-Abo der jungen Welt für insg. 90 DM

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Die 90 Mark
O liegen dieser Bestellung als Verrechnungsscheck bei
O können einmalig von meinem Konto

Nummer

Geldinstitut

BLZ
abgebucht werden.

Unterschrift

Das Abo der jungen Welt geht
O an mich oder
O als Geschenk oder Spende an:

Name

Str./Nr.

PLZ/Ort

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich bei Ihnen widerrufen.

Mein Abo gilt bis zum 29.7.1995 und wandelt sich in ein reguläres Abo mit monatlichem Zahlungszeitraum (45 Mark, ermäßigt 30 Mark) um, wenn ich es nicht bis zum 8.7.95 (Poststempel) schriftlich kündige. Die Umwandlung erfolgt nur, wenn die jW über den 29.7.1995 hinaus erscheint.

Datum/2. Unterschrift

Den Coupon schicke ich an das jungeWelt-Aktionsbüro, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin oder faxe ihn an die Nr. (030) 688 34-343.

macht. Zu wählen gibt es in ihm faktisch immer weniger. Entsprechend austauschbar werden die Parteien. Der „Sachzwang Weltmarkt“ droht, jede gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeit auszulöschen.

Nun trifft diese Beschreibung einige herrschende Tendenzen zweifellos richtig. „Globalisierung“ wird aber gleichzeitig zu einem Mythos, wenn diese Tendenzen verabsolutiert und die darin liegenden Widersprüche ausgeblendet werden. Das gilt auch für große Teile der sich als kapitalismuskritisch verstehenden linken Diskussion. Er gewinnt auch nicht dadurch an Realitätsgehalt, daß er mit Zahlen belegt und im wissenschaftlichen Gewand vorgetragen wird. Der Mythos Globalisierung beruht auf der Vorstellung, es handle sich beim aktuellen Strukturwandel der Weltwirtschaft um das Ergebnis objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, denen nach dem Scheitern aller revolutionären Hoffnungen und dem historischen Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft nichts mehr entgegenzusetzen sei. Übersehen wird dabei, daß die Entwicklung des Kapitalismus keiner objektiven Logik folgt, sondern immer schon das Produkt politisch-sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe war und dies auch bleibt. Der kapitalistische Globalisierungsschub mit allen seinen Folgen ist nicht die zwangsläufige Konsequenz der zweiten großen Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts, sondern ein zwar insgesamt höchst widersprüchliches, aber von benennbaren Akteuren mit angebbaren Strategien durchgesetztes Gesellschaftsprojekt, der Versuch, dem Welt-Kapitalismus nach dem Scheitern des Fordismus ein „neues Gesicht“ zu verleihen. Die Frage ist demnach, was dieser politischen Strategie entgegengesetzt werden kann, und vor allem: von wem.

Leicht ist diese Frage angesichts der gesellschaftlichen und politischen Zersplitterungen und dem Niedergang aller oppositionellen Bewegungen nicht zu beantworten. Immerhin läßt sich aber zeigen, daß die Möglichkeiten für eine demokratische, soziale und ökologische Politik von den objektiven Bedingungskonstellationen her gar nicht so gering sind, wie oft unterstellt wird. Die Nationalstaaten gehen im Globalisierungsprozeß keinesfalls unter, sondern strukturieren sich um, erhalten neue Gestalten und Funktionsbestimmungen. Sie bleiben nicht nur entscheidende Voraussetzungen für die Regulierbarkeit der kapitalistischen Klassenverhältnisse, sondern werden für Schaffung der infrastrukturellen, sozialen und politischen Bedingungen komplexer und hochtechnologischer Produktionsprozesse sogar immer wichtiger. Nationalstaatliche Politiken und die sie bestimmenden sozialen Kräfteverhältnisse bleiben daher weiterhin entscheidend für die gesellschaftliche Entwicklung.

Das internationale Kapital „emanzipiert“ sich dadurch nicht einfach von Politik, sondern wird in vielfacher Hinsicht sogar abhängiger von ihr. Dies eröffnet vor allem dann Spielräume, wenn sich Staaten, Regionen und Kommunen nicht hemmungslos gegeneinander ausspielen lassen. Die schrankenlose Flexibilität der globalen Geld- und Kapitalströme selbst ist nicht naturgegeben, sondern kann bei genügender internationaler Kooperation nach wie vor politisch kontrolliert werden. Internationale politische Regulation wird schon deshalb immer notwendiger, weil die Globalisierung und die mit ihr verbundene neoliberale Restrukturierungspolitik offenkundig keine „neue Weltordnung“, sondern ein ökonomisches und soziales Chaos mit permanenten ökonomischen Krisen, ausufernden Kriegen und weltbedrohenden Umweltkatastrophen geschaffen hat. Die Vorstellung, das Wirken der Marktgesetze könne politisch-soziale Regulierung ersetzen, könnte sich bald als verhängnisvoll selbst für die Kapitalinteressen erweisen.

Selbst wenn man davon ausgehen muß, daß an der Herrschaft des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in absehbarer Zeit nicht zu rütteln sein wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß es zumindest sozial gestaltbar ist. Der Kampf um das politische und soziale „Gesicht“ des Kapitalismus ist zugleich eine entscheidende Bedingung der Möglichkeit für die Entwicklung darüber hinausweisender Bewegungen. Schon das Faktum, daß sich in den nach dem Ende des „amerikanischen Zeitalters“ entstandenen und in scharfer gegenseitiger Konkurrenz stehenden kapitalistischen Zentren – in Nordamerika, dem pazifischen Raum und in Europa – gänzlich unterschiedliche politisch-soziale Regulationsmodelle herausgebildet haben, belegt schlagend, daß selbst unter den Bedingungen fortschreitender Globalisierung durchaus gesellschaftsgestalterische Spielräume bestehen. Zwischen dem amerikanischen Modell des radikalen Marktliberalismus und dem Staatskapitalismus à la Japan liegen jedenfalls Welten. Und trotz aller Klagelieder über einen angeblich immer noch zu teuren Sozialstaat und wettbewerbsschädliche Umweltregulierungen boomt der Export der deutschen Industrie bekanntlich ungebrochen. Der Mythos Globalisierung ist somit vor allem auch Bestandteil einer ideologischen Offensive, die in Wirklichkeit überhaupt nicht vorhandene „Sachzwänge“ konstruiert, um die Politik der neoliberalen Restrukturierung zu legitimieren. Die angebliche „Aushöhlung“ staatlicher Politikspielräume ist die propagandistische Begleitmusik zu einer ganz handfesten, von nationalen Regierungen im Verein mit dem internationalen Kapital vorangetriebenen Strategie der gesellschaftlichen Umwälzung.

Damit wird deutlich, daß das Problem nicht so sehr in der Wirksamkeit ökonomi-

scher Mechanismen oder gar abstrakter Kapitallogiken, sondern in der Wiedergewinnung der Möglichkeiten für eine substantiell demokratische Politik sowohl im nationalstaatlichen wie im internationalen Maßstab liegt. Nationale Regierungen werden gerade dadurch zu Marionetten des internationalen Kapitals, daß der demokratische Prozeß bei wachsenden sozialen Spaltungen und Ungleichheiten sowie unter den Bedingungen eines etatistisch abgehobenen Parteiensystems versandet und institutionell leer läuft. Ein System von Staaten, die gesellschaftliche Desintegrationsprozesse bewußt vorantreiben und gerade dadurch Nationalismus, Rassismus und Wohlfahrtschauvinismus produzieren, wird auch immer unfähiger zur Bewältigung internationaler politischer, sozialer und ökonomischer Probleme. Das notorische Versagen der Vereinten Nationen dokumentiert dies ebenso wie die kläglichen Ergebnisse internationaler Umweltkonferenzen.

Freilich haben sich die Bedingungen demokratischer Politik entscheidend verändert. Die Globalisierung des Kapitals hat zwar nicht die Unmöglichkeit demokratischer Verhältnisse überhaupt, aber das Ende der nationalstaatlich-etatistischen Form der „bürgerlichen" Demokratie eingeläutet. Demokratische Verhältnisse lassen sich nur noch jenseits der staatlichen Strukturen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene erkämpfen und ausbauen. Politik, die sich auf das System der konkurrierenden Wettbewerbsstaaten bezieht, unterwirft sich vollends der kapitalistischen Herrschaftslogik. Sie erzeugt notwendig Nationalismus und Rassismus und sie reproduziert immer unübersehbarer die Schranken, die der bürgerlichen Gesellschaft in bezug auf die Verwirklichung realer demokratischer Prinzipien und universeller Menschenrechte immer schon innegewohnt haben.

Es ist diese Entwicklung, die in den vergangenen Jahren verstärkt „Nichtregierungsorganisationen" auf nationalstaatlicher wie internationaler Ebene auf den Plan gerufen hat. Es gibt praktisch kein für die gesellschaftliche Entwicklung relevantes Thema, das nicht wesentlich von ihnen und gegen den Widerstand der Staatsbürokratien aufgegriffen und in die öffentliche Debatte gebracht worden ist. Ohne ihre Aktivität wäre weder die Diskussion über die künftige Energiepolitik noch die Frage der Menschenrechte auf die Tagesordnung gesetzt worden. Und ohne sie wären die Ergebnisse der internationalen Umwelt- und Menschenrechtskonferenzen noch kläglicher ausgefallen. Natürlich ist es notwendig, die real existierenden und sich so bezeichnenden „NGOs" einer sehr kritischen Betrachtung zu unterziehen. Unabhängig davon bleibt aber das Prinzip, daß eine sich der Herrschaftslogik des wettbewerbsstaatlich transformierten Kapitalismus entgegenstellende, die realen Interessen der Menschen ins Spiel bringende sowie auf internationaler Solidarität aufbauende Politik nur noch auf dieser Ebene und in dieser Form denkbar ist. Weder das Problem der drohenden Umweltkatastrophen noch die Frage einer Loslösung der Menschenrechte aus ihren nationalstaatlichen Deformierungen und Beschränkungen wird sich anders lösen lassen. „Demokratie" muß, nachdem sie in ihrer bürgerlichen Form von der Entwicklung des Kapitalismus nun offensichtlich selbst aufgehoben wird, neu gedacht und in völlig anderen Formen praktiziert werden.

Die Globalisierung des Kapitalismus enthält eine eigentümliche Ironie. Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß die erstaunliche Beständigkeit dieser Gesellschaftsform sich der Tatsache verdankt, daß immer wieder oppositionelle soziale Bewegungen entstanden sind, die den selbstzerstörenden Tendenzen des kapitalistischen Verwertungsprozesses Grenzen gesetzt haben.

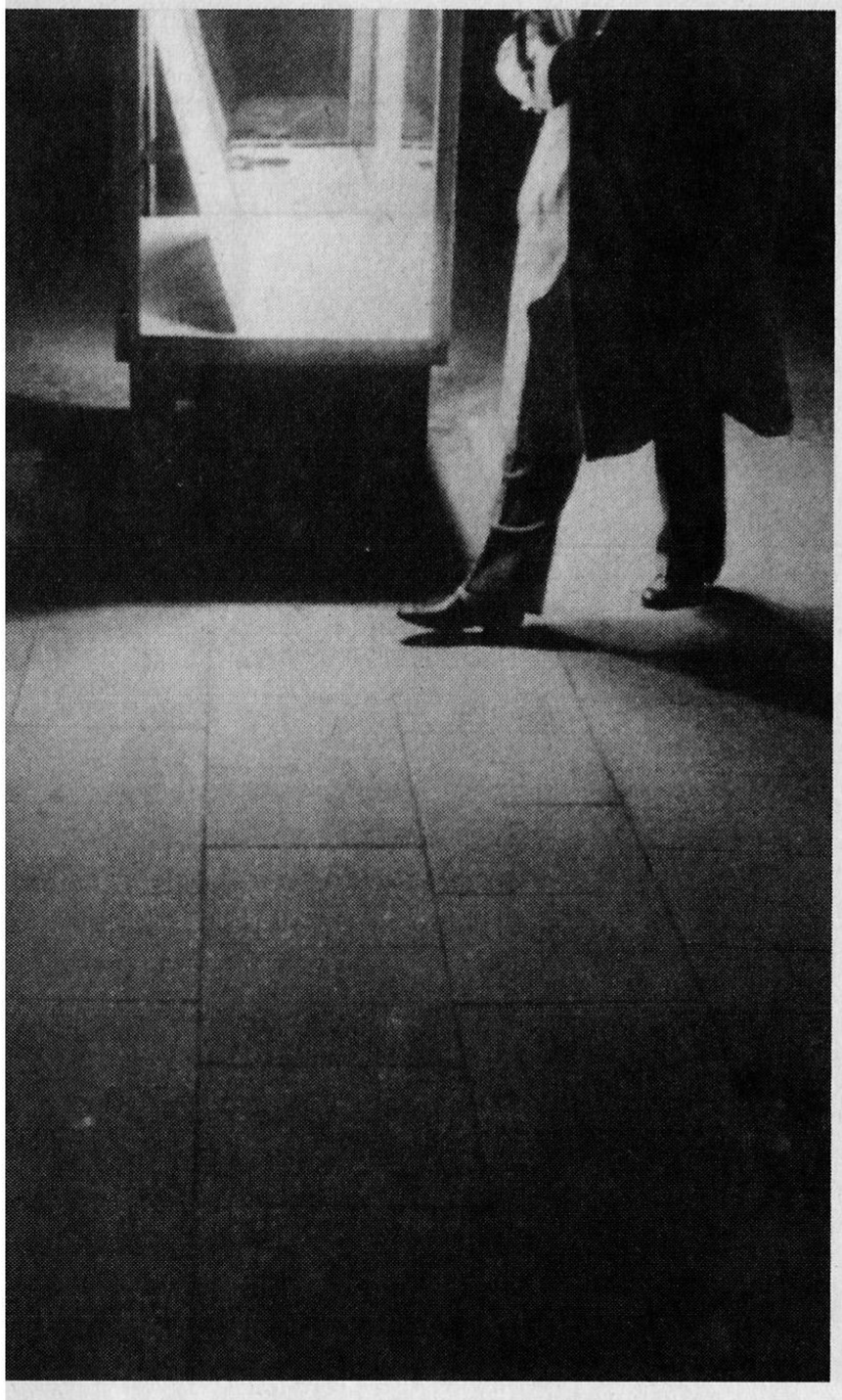
Die Überwindung der kapitalistischen Systemkrise der dreißiger Jahre durch die Etablierung des Fordismus wäre ohne die sozialen Kämpfe und Revolutionen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht denkbar gewesen. Diese hatten allerdings den nationalstaatlichen Rahmen und die darin eingebetteten politischen Institutionensysteme zu ihrer Grundlage und Voraussetzung. Deren Aushöhlung im Zuge des Globalisierungsprozesses stellt damit zugleich die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten des Gesellschaftserhalts auf radikale Weise neu. Genau genommen hätten die neoliberalen Apologeten von Marktwirtschaft und lean democracy, wären sie etwas weniger ideologisch borniert, einigen Grund zur Sorge. Unser Problem ist die Möglichkeit einer langfristigen Stabilisierung des Kapitalismus gewiß nicht. Umso mehr allerdings die Voraussetzungen einer über ihn hinausweisenden Politik. Dies setzt voraus, den theoretischen und praktischen Etatismus zu überwinden, der Linke aller möglichen Couleur sehr stark geprägt hat. ●

ULRICH BRAND

Wohin die Hoffnung trägt

Was sind Nichtregierungsorganisationen?

Spätestens seit der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Brasilien gehen viele politische und wissenschaftliche Blicke hoffnungsvoll in Richtung neuer Akteure im nationalen wie internationalen Rahmen. NGO (zu deutsch: NRO) lautet die verheißungsvolle Abkürzung, Peter Moßmann nennt den Begriff ein „Schwammwort".



NRO bestehen vor allem im entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich, wobei in diesem Beitrag der Schwerpunkt auf erstere gelegt wird.

Dabei geht es weniger um NRO selbst, als vielmehr um die schon lange vor 1992 begonnene, aber in den letzten Jahren sich intensivierende politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen.

Um mit einem zentralen Problem zu beginnen: die Erforschung von NRO ist einerseits, der Wahrnehmung des Phänomens entsprechend, noch nicht sehr weit vorangeschritten und andererseits von normativen Aussagen geprägt. Gehaltvolle empirische Untersuchungen sind rar.

Konsens besteht zumindest darin, daß hinsichtlich der Definition von NRO kein Konsens besteht. Fast in jeder Veröffentlichung wird etwas anderes unter dem Begriff verstanden, wenn er denn überhaupt explizit gemacht wird.

Eine empirisch kaum nachvollziehbare Wahrnehmung von NRO im deutschsprachigen Raum, „die im wesentlichen aus den außerparlamentarischen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre hervorgegangen sind", nimmt Mohssen Massarrat vor. NRO sind für ihn überwiegend der professionalisierte Teil der sozialen Bewegungen.

Massarrats Wunschdenken entspricht schon deshalb nicht der Realität, weil die größten NRO wie die parteinahen Stiftungen, die Kirchen oder das Internationale Rote Kreuz längst vor dem Erstarken der neuen sozialen Bewegungen entwicklungspolitisch aktiv waren. Die aus den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangenen NRO wie *Terre des Hommes* oder *medico international* sind hinsichtlich der finanziellen Mittel, der durchgeführten Projekte und in der politischen Bedeutung in der Minderheit.

Die verschiedenen englischsprachigen Abkürzungen deuten die Bandbreite der NRO im internationalen Geschäft an. GONGO heißt government organized non-governmental organization, d.h. es besteht eine direkte Verbindung zum Staatsapparat. Ähnlich verhält es sich mit einer GRINGO (government run/inspired NGO); eine QUANGO ist eine quasi non-governmental organization, was ebenso mit staatlicher Finanzierung einhergeht, d.h. es handelt sich i.d.R. um eine ausgelagerte Verwaltungseinheit. FFUNGO bedeutet foreign funded non-governmental organization, wobei die ausländischen Gelder auch von Regierungen kommen können. Es gibt auch die Abkürzungen SMANGOs, MINGOs und BINGOs (kleine, mittlere und große NRO).

Für die damalige BRD unterschied Manfred Glagow schon frühzeitig vier verschiedene NRO-Arten im entwicklungspolitischen Bereich: parteinahe Stiftungen, kirchliche NRO, entwicklungspolitische Unterorganisationen von Großinstitutionen, „Honoratioren-NRO" (die großen Namen...), „soziale-Bewegungs-NRO" sowie Consultings und nicht-profitorientierte andere spezialisierte DienstleisterInnen.

John Clark von der britischen Hilfsorganisation *Oxfam* klassifiziert caritative Organisationen (in Deutschland etwa das Rote Kreuz oder Caritas), volksnahe Entwicklungsagenturen (Terre des Hommes, Brot für die Welt), basisorientierte Entwicklungsorganisationen (lokale NRO in südlichen Ländern), Organisationen für technische Innovationen, Lobby-Gruppen und Netze wie hierzulande z.B. Germanwatch.

Die US-Amerikanerin Julie Fisher unterscheidet zwischen Grassroots Organizations, Grassroots Support Organizations und Internationalen NRO sowie Netzwerken auf verschiedenen Ebenen. Auch erstere werden zu den NRO gezählt. Sie stellt eine „nongovernmental revolution" fest und das zentrale Problem scheint für NRO das Erreichen „institutioneller Nachhaltigkeit" (institutional sustainability) zu sein.

Demgegenüber sieht Rolf Hanisch NRO als überörtlich und überregional agierend und damit auch die Interessen der kleinräumig und lokal verankerten sozialen Bewegungen artikulierend. Wie schon angedeutet, spielen Netzwerke eine entscheidende Rolle bei der Diskussion um NRO. Die Zusammenarbeit auf verschiedenen räumlichen Ebenen wird von vielen als Bedingung für erfolgreiche NRO-Aktivitäten gesehen.

Die unterschiedlichen Definitionen verweisen auf eine gewisse Hilflosigkeit, mit dem Phänomen der NRO wissenschaftlich und politisch umzugehen. Dennoch lassen sich zwei Merkmale ausmachen, die „den" NRO als Gemeinsamkeit zugeschrieben werden.

● Zum einen sei bei NRO deren Nicht-Staatlichkeit zentral. Die Bezeichnung „unabhängiger" oder „Dritter Sektor" soll das andeuten. Mit letzterem kann unterschwellig der emanzipatorische Gehalt des Dritten Standes während der bürgerlichen Revolutionen bzw. Frantz Fanons ursprünglich positive Konnotation der Dritten Welt suggeriert werden. Zudem wird die Gemeinnützigkeit herausgestellt, d.h. es gehe nicht um eigene Interessen und die „private Sphäre", sondern um „öffentliche Belange" und „politische Aufgaben". Insbesondere dieser Punkt verschaffe NRO eine hohe Legitimität gegenüber einer breiten Öffentlichkeit.

● Da auch privatkapitalistische Unternehmen im strikten Sinne nicht-staatlich sind, wird als zweite Gemeinsamkeit der nichtgewinnorientierte Charakter der NRO hervorgehoben. Manche sprechen von „Wertorientierung" (etwa gegenüber einer „Rationalitätsorientierung" auf Unternehmensseite), um diese Trennung vornehmen zu können. Als Beispiel sei Rodger Wegner zitiert: es gehe den NRO um die „Suche nach wirksameren Strategien einer armutsorientierten Hilfepolitik".

Angesichts der Frage nach dem politischen Selbstverständnis und den Handlungsmöglichkeiten für NRO ist eine genauere Betrachtung der genannten Punkte hilfreich. Dabei ist es m.E. notwendig, neben den in der Literatur genannten Gemeinsamkeiten auch nach der Funktion der NRO zu fragen sowie nach dem Terrain, auf dem sie als wichtig erachtet werden: das ist einerseits die Übernahme staatlicher Aufgaben und andererseits die Teilnahme an internationalen Konferenzen und der damit verbundenen Aufgabe, an der „Lösung" weltweiter Probleme mitzuarbeiten.

Als dritter Aspekt wird schließlich die Gemeinnützigkeit herausgestellt, d.h. es gehe nicht um eigene Interessen und die „private Sphäre", sondern um „öffentliche Belange" und „politische Aufgaben". Insbesondere dieser Punkt verschaffe NRO eine hohe Legitimität gegenüber einer breiten Öffentlichkeit.

Die hohe Legitimität der NRO hängt dabei nicht zuletzt von ihrer positiven Selbstdarstellung ab. Die Konkurrenz um Spenden und staatliche Zuschüsse kann dazu führen, daß interne Auseinandersetzungen um politische Strategien nicht nach außen getragen werden.

Damit verbunden ist auch die unhinterfragte Annahme, daß die von NRO durchgeführten Projekte oftmals zu einer „effizienteren" Mittelverwendung führten als jene von staatlichen Stellen koordinierte. Mehr Flexibilität, basisnähere Arbeit, bessere Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort u.a. Argumente werden in diesem Zusammenhang angeführt. Diese Wahrnehmung steht in auffälligem Gegensatz zu den wenig empirischen Vergleichen zwischen staatlich und NRO-koordinierten Projekten. Einige der Studien kommen zu dem Ergebnis, daß die „Durchsickereffekte" zu den Zielgruppen gering und die „Abschöpfungstendenzen" durch Vermittlerorganisationen hoch seien. „Hilfe zur Selbsthilfe" kann leicht zur Begriffshülse verkommen.

Rolf Hanisch hingegen vertritt die These, daß neben den „Selbsthilfeprojekten" mit einem über kurzfristige Hilfe hinausgehenden Anspruch de facto „institutionalisierte Wohlfahrtshilfen" bzw. als Variante davon Katastrophenhilfe sehr häufig seien.

Neben der Nicht-Staatlichkeit wird die fehlende Gewinnorientierung betont. Dies mag hinsichtlich der Tatsache stimmen, daß NRO keine Dividenden ausschütten, aber es geht um Arbeitsplätze, um Prestige und damit verbunden um die Finanzierung und Durchführung von Projekten und/oder Kampagnen. Der „Sachzwang Finanzierung" und das organisationelle Eigeninteresse, d.h. auch die Konkurrenz mit anderen NRO um Mittel, sind wesentliches Element der entwicklungspolitischen NRO als Teil der internationalen „Wohltätigkeitsindustrie" (Michael Bünte). Die auch als NRO gehandelten entwicklungspolitischen Beratungsunternehmen, Consultings, handeln durchaus nach Rationalitätskalkülen von Unternehmen. Und nicht nur sie.

NRO und soziale Bewegung

Fraglich ist zudem, ob NRO die einzige Form von nicht-staatlichen und nicht-privatkapitalistischen Akteuren sind. Denn damit werden soziale Bewegungen begrifflich dem NRO-Sektor zugeschlagen und mögliche Widersprüche geraten aus dem Blick.

Nicht-institutionalisierte soziale Bewegungen werden von der erwähnten Julie Fisher als „amorphe soziale Protestbewegungen" bezeichnet. Dieser Punkt verweist andererseits auf einen wesentlichen „blinden Fleck" in fast der gesamten Diskussion. NRO oder der „unabhängige Sektor" insgesamt, d.h. eben auch soziale Bewegungen, werden von vornherein als Kooperationspartner angesichts erdrückender Probleme gedacht.

Protest gegen herrschende Institutionen wird dabei gar nicht mehr wahrgenommen wie auch nicht die gesellschaftlichen Ursachen bzw. Rahmenbedingungen der jeweils nur genannten Probleme wie „Umweltzerstörung", „Unterentwicklung" und – natürlich – „Überbevölkerung" (in welchen Regionen dieser Welt wohl?) oder, eine Nummer schärfer, „die Bevölkerungsexplosion". Es geht beim vorherrschenden Verständnis von NRO nicht um die Notwendigkeit, herrschende Institutionen wie den Staat oder globale bzw. regionale wirtschaftliche Mechanismen radikal zu verändern, sondern lediglich darum, negative Auswüchse zu korrigieren und Politiken „effizienter" zu gestalten. Ohne soziale Bewegungen mythisieren zu wollen, haben sie in der Regel einen stärkeren Protestcharakter als relativ stärker institutionalisierte NRO.

Protest paßt auch nicht so recht auf die immer häufiger werdenden, in der Regel von der UNO organisierten Weltkonferenzen. NRO sollen nicht nur für die notwendige Legitimität der Welttreffen sorgen, sondern zu Trägern von Veränderungen werden. Daß sie dies nur in sehr beschränktem Umfang können, geht in der Konferenzeuphorie regelmäßig unter. Denn: Welche Regierung oder welches Unternehmen würde sich in wirklich wichtigen Fragen die Entscheidungsmacht von NRO aus der Hand nehmen lassen? Ein gutes Beispiel ist die Einrichtung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), die als zentrale UN-Instanz die Umsetzung der Rio-Agenda 21 fördern und kontrollieren soll. NRO erhielten nach längeren Auseinandersetzungen lediglich einen Beobachterstatus. Zudem: Wären NRO überhaupt legitime Vertreterinnen „der Menschheit"? Warum ist ein wichtiger internationaler Ansprechpartner als NRO *Greenpeace*, der ja nicht gerade durch organisationsinterne Mitbestimmung bekannt wurden?

Doch das Problem geht weiter. Obwohl NRO in zentralen Fragen wenig Einfluß haben (wer beispielsweise verhandelte das GATT oder bestimmt die Arbeit der neuen Welthandelsorganisation?), werden ihnen staatliche Aufgaben zugewiesen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit spricht ganz offen von der erhofften Legitimitätssteigerung eigener Politik sowie von der besseren Durchführung bisher überwiegend staatlicher Aufgaben. Die von staatlicher Seite geförderte Aufwertung der NRO resultiert also nicht zuletzt aus dem „Scheitern" staatlicher „Entwicklungs-" und anderer Politiken und der neoliberalen Umorientierung. Die staatskritische Tradition vieler neuer sozialer Bewegungen trifft sich hier, bei allen Differenzen, mit dem neokonservativen Subsidiaritätsprinzip.

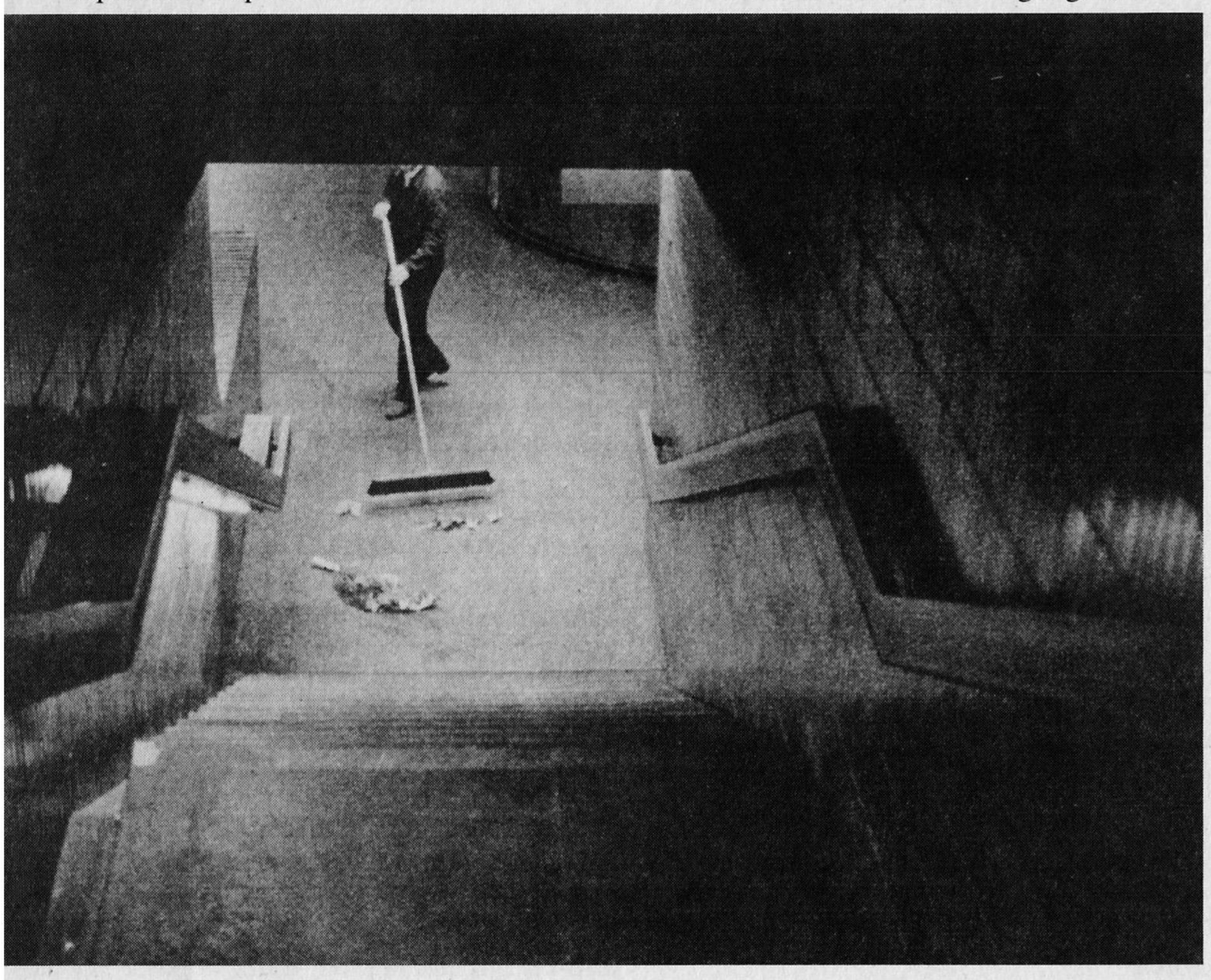
Die meisten neueren wissenschaftlichen Veröffentlichungen sind dem „Paradigma" einer wiedererstarkten Modernisierungsdiskussion (und -politik) verhaftet. Damit hängt insbesondere die vorherrschende Definition von NRO zusammen. Die Forderung nach „strukturellen Veränderungen" bezieht sich normalerweise auf die „Empfängerländer" und bleibt somit kompatibel mit Weltbank und IWF-geförderten Strukturanpassungen. Weltwirtschaftliche und -politische Zusammenhänge werden eben nicht mehr mitgedacht oder sind, wie

der oben zitierte Modernisierungstheoretiker Hanisch sagen würde, „im wissenschaftlichen Diskurs weitgehend überwunden".

Der vorherrschende Entwicklungsbegriff, bei dem es implizit um eine an den kapitalistischen Zentren orientierte „nachholende Entwicklung" geht, wird nicht infrage gestellt. Im Gegenteil: Eine modernisierte Modernisierungstheorie feiert nicht zuletzt durch die Konzeption von NRO als aktive Kräfte von „Entwicklung" fröhliche Urständ. Die Trennung zwischen „Nord" und „Süd" bzw. zwischen Geber- und Empfängerländern verfestigt außerdem eine antiquierte Perspektive.

posten und es besteht eine eigentümliche Trennung zwischen „Umwelt" und „Entwicklung", abzulesen beispielsweise an der Bezeichnung der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung als „Weltumweltkonferenz" oder „Umweltgipfel".

Symptomatisch für die politische und wissenschaftliche Wahrnehmung von NRO ist die Tatsache, daß es zwei voneinander abgekoppelte Diskussionen zu geben scheint. In der einen werden die Investitionsentscheidungen von transnationalen Konzernen und Standortbedingungen thematisiert und als „entwicklungsfördernd" dargestellt. Protest gegen niedrige Löhne und schlechte Lebensbedingungen, minimale Sozial- und Umweltschutzstandards sind demnach „investitionshemmend". Auf der anderen Seite werden privatkapitalistische Unternehmen in der Diskussion um die Rolle von NRO schlichtweg nicht thematisiert. NRO sollen sich gefälligst auf „ihren" Bereich einlassen, was immer das auch ist, und allenfalls gegenüber bzw. mit dem Staatsapparat aktiv werden.



Wenn es um weitreichende Veränderungen in den kapitalistischen Zentren geht (in der umweltpolitischen Diskussion ist das fast Konsens, in der entwicklungspolitischen gerade nicht) dann sind soziale Bewegungen und NRO, die in Migrationsfragen aktiv sind oder die Arbeitsweisen transnationaler Konzerne offenlegen, „entwicklungspolitisch" eventuell relevanter als caritativ motiviertes Spendensammeln. In der aktuellen Debatte um NRO sowie bezüglich des Finanzvolumens steht Kampagnenarbeit in den kapitalistischen Metropolen jedoch klar im Schatten der Projektarbeit in peripheren Ländern.

Ein weiteres Problem ist, daß viele „entwicklungspolitische" NRO sich durchaus dem Thema Umweltzerstörung öffnen, was ja u.a. in der Diskussion um „nachhaltige Entwicklung" zum Ausdruck kommt. „Umweltpolitische" NRO hingegen sind mit „ihren" Themen hierzulande zwar präsenter, aber in der Regel ist eine internationale Perspektive nicht mehr als ein Merkposten und es besteht eine eigentümliche Trennung zwischen „Umwelt" und „Entwicklung", abzulesen beispielsweise an der Bezeichnung der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung als „Weltumweltkonferenz" oder „Umweltgipfel".

NRO und Neoliberalismus

Was unter dem Label „Entstaatlichung der Entwicklungshilfe" vermeintlich progressiv daherkommt, ist bei genauerer Beachtung (trotz aller notwendigen Kritik an staatlicher Entwicklungspolitik bzw. an der Idee von Entwicklung generell) des historischen Kontextes zu kurz gegriffen.

Denn eine zentrale Frage, die in der Literatur noch nicht einmal gestellt wird, lautet, wo denn genau der Zusammenhang zwischen der feststellbaren Vermehrung von NRO und der noch viel größeren politischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit auf der einen Seite sowie dem globalen, wenngleich sich in einzelnen Ländern unterschiedlich ausprägenden, neoliberalen Durchmarsch besteht. Gibt es da etwa keine Verbindung?

Was nützt denn die anwachsende Partizipationsmöglichkeit, was bringen laufend wiederholte Bekenntnisse zu *empowerment*, wenn die realen Lebenschancen der Menschen nach und nach ausgehöhlt werden und für NRO, wie radikal der politische Anspruch auch formuliert sein mag, de facto caritative „Reparaturarbeiten" übrigbleiben, um mehr oder weniger ausgeprägte soziale Errungenschaften zu verteidigen?

Auf die m.E. wenig berechtigten Hoffnungen auf die emanzipatorischen Kräfte „der" NRO-Gemeinschaft und ihre Verortung in der internationalen Politik wird hier nicht eingegangen (vgl. den Beitrag von Bernd Röttger in diesem Heft). Nicht nur, daß sich innerhalb der heraufbeschworenen „transnationalen Zivilgesellschaft" Nord-Süd-Hierarchien auch im Bereich der NRO verfestigen. Vor allem die Annahme eines durchgehend emanzipatorischen Interesses der NRO ist falsch.

„NRO" und „globale Zivilgesellschaft" also als ideologische Leerformeln, um weltweite neo-imperialistische und innerstaatliche soziale Polarisierungsprozesse abzusichern? Diese Antwort wäre zu einfach.

Ungeachtet der Tatsache, daß von verschiedenen Seiten bewußt oder unbewußt an einem Mythos mitgestrickt wird: die UNO mit ihren Weltkonferenzen, staatliche Regierungen, viele NRO aus den genannten Gründen selbst, Unternehmensverbände und Konzerne, die die „kritische Auseinandersetzung" mit (ausgewählten) NRO-VertreterInnen suchen – all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß einem sich triadisierenden Kapitalismus mit globalen Auswirkungen Protest auch auf transnationaler Ebene entgegengesetzt werden muß. Nicht ausschließlich, denn soziale Kämpfe im Nationalstaat haben weiterhin ihre Bedeutung und nicht im Sinne einer „zivilgesellschaftlichen" Ergänzung mit Reparaturcharakter als versuchte Antwort auf barbarische Entwicklungen.

Lobbying, wie es so schön und vermeintlich professionell heißt, kann nicht die Arena des Handlens aus den Augen verlieren, genausowenig wie akademisch ausgebildete NRO-VertreterInnen sozialen Protest aus dem Boden stampfen können. Die Mühen der Menschen, Erfahrungen mit herrschenden Politiken (auch der NRO!) zu machen, sich selbst zu organisieren und emanzipatorische Praxen auszubilden, können NRO nicht ersetzen – allenfalls kritisch und sich permanent selbst infrage stellend unterstützen. ●

BERND RÖTTGER

Global Governance oder Politik des Weltmarktes?

Ideologische Renovierung des kapitalistischen Weltsystems

Konstitutionalisiert sich mit der „Global Governance", einer Symbiose aus „Weltinnenpolitik" und internationalisierter „Zivilgesellschaft", eine Alternative zur weltweiten Hegemonie des Neoliberalismus? – Theoretisch aufgeladen, analytisch fragmentiert, sprießen Ideologien des weltgesellschaftlichen Frühlings wie Knospen aus den Gehirnen der Denkenden. Höchste Zeit, Anstrengungen zu unternehmen, die Transformation des Weltsystems als reale und ideologische Totalität auf den (theoretischen) Begriff zu bringen und das neue „Wahrheitsregime" ins Wanken zu bringen.

Theoretisch-abstrakt läßt sich die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems seit seiner Herausbildung im „langen 16. Jahrhundert" (Immanuel Wallerstein) als ein Prozeß der sukzessiven (nationalen) Verstaatlichung charakterisieren. Mit der sog. postfordistischen Restrukturierung des Weltsystems infolge der Krise der US-Hegemonie wird dieser Prozeß umgekehrt und leitet eine neue Epoche ein: die seiner Ökonomisierung und Vergesellschaftung. Historisch-konkret bewirkt dies vor allem die Neubestimmung globaler Machtverhältnisse.

Relativ unbeleckt davon wurde eine Debatte über die „Neue Weltordnung" vom Zaun getreten, in der zum einen der alte Traum von der Herausbildung einer mit Problemlösungskapazität ausgestatteten „Weltinnenpolitik" als Quasi-Realität unterstellt wird, zum zweiten der unaufhaltsame Aufstieg nicht-staatlicher Akteure in der internationalen Politik, der sog. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), als Verwirklichung des „alten Traums einer friedlichen, kooperativen und nachhaltigen Zivilisation" interpretiert wird (so nachzulesen in der „alternativen Deklaration von Kopenhagen"). Schließlich sind als Drittes Positionen zu finden, die diese weltpolitischen Innovationen nicht auf den Begriff der „Neuen Weltordnung" bringen wollen und können. Einig sind sich diese heterodoxen Einschätzungen allenfalls darin, daß die Hegemonie des Neoliberalismus Geschichte geworden ist.

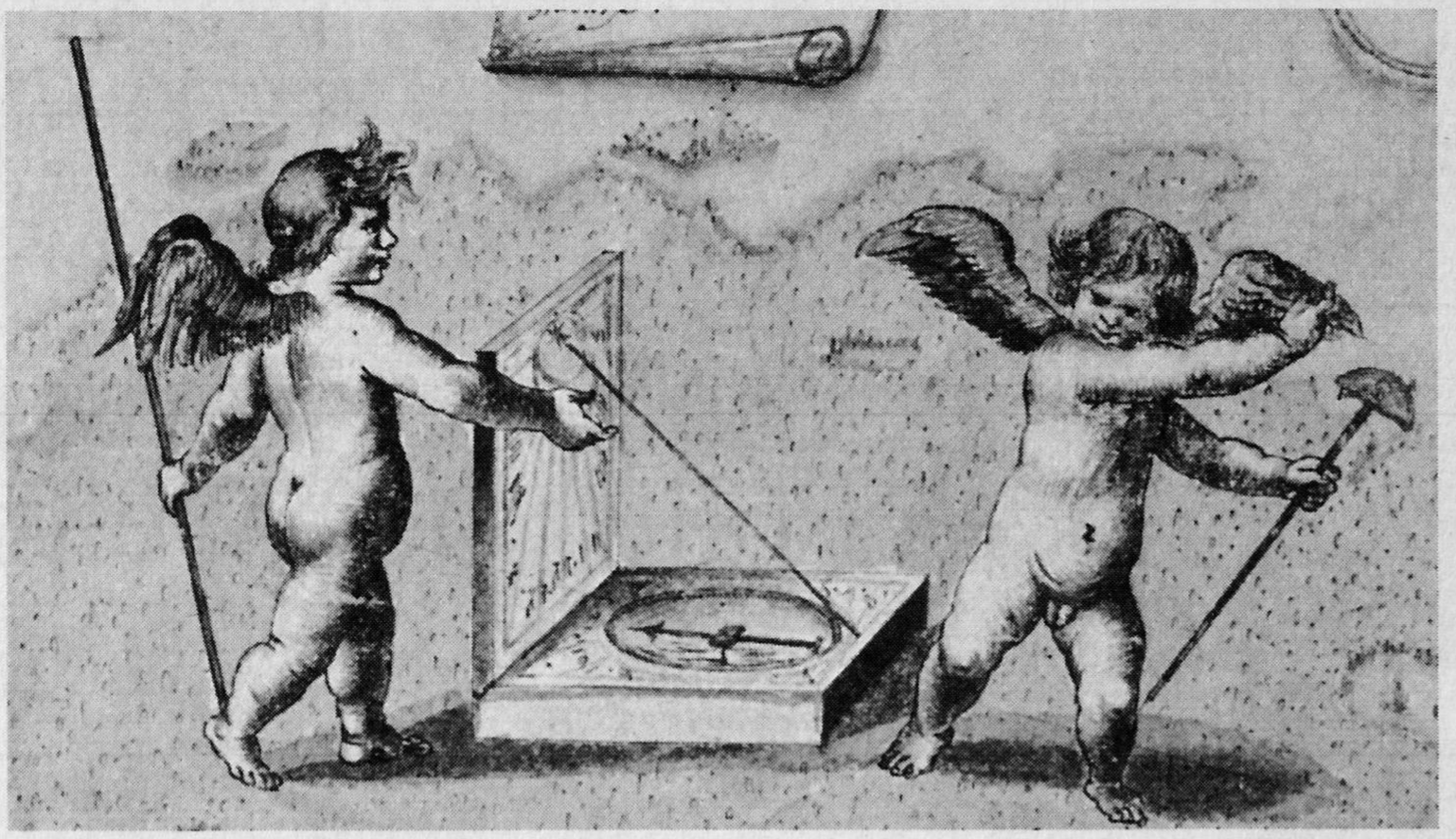
Tatsächlich bewirkt die Entstaatlichung der internationalen Beziehungen eine Neudefinition des Politischen auf trans- und supranationaler Ebene. Tatsächlich bewirkt sie einen „Boom" der internationalisierten Zivilgesellschaft. In der Tat umfaßt die zur „Global Governance" stilisierte Organisation der Kräfte nicht nur staatliche Akteure, sondern zunehmend auch NGOs. Wie sind diese Entwicklungen aber auf den theoretischen Begriff zu bringen? Die Organisation des Denkens bleibt fragmentiert. Es dominieren zwei Diskurse: eine zur herrschenden Lehre avancierte „globale Regierungslehre" und ein vermeintlich kritischer Ansatz zur „internationalisierten Zivilgesellschaft" (vgl. dazu den Beitrag von Ulrich Brand, S. 26f.). Auf jeden Fall etabliert sich ein neuer, um die Begriffe „Weltinnenpolitik" und (internationalisierter) „Zivilgesellschaft" zirkulierender herrschender Diskurs, der den „Blick auf die Dinge" bestimmt. Michel Foucault hätte so etwas wohl die Entstehung eines „Wahrheitsregimes" genannt.

Auf der Strecke bleibt das Denken der Zusammenhänge. Die Frage hegemonialer Verallgemeinerung im kapitalistischen Weltsystem ist dabei zunächst ideologiekritisch zu stellen, da die „Post-Ära" (Postfordismus, posthegemoniale Weltordnung etc.) infolge der Erosion gesicherter Erkenntnisse ein hegemoniales Vakuum gebiert, das nicht nur bestseller-erheischende „Panoramablicke" auf den Plan ruft, sondern auch eine Arena eröffnet, in der sich das neue „Wahrheitsregime" etablieren kann.

Für die Kritiker der „Neuen Weltordnung", also jene, die die von US-Präsident Bush in seiner Rede am 17. Januar 1991, dem Tag des Ausbruchs des zweiten Golfkrieges, auf den Begriff gebrachte Neustrukturierung der internationalen Politik schon früh als durchsichtige machtpolitische Strategie und als stilisierte Erhöhung zu einem neuen Ordnungsprinzip desavouiert hatten, kann erst die Lösung zweier dringender Probleme der Weltgesellschaft das gebären, was von Bush deklariert und nicht eingelöst wurde: die Überwindung der fortdauernden De-Regulierung und so die Erlangung politischer Regulationsfähigkeit auf globaler Ebene sowie die Überwindung sozialer Desintegration in der Weltgesellschaft, also die Institutionalisierung eines Systems sozialer Integration.

Problematisch ist eine solche „Sicht der Dinge" vor allem deshalb, weil hier etwas vorausgesetzt wird, was nicht existiert: ein supranationaler „Staat" mit globaler Regulations- und sozialer Integrationskraft. M.a.W.: Hinter dieser Kritik verbirgt sich ein Begriff von politischer Regulation und sozialer Integration, der weitgehend aus den Kategoriensystemen des modernen Nationalstaates abgeleitet wird. Nur die Durchsetzung eines Primats der Politik, verstanden als ein den Einzelinteressen übergeordnetes Regulationsprinzip, das die Interessen der Allgemeinheit (nicht mehr der nationalstaatlich-verfaßten Gesellschaft, sondern nun der Weltgesellschaft oder auch der Ökologie) sichtbar werden läßt und gestaltet, „verdiene" den Namen der „Neuen Weltordnung". Alles weitere im Gang der Kritik ist normlogische Deduktion: Gesellschaftliche Problemlagen werden ermittelt und in normativistische Forderungen an die Politik „umgelenkt": welche Aufgaben die sich notwendigerweise zu Exekutive und Legislative mausernden Institutionen mit welchen Prioritäten und in welcher Weise wahrnehmen müssen.

Marx hatte für eine solche „Sicht der Dinge" nur Hohn und Spott: „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, ... beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf" (MEW 8, 115). An der wirklichkeitswissenschaftlichen Analyse der „Neuen Weltordnung" zielt eine solche Kritik natürlich vorbei. Moralisierung kann die Analyse der Neuformierung sozialer und politischer Kräfteverhältnisse nicht ersetzen. Letztlich geht es dabei (nach wie vor) um die beständige Auflösung und Unterminierung des alten (fordistischen) Gesellschaftsvertrages, der durch die Ökonomisierung der globalen Beziehungen und durch die Ver-



gesellschaftungseffekte globaler Akkumulation „ersetzt" wird – und nicht um die Restrukturierung fordistischer Sozialstaatlichkeit auf globaler Ebene.

Euphemistische Konzeptionen von „Global Governance" und „Weltinnenpolitik" gaukeln dagegen aufgehende Blüten linearer Supranationalisierung „des Politischen" und seines Unterbaus vor: von der normativen Verregelung durch die Kodifizierung von „Weltrechten" bis zur Herausbildung einer „Weltöffentlichkeit". Diese Blüten der Supranationalität wollen aber auf dem Boden des globalen Kapitalismus nicht gedeihen! Die Globalisierung des Kapitals, jene scheinbar treibende Kraft staatlicher Supranationalisierung, kann nämlich erst auf der Grundlage des hierarchischen *inter-nationalen* Staatensystems seine Kraft der Verallgemeinerung zur Wirkung bringen. Sie setzt das „Diktat der Zahlungsbilanz", die Reduktion von Handlungsspielräumen und die innergesellschaftliche Inszenierung des „Sachzwang Weltmarkt" (Elmar Altvater) voraus. Ökonomische Globalisierung und soziale bzw. politische Fraktionierung sind nicht nur genealogisch zwei Seiten ein und derselben Medaille (der Herausbildung des „modernen Weltsystems"); sie bilden konstituierende Elemente *einer* Systemstruktur (der global-kapitalistischen Gesellschaftsformation).

Dem Nationalstaat fallen auch im deklarierten post-neoliberalen Zeitalter des globalen Institutionalismus elementare Funktionen zu. Aktuell vollzieht sich dieser Prozeß der Renationalisierung über die Transformation des fordistisch-sozialen Nationalstaats in einen „nationalen Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch). Er bewirkt erstens durch seine positive Bezugnahme auf den Weltmarkt die Inszenierung innergesellschaftlicher Anpassungszwänge unvermittelter (und verstetigt die Krise der fordistischen Regulation). Zweitens basiert er auf der ideologischen Anrufung einer vermeintlich homogenen Nation, die in (Standort-)Konkurrenz zu anderen Nationen tritt und fungiert somit als politische Arena der Neuformierung von Klassenbündnissen (teilweise unter Einschluß neorassistischer Positionen). Drittens aber reproduziert er die nationale Fraktionierung der Weltgesellschaft und so die Existenz eines internationalen (hierarchischen) Staatensystems.

So wird letztlich im neoinstitutionalistischen Diskurs, von Michel Alberts Hymne auf den politisch regulierten „rheinischen Kapitalismus" bis zu Michael Porters „nationaler Wettbewerbsstrategie", die ausgerufene „Krise des Neoliberalismus" nicht nur als metropolitane Angebots-Politisierung vollstreckt, indem weltwirtschaftliche „Standortzwänge" politisch durchgesetzt werden, sondern auch der (neoliberale) Weltmarkt(macht)zusammenhang entfaltet. Die weltweite Hegemonie des Neoliberalismus wird nicht gebrochen. „Weltinnenpolitik" bewirkt keine Überwindung der nationalen Fraktionierung der Weltgesellschaft. Deren bleibende (und bleierne) Funktion für die Blüte des globalen Kapitalismus bleibt unerschüttert. Mehr noch: Die „Aushöhlung des Nationalstaats" (Bob Jessop) und die Tendenzen zur Supra- und Subnationalisierung von Staatstätigkeiten und -funktionen sind deren integraler Bestandteil.

Weltinnenpolitische Formierung kann also nicht als Prozeß linearer Supranationalisierung nationalstaatlicher Formen und Funktionen mißinterpretiert werden, sondern muß mit dem vorgeschalteten Prozeß globaler Vermachtung analytisch „rückgekoppelt" werden. Die politischen Formierungen sind nämlich das Resultat einer krisenhaften Entwicklung neoliberaler Inszenierungen des Weltmarktes in den 80er und zu Beginn der 90er Jahre. Die Krise umfaßt bekanntermaßen die gesamte Weltgesellschaft. Zum einen verschärfen sich Arbeitslosigkeit und soziale Desintegration in den Metropolen; zum anderen hat der Anspruch des siegreichen westlichen Kapitalismus auf Globalisierung und Verallgemeinerung gehörig Schiffbruch erlitten und akzentuiert die Krise in der weltwirtschaftlichen Peripherie. Um im Bild zu bleiben: die in den Weltmarkt zu integrierenden Ökonomien des Südens und des Ostens dümpeln nicht im Kielwasser florierender weltwirtschaftlicher Metropolen; sie geraten vielmehr in den Sog des untergehenden Schlachtschiffes und versinken (teilweise ungesehen) im Meer der Armut und des Elends. M.a.W.: der Anspruch auf Inklusion aller Weltregionen in das kapitalistische Wohlstandsmodell ist genau zu dem Zeitpunkt kläglich gescheitert, an dem dieser Anspruch erstmals politisch virulent geworden ist, nämlich mit der Weltmarktöffnung der östlichen und südlichen Gesellschaften. Die Krisen häufen sich, verdichten sich aber kaum zur „Umbruchkrise".

Der „rezessive Triade-Kapitalismus" (vgl. meinen Beitrag in: *links*, November 1993) blieb nicht ohne gesellschaftliche Folgen: Die sozialen Verwerfungen innerhalb der selektiv-weltmarktintegrierten Gesellschaften des Ostens und des Südens bringen ungleich schärfere sozio-ökonomische Krisen in den integrierten Peripherien als in den Metropolen hervor. „Strukturelle Heterogenität" war der dependenztheoretische Begriff, den man früher dafür hatte. Die neuere Entwicklung läßt sich aber auch als „Derivat" einer externen Dynamik, der des globalisierten Kapitals, charakterisieren. Mehr aber noch: Die dauerhafte Auslagerung einer „zerstörten Vierten Welt" (Samir Amin) ohne soziale und ökonomische Perspektive, in der weder endogene noch exogene Wachstumsimpulse mobilisiert werden, eskaliert in zunehmenden Bürgerkriegen und beschleunigt einen von den Metropolen angeheizten Diskurs über die „Chaotisierung der Welt". Vor allem in Afrika drohen die im Zuge der Dekolonialisierung entstandenen Staatsterritorien infolge mangelnder Zukunftsperspektiven und sozialer Integration zu zerbersten. Die Staatsgrenzen der ex-realsozialistischen Gesellschaften stehen sowieso zur Disposition.

Diese dreifachen Spaltungslinien des globalen Kapitalismus, gesellschaftlich-vertikal und international-horizontal innerhalb und zwischen den weltmarktintegrierten Gesellschaften des Nordens und Südens und global-aparthisch zwischen integrierten und „zerstörten" Weltregionen werden zwar zu Menetekeln des liberal-kapitalistischen Weltsystems erhoben; seine Politisierung in Gestalt der sog. „Weltinnenpolitik" aber zieht den weltgesellschaftlichen Zusammenhang nicht ein. Der Prozeß der Ökonomisierung und global-kapitalistischen Vergesellschaftung bleibt ungebrochen.

So verwundert es keineswegs, daß heute via privater Investitionen durch transnationale Konzerne dreimal soviel Kapital in die Entwicklungsgesellschaften fließt wie durch staatliche Entwicklungshilfe. Die G7-Politik ist bisher keinen Deut von ihrer alten Strategie, Anpassungsverpflichtungen den „schwachen" Ökonomien aufzubürden, abgewichen. Strukturprobleme *innerhalb* der weltwirtschaftlichen Verflech-

tungen werden weiterhin zu „nationalen Versäumnissen“ erklärt.

Folglich beziehen sich alle politischen Formierungen der „Weltinnenpolitik“ auf eine Neubestimmung des Verhältnisses der Metropolen zur zerstörten „Vierten Welt“. Mittel dieser Neubestimmung ist vor allem die „humanitäre Intervention“. Die Renovierung des Völkerrechts, weg vom primären Recht der Staaten hin zu den „Völkern“ und Menschen (wie undifferenziert auch immer!), tendiert unweigerlich zu einer Aufhebung des internationalstaatlichen Prinzips der Nicht-Einmischung. Von einem universalistischen Anspruch der Menschenrechte kann allerdings keine Rede sein. Er weicht einem Ökonomismus „sans phrase“ gegenüber den Ländern der integrierten Peripherie und einer „interventionierenden Menschenrechtspolitik“, klistiert in der Forderung nach „good government“, gegenüber der „Vierten Welt“. Fragen der sozio-ökonomischen Voraussetzungen werden innerhalb dieser „Denkschulen“ sowieso nicht mehr gestellt (vgl. den Beitrag von W.-D. Narr, in: *links*, März/April 1995).

Insgesamt erinnert diese politische Formierung dann doch sehr an das von Ulrich Menzel 1991 mit der „Kühnheit eines Verzweifelten“ (Rainer Tetzlaff) vorgetragenen Konzepts der Treuhandschaft des Nordens über den Süden. Es gehe nach Menzel darum, einen „beträchtlichen Teil der (Welt-)Bevölkerung ... durch sozialpolitische Maßnahmen soweit zu alimentieren, daß er wenigstens ein einigermaßen menschenwürdiges Leben führen kann.“ Treuhandschaft westlicher Gesellschaftsformationen über einen chaotisierenden, entsouveränisierten „Süden“ wird zum materiellen Kern von „Weltinnenpolitik“. Sie erweist sich somit als palliatives Mittel einer außerhalb der Logik global-kapitalistischer Reproduktion und Regulation siedelnden Weltgesellschaft. Dies bedeutet keineswegs, daß sie nicht innovativ sei; im Gegenteil: Entwicklungspolitik wird grundlegend neu definiert. Ihre in den 30er Jahren wurzelnden Konzeptualisierungen und die ihr immanente Beförderung der Herausbildung von Staatsklassen in den Peripherien weichen einer grundlegenden Abwendung von den staatlichen Eliten und neuen Konzepten.

Die Geburtsstunde der „internationalisierten Zivilgesellschaft“ schlägt. Sie schlägt als Mesalliance: der hegemoniale Diskurs über korrupte, ineffiziente und autoritäre Staatsklassen erweist sich nicht nur als Wasser auf die Mühlen der zivilgesellschaftlichen Akteure, sondern auch auf die neoliberale Kritik. Der Zusammenhang ist nicht wegzudefinieren: Zum einen besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen neoliberaler Anpassungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen und der Deprevation staatlicher Funktionen in der weltwirtschaftlichen Peripherie. Zum anderen befördert die durchgesetzte neoliberale Restrukturierung und Erneuerung des Staates in den Entwicklungsgesellschaften die Selbstorganisation der Bevölkerung und die (rudimentäre) Entfaltung einer vormals autoritär bzw. populistisch gegängelten Zivilgesellschaft.

Alte Hoffnungen über die Bildung gesellschaftlicher Nord-Süd-Allianzen, die einen Bruch mit dem weltwirtschaftlich hegemonialen Akkumulations- und Regulationsmodell bewirken und einen „New Deal“ zwischen Nord und Süd begründen können, wurden schnell enttäuscht und wichen einem neuen herrschenden Diskurs. Alain Lipietz' Einschätzung des Rio-Gipfels als erste Versammlung der weltweiten Zivilgesellschaft „unter der Hegemonie der NGOs des Südens und der radikaleren Tendenzen der politischen Ökologie des Nordens“ (in seinem Buch „Berlin-Bagdad-Rio“), erwies sich als euphemistische Fehleinschätzung. Die seit der „Rio-Agenda 21“ mit diplomatischer Anerkennung ausgestatteten Hilfs-NGOs des Nordens entwickelten sich real und diskursiv zur herrschenden Kraft. Mit der Entstehung eines „Hilfe-Marktes“ für die weltgesellschaftlichen „Katastrophengebiete“ haben sich nicht nur die strukturellen Ungleichgewichte zwischen Nord- und Süd-NGOs verschärft. Die Diskussion über eine militärische Absicherung der NGO-Tätigkeiten in den Entwicklungsgesellschaften hat den Diskurs über alternative Gesellschaftsallianzen inzwischen abgelöst.

Das Theorem der internationalisierten Zivilgesellschaft feiert seinen Aufstieg just zu dem Zeitpunkt, wo die Zivilgesellschaft regressiv umschlägt. Tatsächlich bewirkt der Zusammenhang von neoliberaler Restrukturierung, explizit NGOs einbeziehender „Weltinnenpolitik“ und „Boom der NGO-Community“, daß die internationalisierte Zivilgesellschaft zu einer Kraft mutiert, die die Hierarchien und Machtverhältnisse des Weltmarkts reproduziert. Die NGOs des Nordens werden zu Bestandteilen der „treuhänderischen Verwaltung“ in der neoliberal strangulierten Sozial- und Gesundheitspolitik und so zu „Vollstrekkern“ einer ausdifferenzierten „Weltinnenpolitik“. Die sozial-desaströsen Folgen global-kapitalistischer Ausschließungsmechanismen bleiben unangetastet.

Die Feststellung, daß sich eine ausdifferenzierte Gesellschaft holistischen Gesellschaftskonzeptionen entzieht, ist zunächst resignativ, wie Adorno treffend feststellte, „weil man daran verzweifeln muß, (das Ganze) zu verändern“. Schlimmer aber noch: Die fragmentierten Wahrnehmungen weltgesellschaftlicher Totalität avancieren zu ideologischen Formen der sozio-ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Im Gegensatz zu solchen ideologischen Mustern hat eine Kritik der globalen Machtverhältnisse die Konstruktion von hegemonialen Projekten in ihrer Totalität nachzuzeichnen.

Ein zentraler Begriff in dieser Arbeit des analytischen Zugriffs ist, denke ich, der Begriff der „Politik des Weltmarkts“. Real kann so die weltmarktfunktionale Unterwerfung der (verbleibenden) staatlichen Regulation, die ökonomische Reproduktion dominierender Klassenbündnisse und die weltinnenpolitische Neuordnung des Verhältnisses von Weltmarkt und „Vierter Welt“ als Prozeßresultat kapitalistischer Globalisierung nachgezeichnet werden. Zum Verständnis der aktuellen Entstaatlichung und Vergesellschaftung der globalen Beziehungen ist ein Rückgriff auf die analytischen Begriffe der 70er Jahre durchaus fruchtbar: Nur im Zusammenhang nämlich mit dem Konzept der transnationalen Herrschaftssynthese als „einer relativ stabilen Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ oder der aus Johan Galtungs „struktureller Theorie des Imperialismus“ entlehnten Konzeption der „Brückenköpfe“ des weltwirtschaftlichen Zentrums in den Ländern der Peripherie ist dem schillernden Begriff der „internationalen Zivilgesellschaft“ materielles und analytisches Leben einzuhauchen.

Zivilgesellschaft ist nicht per se als demokratischer und herrschaftsfreier Ort voraussetzungslos zu konzipieren (und zu denken) – dies kann nur den Mythos befördern. Zivilgesellschaft muß dagegen als Terrain der politischen und gesellschaftlichen Kämpfe, Konflikte und Kompromisse analysiert werden; sie muß gramscianisch, als Ort des Streits um Hegemonie begriffen werden. Die internationalisierte Zivilgesellschaft kann nur im Kontext globaler Hegemonialstrukturen und ihrer ökonomisch-materiellen Unterfütterung analytisch fruchtbar gemacht werden. Indem dies unterbleibt, degradiert der vermeintlich kritische „zivilgesellschaftliche Ansatz“ zur ideologischen Legitimationswissenschaft, die die positivistisch nicht mehr hinterfragte Weltmarktmacht in politische und theoretische Termini verdolmetscht. Hier setzt politische Kritik ein: aufzeigen, wo sich die fragmentierten Diskurse, Projekte und gesellschaftlichen Kräfte, durchaus entgegen ihrer Intention, zu materiellen und ideologischen Bestandteilen eines globalen Herrschaftseffektes verdichten. So liegt das originäre Betätigungsfeld der kritischen Intellektuellen heute nicht in der Formulierung fertiger Alternativen, sondern vorrangig in der Ideologiekritik (mit Gramsci: den „Geist des Bruchs“ vorantreiben). – Auch dies ist zivilgesellschaftliche Arbeit – gleichsam allerdings ein Konflikt um Hegemonie! ●

KURT HÜBNER

Droht die finale Krise des globalen Kapitalismus?

Die zeitliche Koinzidenz von Mexikokrise, Baringpleite und drastischen Kursschwankungen sowie Wechselkursabstürzen von Dollar, Peso, Lira, Peseta und einer ganzen Reihe anderer Währungen haben die Finalisierungsrhetoriker wieder einmal auf den Plan gerufen. Auf mehr oder weniger hohem theoretischen Reflektionsniveau wird die nun wirklich endgültige Krise ausgerufen, die in Gestalt eines globalen Finanzkrachs Staaten und Gesellschaften der globalen Welt in den Untergang führen soll. Präsentiert wird eine Melange unterschiedlichster Fakten und Strukturmechanismen, garniert mit verbaler Endzeitartistik, die einem angst und bange werden läßt. Ein Meister dieses Genres ist Robert Kurz, der auf kürzestem Raum die „substanzlose Geldschöpfung" und den Anstieg des spekulativen Prozesses in „stratosphärische Höhen" beklagt, die „absolute Schmerzgrenze" der aus dem fiktiven Kapital gespeisten Staatsverschuldung erkennt, „Export-Einbahnstraßen von Ost nach West infolge Billiglöhnen und „nach unten verzerrter Wechselkurse" ortet. Dies alles erklärt er damit, daß dem globalen Kapital infolge stofflich-technologischer Revolutionen die mehrwertheckenden Anlageformen für Kapital fehlen und es deshalb in die Sphäre der finanziellen Spekulation abwandert und so seinen eigenen Untergang einleitet. Auch wenn sich diese Form des ökonomistischen Alarmismus aktuell wieder etwas beruhigt hat, so ist bei zu erwartenden Wiederholungen solcher Ereignisse ein erneuter kollektiver Aufschrei dieser Szenerie zu erwarten.

Finanzielle Kräche großen Ausmaßes, dies hat der US-amerikanische Ökonom Charles P. Kindleberger blendend nachgezeichnet und untersucht, gehören seit dem frühen 18. Jahrhundert zu der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. So hat etwa die kürzlich in die Schlagzeilen geratene britische Baring Bank bereits im Jahre 1890 eine famose Liquiditäts- und Solvenzkrise im britischen Finanzsystem in Zusammenhang mit unsicher gewordenen Argentinienkrediten ausgelöst. Der Derivatenspezialist Nick Leeson hat seinen Vorgänger in Robert Knight, der mit seinen spekulativ-betrügerischen Manipulationen der Bücher der South Sea Company zum großen *finance bubble* von 1720 beigetragen hat. Dennoch: Solche in großer Zahl und epischer Breite zu erzählenden Episoden können und sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich seit den späten sechziger Jahren dieses Jahrhunderts ein ökonomisches Konfliktpotential in der internationalen Ökonomie aufgebaut hat, das gewaltige Entwertungsrisiken von systemunterminierender Wirkung birgt. Der zu Beginn der siebziger Jahre erfolgte Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, selbst ein Ergebnis der durch die polit-ökonomischen Verwertungsprozesse freigesetzten Krisen- und Umbruchdynamik, hat das bis dahin gültige und wirksame Prinzip der politischen Steuerung von Wechselkursen und Außenwirtschaftsbeziehungen nationaler Ökonomien beseitigt. An die Stelle eines Fixkurssystems mit seiner von den Notenbanken und Regierungen quasi-garantierten Risikoübernahme trat eine Marktsteuerung in Gestalt flexibler Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen der westlichen Welt. Dadurch wurde eine Lawine an Deregulierungsmaßnahmen losgelöst, die sowohl alle noch vorhandenen Mobilitätsschranken für zinstragendes Kapital als auch alle nationalen Einschränkungen für die Invention und spätere Produktion von Finanzwaren über Bord gehen ließ. Beseitigt wurde auf diesem Wege schließlich auch die noch mit dem System von Bretton Woods gepflegte Illusion einer goldgedeckten Weltreservewährung in Gestalt des US-amerikanischen Dollar. Der im Falle finanzieller Instabilitäten und Krisen noch von Marx erwartete – und von Zusammenbruchspropheten wie Kurz getreulich nachgebetete – Umschlag vom Kredit- ins Monetarsystem wurde dahingehend modifiziert, daß zwar quasi-fixe Werte als prinzipielle Rettungsanker nach wie vor eine Wichtigkeit besitzen, aber die globalen Vermögensakteure vor solchen – keineswegs unproblematischen und vor allem mit relativ hohen Transaktionskosten versehenen – Rettungsversuchen währungsorientierte Vermögensschichtungen vornehmen und auf diese Weise einen ständigen Prozeß von Rehierarchisierungen der Weltwährungen auslösen. Im Rahmen eines oligopolistisch verfaßten globalen Devisenmarktes und hochgradig interdependenter Geld- und Kreditmärkte müssen derartige Manöver gleichsam zwangsläufig finanzielle Instabilitäten zeitigen, von denen neben

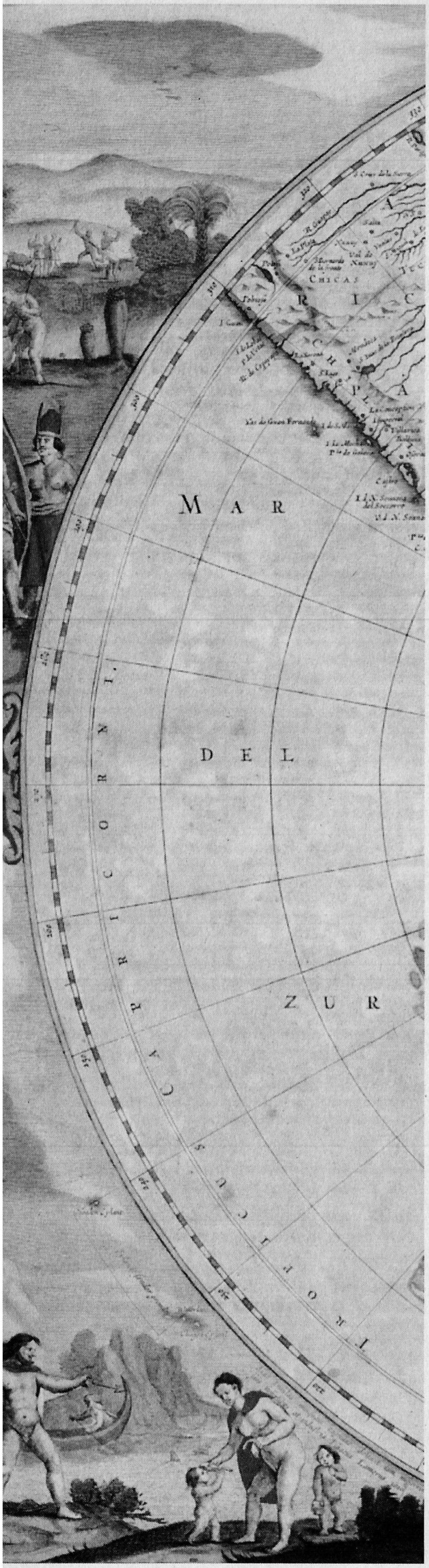
den Hauptwährungen vor allem die mit diesen institutionell oder informell verbundenen Sekundärwährungen betroffen sind. Die Wechselkurse der Währungen werden so zum Spielball kurzfristig orientierter Verwertungsinteressen gemacht.

Sozusagen als Nebenprodukt dieser Entwicklungen bildete sich ein finanzielles Ambiente heraus, das mit dem Label *Casino Capitalism* eine treffende Überspitzung gefunden hat. Die im Zuge der Privatisierung der Währungs- und Finanzbeziehungen entstehenden neuen Märkte boten, *erstens*, eine Vielzahl von Arbitragemöglichkeiten, die von Finanzjongleuren schnell zum Quell hoher Finanzerträge gemacht wurden. Der mit der Ablösung politisch garantierter Wechselkurse zu verzeichnende drastische Anstieg des von privaten Akteuren zu tragenden Wechselkursrisikos führte, *zweitens*, zu einem hohen Absicherungsbedarf aller weltmarktintegrierten Warenkapitalakteure, auf den das globale Finanzsystem mit einer Diversifizierung seines *Future Market* -Angebotes reagierte. Auf diese Weise ließen sich export- oder importbedingte Devisentransaktionen gegenüber kurzfristigen Wechselkursschwankungen absichern. Mit der ökonomisch forcierten und politisch gewollten Herstellung völlig freier nationaler und internationaler Finanz- und Kapitalmärkte schließlich wurden, *drittens*, die Markteintrittsbarrieren für Anbieter von Finanzdienstleistungen gesenkt und gleichzeitig die Angebotspalette dieser Märkte ausgeweitet. Entstanden sind auf diese Weise die momentan in aller Munde geführten Finanzderivate, die etwa der Baring Bank, aber auch der Metallgesellschaft oder Procter & Gamble (der Name ist Programm?), extraordinäre Verluste beschert haben. Die in immer schnellerem Tempo eingeführten neuen Generationen sekundärer und tertiärer Derivate, wie z.B. Optionen auf Optionen auf Optionen von Sammelindices mit ihren schnellen Profitchancen haben den von Bankern gerne beschworenen Grundsatz „geschlossener Positionen" der Marktakteure längst über Bord gehen lassen. Wäre es wirklich so, daß jeder Akteur eine auf die Zukunft gerichtete Option auf steigende Kurse mit einer Option auf sinkende Kurse absichern würde, dann müsste sich ein derartiger globaler Nullsummenhandel schnell totlaufen. Zu beobachten ist aber ein in den letzten Jahren schnell steigendes Größenwachstum dieser Märkte. Jährliche Zuwachsraten von vierzig Prozent wie in der Bundesrepublik der frühen neunziger Jahre sind keine Seltenheit. All dies verweist darauf, daß auf diesen Märkten national wie global ein großes und vor allem auf kurzfristige spekulative Gewinnmitnahme zielendes Spiel etabliert wurde, das um so brisanter ist, als dank der Bilanzunwirksamkeit des überwiegenden Teils dieser Geschäfte das Transparenzniveau der Märkte äußerst gering ist.

Die realwirtschaftlichen Sektoren der nationalen Volkswirtschaften bleiben von solchen Ereignissen nicht unberührt. Zwar ist es eine gewaltige Übertreibung, wie Kurz zu behaupten die deutsche „Exportmaschine" würde angesichts der Flucht der internationalen Vermögensakteure aus dem Dollar abgewürgt, wenn nahezu zwei Drittel aller bundesdeutschen Exporte in den Nicht-Dollar-Währungsraum gehen, also von den Aufwertungseffekten der D-Mark gegenüber dem Dollar-Raum nicht direkt berührt sind. Mittel- und langfristig wichtiger als mögliche quantitative Aspekte der Handelsbilanz sind aber die vom privaten Unternehmenssektor verfolgten Strategien, um solchen Störungen zu begegnen. Zu beobachten ist seit Mitte der siebziger Jahre als unmittelbare Reaktion auf die einsetzenden Wechselkursvolatilitäten eine Beschleunigung der Internationalisierung des produktiven Kapitals in Gestalt ausländischer Direktinvestitionen. Mehr als vier Fünftel der Direktinvestitionen fließen in die entwickelten kapitalistischen Länder und bilden dort transnationale Konkurrenz- und Kooperationsnetzwerke, die die sie begleitenden Warenexporte und -importe von den Wechselkursregimen weitgehend unabhängig machen: Konzern- und netzwerkinterner Handel machen heute – die in der Literatur gehandelten Daten sind schwierig zu evaluieren – zwischen 30 und 50 Prozent des gesamten Außenhandels der entwickelten kapitalistischen Länder aus.

Derartige Immunisierungsstrategien des privaten Unternehmenssektors gegenüber krisenhaften Entwertungsprozessen des globalen Währungs- und Finanzsystems sind sicherlich keine Garantie für krisenfreie Wachstums- und Akkumulationsentwicklungen realwirtschaftlicher Produktion. Sie deuten aber an, warum Krisenrhetorik, die auf simplizistischen Konzepten abstrakter Arbeit und eines metallischen bzw. Warengeldsystems basiert, notwendigerweise analytische wie politische Kurzschlüsse produziert. Auch wenn mit guten Gründen argumentiert werden kann, daß die im globalen Finanzsystem angehäuften Gläubiger-Schuldner-Strukturen noch zu manchen Entwertungen fiktiven Kapitals führen werden, darf daraus nicht automatisch der systemische Kladderadatsch gefolgert werden.

Radikale Gesellschaftskritik wäre denkbar schlecht beraten, wenn sie wie die Schlange auf das Kaninchen auf die nun wirklich letzte Krise starrt. Gerade wenn es so ist, daß die ökonomische Konstellation ausgeprägter finanzieller Instabilitäten ein politisches Klima von Unterdrückung und Stigmatisierung von Minderheiten generiert, wird die politische Intervention bereits vor Eintritt des „Ernstfalls" wichtiger als je zuvor. Die von Kurz empfohlene Abkopplung ökonomischer Aktivitäten vom Geldnexus erweist sich hier als geradezu katastrophale Perspektive, käme dies doch einer sozusagen prozyklischen, also gleichgerichteten Maßnahme gleich. Bedenkt man weiter, daß Kurz eine solche Abkopplung auch nur auf dem Boden des Nationalstaates denken kann, dann ist man schnell wieder bei einer Aufwertung des Gedankens nationalstaatlicher Souveränität, und damit bei einem Herrschafts- und Machtprinzip angelangt, das eigentlich überwunden werden sollte. Ein nochmaliges Nachdenken über ein angemessenes krisenanalytisches wie -politisches Konzept tut bitter Not. ●



STEPHAN HESSLER

Sympathy for the Devil?

Neue Multis im Tertiären Sektor

Die Debatte um Macht und Einfluß multinationaler Konzerne (MNK) geht nunmehr in ihre vierte Dekade; zu Beginn der 70er Jahre erlebte sie einen vorläufigen Höhepunkt, als es darum ging, die transnationalen Aktivitäten von Unternehmen in das Regelwerk einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" aufzunehmen. Die damalige Diskussion war von Mißtrauen und Argwohn gegenüber den Konzernen geprägt, in zahlreichen Publikationen wurden sie regelrecht dämonisiert: Unternehmen des *primären* Sektors, wie die berüchtigte United Fruit Company, Unilever oder die Ölkonzerne, deren Geschäft in der Ausbeutung mineralischer und pflanzlicher Rohstoffe bestand, führten die koloniale Ausbeutungspraxis der Plantagen- und Minenproduktion weiter. Unternehmen des *sekundären* Sektors begannen, Teile ihrer industriellen Fertigung in Länder der Dritten Welt zu verlagern. Die „neue internationale Arbeitsteilung" bestand darin, Produktionsstandorte dorthin zu verlagern, wo das Beschäftigungsumfeld quantitativ und qualitativ auf niedrigstem Niveau gehalten wurde. Autokratische Systeme wurden häufig bei der Standortwahl transnationaler Konzerne bevorzugt berücksichtigt und demokratische Regime sahen sich einem massiven Druck ausgesetzt, wenn politische Entscheidungen des Gastlandes die Interessen multinationaler Unternehmen tangierten.

Wenn wir die Unternehmensgröße als Machtkriterium ansehen, dann hat der Einfluß multinationaler Konzerne heute, zwanzig Jahre nach der „klassischen" MNK-Debatte, bedrohliche Ausmaße angenommen: Stellt man die Wirtschaftsleistung von Nationalstaaten (Bruttoinlandsprodukt) und multinationalen Unternehmen (Aktiva, Bilanzsumme) nebeneinander, so ergibt sich eine überraschende Rangfolge. Es wird deutlich, daß in bezug auf ihre Wirtschaftskraft zahlreiche weltweit operierenden Unternehmen mittlerweile in die Phalanx der Industrieländer eingebrochen sind. OECD-Länder wie Österreich (185 Mrd. US$), Finnland (94 Mrd. US$) oder Dänemark (124 Mrd. US$) werden vom Mischkonzern *General Electric* (193 Mrd. US$) überholt, der fast die doppelte Wirtschaftsleistung erbringt wie Norwegen (113 Mrd. US$); *General Electric* ist heute dreimal so groß ist wie Venezuela, fünfzehnmal so groß wie Ecuador und beinahe siebzigmal größer als Burkina Faso. Die Bilanzsumme von *Ford* (180 Mrd. US$) ist höher als die Wirtschaftsleistung Finnlands, Venezuelas und Ecuadors zusammen, und Kolumbien rangiert in der Liste zwischen *IBM, Toyota, Daimler Benz* und *Volkswagen*.

Nur noch zwanzig Staaten der Erde weisen eine Wirtschaftsleistung auf, die über der Bilanzsumme der Konzerne *General Electric, General Motors* und *Ford* liegt. Die 100 größten Unternehmen vereinen mehr als ein Drittel des weltweiten Bestandes an Direktinvestitionen (1992 rund 2.000 Mrd. US$) auf sich, sie halten ein Drittel der globalen Privatvermögen und ihr Umsatz (1992 rund 4.800 Mrd. US$) übersteigt das Welthandelsvolumen aller Mitgliedsländer des GATT.

Angesichts dieser Zahlenrelationen müßte die Debatte um Ausmaß und Gefahren des staatlichen Souveränitätsverlustes durch transnationale Unternehmen an Schärfe zugenommen haben. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die ehemals verteufelten transnationalen Akteure werden heute geradezu hofiert: Nationalstaaten, nicht nur in der Dritten Welt, überbieten sich in Privatisierungs- und Deregulierungsrunden und werfen reihenweise staatliche Kontrollbestimmungen über Bord. Vielfach werden den Konzernen und ihren Managern schon staatliche Kompetenzen zu-

geschrieben: die Palette reicht vom Kultur- und Ökosponsoring bis zum Take Over der Regierungsgewalt durch Collor de Melo oder Silvio Berlusconi. Und wenn wir der Vision Kenichi Ohmae's folgen, dann wehen über den internationalen Konferenzgebäuden künftig nicht mehr Union Jack, Schwarz-Rot-Gold oder die US-Flagge, sondern die Banner der United Colours of Benneton. Sympathy for the Devil oder Kapitulation vor der Übermacht der Konzerne?

Das Wachstum der Unternehmensgrößen korreliert mit dem Anstieg der internationalen Direktinvestitionen. 1990 betrugen die Bestände der sieben wichtigsten Ursprungsländer – USA, Japan, Großbritannien, BRD, Frankreich, Niederlande und Kanada – knapp 1,4 Billionen US-Dollar, das sind 84 % der globalen Direktinvestitionen.

Multinationale Konzerne haben nicht nur eine quantitative Veränderung durchlaufen, sie haben sich also auch qualitativ fortentwickelt. Zu den auffälligsten Veränderungen der letzten zwei Dekaden zählt ein doppelter Trend der Tertiarisierung und Entstofflichung. Die klassischen Bereiche des primären und sekundären Sektors verlieren an Bedeutung, während immer mehr Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich getätigt werden.

Tertiarisierung und Entstofflichung manifestieren sich im Aufkommen einer völlig neuen Kategorie transnationaler Akteure, die überwiegend in den Bereichen Kommunikation und Finanzwesen angesiedelt sind und in einem Wandel der klassischen Industrieunternehmen selbst.

Zu den klassischen Unternehmen im tertiären Sektor zählt das Nachrichtenhaus *Reuters AG*. Es verwendet einen Großteil seiner Ressourcen nicht mehr im traditionellen politischen Nachrichtengeschäft, sondern zur Belieferung von Banken, Maklern und anderen Organisationen des Finanzmarktes mit Daten, Informationen und Analyseinstrumenten. Die Informationsstruktur Reuters' ist damit nicht mehr auf Massennachfrage ausgerichtet (globale Verbreitung von Nachrichten), sondern konzentriert sich vielmehr auf die exklusive Belieferung einiger weniger zahlungskräftiger Kunden aus der Finanzwelt. Sinn und Zweck des mittlerweile 140 Länder und 180 Börsenplätze umfassenden Reuters-Netzwerkes ist also nicht die Verbreitung von Information, sondern deren exklusive Zuteilung. Mittlerweile hat der Umsatzanteil des klassischen Nachrichtengeschäftes gerade einmal fünf Prozent erreicht, 95 % werden im Bereich innovativer Finanzmärkte umgesetzt. Mitte 1994 standen weltweit im Derivatgeschäft, dem dynamischsten Marktsegment dieser Branche, Kontrakte in der Größenordnung von 35.000 Mrd. US-Dollar offen. Derivate (engl. „Ableitungen") sind ein Sammelbegriff für Options, Swap- und Futuresgeschäfte. Ursprünglich zur Absicherung („Hedging") und Finanzierung von Warentermin- und Exportgeschäften an Börsen konzipiert, haben sich Derivate seit Mitte der 80er Jahre zunehmend verselbständigt. Nach Schätzungen werden nur noch 8 - 10 % der Derivate im klassischen Warengeschäft abgewickelt, der Rest entfällt auf spekulative Finanzanlagen.

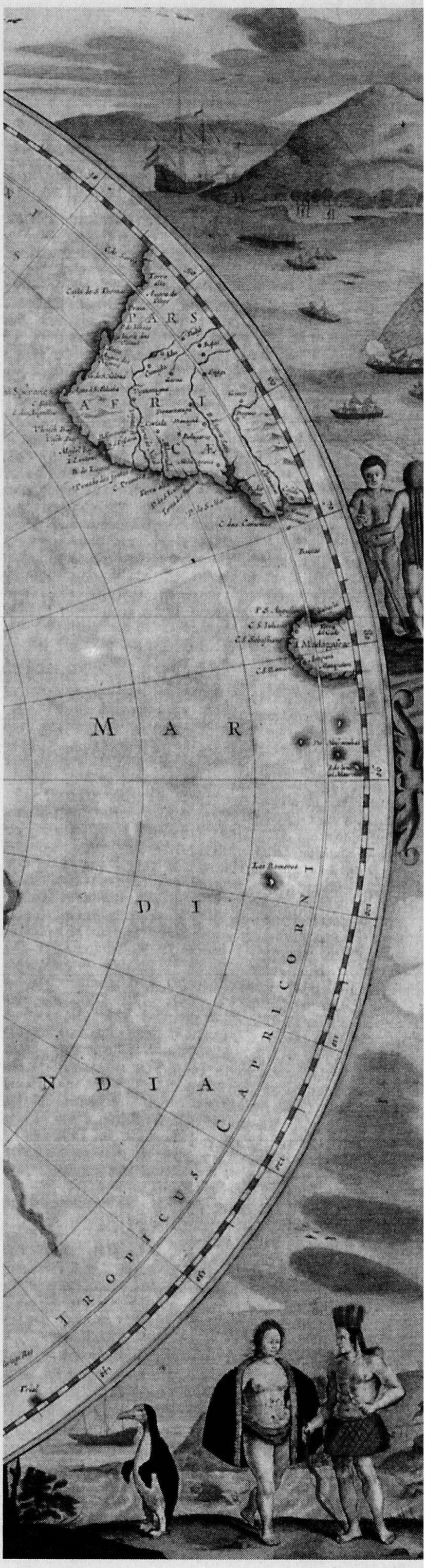
Nicht nur große Unternehmen, sondern auch Gebietskörperschaften und Institutionen agieren auf dem Derivatemarkt. Besonders während der Rezessionsjahre wagten sich zahlreiche Industrieunternehmen in die Sphäre produktionsferner, postmoderner Dienstleistungen vor – oft zu weit, wie zahlreiche Skandale verdeutlichen: die Fehlspekulationen im Devisenhandel bei *Baring* oder *Volkswagen*, das Debakel der Metallgesellschaft beim Handel mit Ölkontrakten oder der spektakuläre Zusammenbruch der *Balsam AG* durch Fehlspekulationen mit Derivaten. In die Liste großer Verlierer reihen sich neben Unternehmen wie *Procter & Gamble* unter anderem die Distrikt-Körperschaft von *Orange County*, mehrere US-Colleges und ein Stamm der Shoshonen-Indianer ein.

Das Engagement multinationaler Konzerne beschränkt sich nicht auf die Finanzmärkte, sondern umfaßt nahezu alle Dienstleistungssparten. So spielen für die Standortwahl der Niederlassungen immer weniger produktionsbezogene Kostenüberlegungen eine Rolle. Das Engagement von *Daimler Benz* in den USA beschränkt sich auf Marketing und finanztechnische Aspekte wie den Zugang zum US-Aktien- und Kapitalmarkt, die Übernahmen amerikanischer Film- und Musikunternehmen durch *Sony* und *Matsushita* dienten dem Ausbau tertiärer Softwarekompetenz.

Während in der klassischen Güterproduktion die produktionsnahen Kostenfaktoren Arbeit und Maschinenkapital dominierten, sind nun die der Produktion vor- und nachgelagerten Unternehmensbereiche zur eigentlichen Quelle und zur Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg geworden.

Moderne Güterproduzenten sind daher in erster Linie Dienstleistungsunternehmen und marktfähige Produkte sind heute keine Waren mehr; sie sind vielmehr Ideen, die weniger aufgrund ihres stofflichen Fertigungsanteiles nachgefragt werden als aufgrund ihres Image, ihrer Produktphilosophie, ihres Identifikationsprofiles. Diese werden durch die produktbezogenen Dienstleistungen repräsentiert, es sind die dynamischsten Unternehmensteile und diejenigen Sparten multinationaler Konzernaktivitäten, die sich hinter dem Anstieg der Direktinvestitionen verbergen.

Die Dritte Welt, so der brasilianische



Präsident Fernando Henrique Cardoso, stehe vor der Alternative, in die „Information Economy" einzusteigen, oder *„unbedeutend, unausgebeutet und unausbeutbar"* an den äußersten Rand der Weltwirtschaft gedrängt zu werden. Einige Staaten, dazu zählen neben süd-ostasiatischen Schwellenländern auch Brasilien, Mexiko und typische Off-Shore-Standorte, wie Liberia, Vanuatu, Bermudas oder Malta, scheinen Cardosos Auffassung zu teilen.

Die Direktinvestitionen und folglich auch die Aktivitäten vieler multinationaler Konzerne sind kein Indikator für die Internationalisierung der Produktion, sondern des Kapitals. Es geht den mehr als 100.000 Niederlassungen der Multis in der Dritten Welt folglich auch immer weniger darum, die dortigen Ressourcen im primären, sekundären, produktiven Sektor auszubeuten, sondern darum, ganz andere Profitmöglichkeiten zu erschließen. Diese liegen eindeutig im *Bereich moderner Dienstleistungen*. Hinter diesem Terminus verbirgt sich eine ganze Reihe unterschiedlichster Investitionsbereiche: Von reinen Finanzdienstleistungen wie Hedging, Finanzierung und Fundmanagement reicht das Spektrum über das Angebot von Hard- und Software zur Datenübermittlung und Analyse bis hin zur Geldwäsche.

Es ist einigermaßen klar, daß sich hinter dreistelligen Milliarden-Investitionen auf den Bermudas, den Caiman-Inseln, auf Vanuatu, den Kanalinseln oder Liechtenstein kein produktives Geschäftsinteresse verbirgt. Daß aber auch ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Kapitalströme in die Schwellenländer Lateinamerikas und Südostasiens rein spekulativen Charakter hat, wird meist übersehen: von den 28 Milliarden US-Dollar, die 1993 nach Brasilien flossen, sind nach Angaben der deutschen Handelskammer in Rio de Janeiro über 60 Prozent reine Spekulationsgeschäfte.

Die überwiegende Mehrzahl der Länder der Dritten Welt spielt im Kalkül der neuen Multis im tertiären Sektor keine Rolle. Sie sind mit wenigen Ausnahmen als Standort für moderne Dienstleistungsunternehmen denkbar ungeeignet, weil sie weder über die geeignete Infrastruktur, noch über die benötigte Ressourcenausstattung verfügen. Zwar weisen zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer einen hohen Tertiarisierungsgrad auf (z.B. Brasilien), die komparativen Kostenvorteile aber liegen aufgrund der besseren Ausstattung mit „neuen" Ressourcen ganz eindeutig auf der Seite der entwickelten OECD-Länder: Diese Ressourcen sind Geschwindigkeit (Zeit), Marktnähe (Geld), Vertrauen in die Abwicklungskompetenz, Vernetzungsgrad und Ausbildungsstand. Das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte, landwirtschaftlicher Nutzfläche, mineralischer Rohstoffe und liberalisierungswütiger Regierungen erweist sich im neuen Kontext als wertlos.

In einigen Ländern Lateinamerikas haben multinationale Unternehmen von Privatisierungsprogrammen profitiert und sind meist unter Marktpreis in den Besitz rentabler Staatsdömanen in den Sparten Telekommunikation und Luftfahrt gelangt. 1990 betrugen diese Übernahmen ein Viertel aller Direktinvestitionen in Lateinamerika, in Argentinien sogar die Hälfte. Darüber hinaus konzentrierten sich die in der Dritten Welt getätigten Auslandsinvestitionen auf China (Joint Ventures, Markterschließung), asiatische Schwellenländer (Vorproduktfertigung) und die Steueroasen. Spekulative Investitionen dominieren in Brasilien und Mexiko (Immobilien, Währungsgewinne). Drei Viertel der Unternehmenskäufe und Beteiligungen entfallen auf nur 10 Länder. Insbesondere die afrikanischen Länder sind für multinationale Konzerne nahezu bedeutungslos geworden.

Noch geringer als ihre Funktion als Zielregion ist die Bedeutung von Unternehmen aus Entwicklungsländern als Investoren. Vielfach beschränkt sich die Rolle der Dritten Welt auf die Gewährung von Scheinadressen: So entwickelten sich Liberia und Panama zu bevorzugten Scheinstandorten ausgeflaggter Schiffe: 1975 betrug der Anteil von Schiffen unter Billigflagge ein Viertel der weltweiten Tonnage. Die „AMOCO-Cadiz", die im März 1978 vor der bretonischen Küste havarierte und 230.000 Tonnen Rohöl verlor, war auf eine liberianische Gesellschaft mit Sitz auf den Bermudas zugelassen, von einer spanischen Werft gebaut und von einer internationalen Mannschaft mit italienischem Kapitän gesteuert. Hinter den mutinationalen Beteiligten verbarg sich die in Chicago ansässige *Standard Oil Company of Indiana*.

Entwicklungspolitische Konsequenzen

Nach der klassischen Aufteilung der Weltwirtschaft in einen industrialisierten Norden und einen nichtindustrialisierten Süden scheinen wir uns in Richtung einer „ganz neuen internationalen Arbeitsteilung" zu bewegen. Der Norden beschränkt sich auf seine Kompetenz im Bereich der neuen Dienstleistungen und die damit verknüpfte Hightech-Warenproduktion, ein

Neuerscheinung

Ilhan Kizilhan
Eine psychologische Studie über Kurden in Deutschland

DER STURZ NACH oben

mit einem Nachwort von Hans Branscheidt.
Herausgegeben von medico international und YEK-KOM
ISBN 3-923363-19-2, 200Seiten, 19DM

Wir hören und sehen Nachrichten über Kurdistan, über den blutigen Kampf, der dort stattfindet und über die täglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen. Mitunter sehen wir im Fernsehen Bilder von Kurden aus Deutschland, die hier demonstrieren und auf die Lage dort aufmerksam machen wollen. Wenn Kurdinnen und Kurden sich auf deutschen Autobahnen selbst verbrennen, weil das für sie das letzte verzweifelte Mittel ist, um auf die für sie unerträgliche Situation aufmerksam zu machen, daß das türkische Militär mit Hilfe von Waffen aus Deutschland ihre Verwandten und Angehörigen ermordet, ist die Empörung groß, daß Ausländer mit diesen Aktionen die "innere Sicherheit" gefährden. Die Verzweiflung und die Wut, die sie empfinden, haben die Menschen gegen sich selber gerichtet, aber das können oder wollen die wenigsten wahrnehmen...

medico international
Obermainanlage 7 ▮ D-60314 Frankfurt ▮ Tel. 069/94438-0

Teil der Länder des Südens übernimmt die traditionellen industriellen Kerne und der Rest stellt Bananen und Müllhalden bereit.

Vieles spricht dafür, daß die territoriale Aufteilung der neuen Weltwirtschaft in Funktionsräume zu kurz greift. Das Grundmuster globaler Entwicklung hat sich verändert: An die Stelle des Prinzips der *Expansion*, das die flächendeckende Durchdringung von Wirtschaftsräumen während der letzten fünf Jahrhunderte bestimmte, ist das Prinzip der *Kontraktion* getreten, die in geographischer und sozialer Hinsicht seit Beginn der 80er Jahre zu beobachten ist. Die Übernahme staatlicher Dienste durch multinational agierende Anbieter führt eben nicht zu einer breitenwirksamen Versorgung des gesamten Territoriums, sondern zu einer Konzentration von Wirtschaftskraft auf einzelne Standorte, zu einer räumlichen und sozialen Hierarchisierung der Infrastruktur.

Damit verlieren die entwickelten Länder des Nordens ein wichtiges Unterscheidungskriterium gegenüber dem Süden. Statt eines „Endes der Dritten" Welt beobachten wir deren rapide Ausbreitung. In den Finanzzentren New York, London und Frankfurt beginnt die Dritte Welt bereits wenige Meter hinter der Phalanx der Bankenpaläste.

Es ist folglich zu fragen, ob sich die Bedürfnisse der Weltbevölkerung mit den Visionen einer von Datenautobahnen und virtuellen Bankschaltern geprägten Weltwirtschaft in Einklang bringen lassen. Der Zugang zu den modernen Dienstleistungen ist letztlich von der zahlungskräftigen Nachfrage geregelt: was nützt die Datenautobahn ohne Anschluß, was der virtuelle Bankschalter, wenn keine Mittel zur Einzahlung bereitstehen und keine Bonität zum Abheben vorhanden ist.

Die Struktur der oben beschriebenen Aktivitäten legt die Vermutung nahe, daß es sich bei einer Vielzahl von neuen Dienstleistungen um eine ökonomische Praxis handelt, die ihren Profit weniger aus der *Wertschöpfung* zieht, sondern im Kern auf dem Prinzip der *Abschöpfung* von Werten basiert, die zuvor an anderer Stelle erwirtschaftet wurden.

In der neuen Weltwirtschaft löst sich der klassische Gegensatz des Industriezeitalters zwischen Lohnarbeit und Industriekapital auf. Die neue Konfliktlinie verläuft zwischen Produktions- und Anlageinteressen. Früher nannte man das Engagement auf dem Kapitalmarkt „spekulativ" und die Investition im produktiven Sektor „real". Heute verhält es sich genau anders herum: In unsicheren Zeiten ist eine Investition in Produktionsanlagen, die sich bei sinkender Massennachfrage und ständig schwankenden Währungskursen (wenn überhaupt) erst nach Jahren amortisiert, eher als „spekulativ" zu bezeichnen als ein Jonglieren mit Geldern im Sekundentakt. Derivatgeschäfte profitieren sogar von der schlechten Verfassung der Gesamtwirtschaft: je stärker die Schwankungen, desto höher der Profit.

Wen wundert es also, daß die Kapitalmärkte auf schlechte Wirtschaftsnachrichten wie die Erhöhung der Arbeitslosenquote oder den Rückgang der Bautätigkeit in den USA geradezu euphorisch mit Kurssteigerungen reagieren? ●

Stephan Hessler ist Hochschulassistent an der J.W.G.-Universität, Betriebseinheit Internationale Beziehungen, Frankfurt.

VIKTOR SUKUP

Die Krise der neoliberalen Modelle in Lateinamerika

Seit Beginn der 90er Jahre sind die neoliberalen Modelle in Lateinamerika, insbesondere in Chile, Mexiko und Argentinien, in den Massenmedien oft als ein außerordentliches Erfolgsrezept dargestellt worden. Die Realität Lateinamerikas gibt diesen meist allzu optimistischen Einschätzungen allerdings kaum recht und widerspricht ihnen in etlichen sehr wesentlichen Punkten. Aber diese Realität ist nur in ihrem historisch-strukturellen und internationalen Zusammenhang zu verstehen.

Als in den 30er Jahren die Weltwirtschaftskrise die Länder Lateinamerikas mit besonderer Wucht traf, war für die größeren Länder der Region die Industrialisierung durch Importsubstitution die logische Antwort. Argentinien, Brasilien und Mexiko, sowie in geringerem Ausmaß Chile, Kolumbien, Peru und Uruguay, registrierten in den folgenden Jahrzehnten eine rasch wachsende Industrieproduktion, die manche von ihnen zu sogenannten „Schwellenländern" machte. Das Grundproblem aber lag in der substitutiven Natur dieses Industrialisierungsprozesses, in dem also die vorher importierten Industriegüter nunmehr zunehmend von den eigenen Unternehmen geliefert wurden. Die Investitionsgüter jedoch, und damit die Technologie, kamen weiterhin grundlegend von auswärts, während die dafür erforderlichen Deviseneinkünfte nach wie vor praktisch zur Gänze vom Primärsektor eine deutliche Tendenz zur Verschlechterung der *Terms of Trade* für die Exporteure von Agrar- und Bergbauprodukten zeigten.

Die neue Industrieproduktion war somit nicht nur von der schwankenden Handelsbilanz abhängig, sondern auch von den aus-

ländischen Technologien und schließlich auch von den multinationalen Unternehmen. Bereits Mitte der 50er Jahre zeigte die bis dahin auf nationales Kapital gestützte Entwicklung klare Zeichen der Erschöpfung: wie einst 1930 die Krise des Agrarexportmodells zu Staatsstreichen in Argentinien und Brasilien und anderswo geführt hatte, so spiegelte sich diese neuerliche Krise im Sturz der nationalen Caudillos Getúlio Vargas (1954) und Juan Domingo Perón (1955) in den beiden bedeutendsten Ländern Südamerikas wieder. Im darauffolgenden Jahrzehnt brachte diese Krise, zusammen mit der Herausforderung der kubanischen Revolution, eine ganze Reihe von Militärputschen, die fast ganz Lateinamerika ab Mitte der 60er Jahre repressiven und technokratisch orientierten Diktaturen der extremen Rechten unterwarfen.

Die Rezepte dieser Diktaturen bestanden in erster Linie in einer engen Allianz mit den multinationalen Unternehmen und der brutalen Unterdrückung der Gewerkschafts- und Linksbewegungen, um die Reallöhne zu senken und damit besser mit Ländern wie den aufstrebenden „Tigern“ oder „Drachen“ Ostasiens konkurrieren zu können. Es handelte sich dabei vor allem darum, die Importsubstitution mit einer teilweise exportorientierten Strategie zu kombinieren, also z.B. in Brasilien die Exporte von Kaffee mit denen von anderen Agrarprodukten (Soja, Zitrusfrüchte etc.) und mit Industrieprodukten selbst mittleren bis höheren technologischen Niveaus (Stahl, Autos, Waffen etc.). Ihre Erfolge waren jedoch, mit Ausnahme Brasiliens, sehr gering. Die Gründe dafür waren insbesondere eine weitgehend falsche Interpretation der internationalen Realitäten und die zum Teil absurde Brutalität im Inneren, die eine steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung und schließlich die Rückkehr zu den demokratischen Institutionen mit sich brachte.

Von grundlegender Bedeutung zum Verständnis der heutigen Diskussionen ist die Problematik dieser Industrialisierungsstrategie mit ihren Errungenschaften und Schwächen. Es werden gern nur die letzteren betont und die ersteren vergessen. So wird die starke staatliche Intervention zur Industrieförderung seit den 30er Jahren als eine abwegige Perversion dargestellt und die relative Isolierung der Länder der Region als Folge eines übertriebenen Nationalismus von Politikern wie Perón und Vargas. Daneben wird ihnen auch ihr „Populismus“ zugunsten der neuentstandenen Arbeiterklasse als verantwortungslose „Demagogie“ angekreidet. Vergessen wird dabei, daß

a) ohne einen im Wirtschaftsbereich sehr aktiven Staat kein Privatunternehmer Stahlwerke und petrochemische Anlagen oder sonstige Großprojekte in Gang gesetzt hätte;

b) die weitgehende Abkapselung der nationalen Wirtschaften mehr vom internationalen Zusammenhang erzwungen als gewollt war;

c) ohne ernsthafte Zugeständnisse an die wachsenden städtischen und proletarischen Massen weder ein ausreichender Markt für die neuen Industriebranchen noch ein genügender sozialer Grundkonsens für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung existieren konnten; und schließlich

d) daß eine – von vielen, insbesondere in Argentinien, erträumte – Rückkehr zur Epoche der massiven Primärexporte unmöglich war, insbesondere auf Grund der protektionistischen Agrarpolitik der EG, ihrer subventionierten Agrarexporte und ihrer „Assoziation“ mit den Ländern Afrikas, die im Schwarzen Erdteil die Produktion von Kaffee, Kakao usw. förderte und damit Lateinamerika mehr und mehr seine traditionellen Absatzmärkte verschloß.

Der schwache Punkt der Industrialisierung durch Importsubstitution war vor allem ihre fehlende Flexibilität und im Zusammenhang damit der Reichtum Lateinamerikas an Naturschätzen.

Was jedoch in Lateinamerika nicht richtig funktioniert hat, war weniger die Importsubstitution an sich, sondern es hat hier, im Gegensatz zu Japan, Korea und Taiwan, die ebenfalls ihre Industrialisierungsprozesse mit Importsubstitution begonnen haben, eher der Übergang von einer ersten zu einer zweiten Phase fehlgeschlagen. Während in den ressourcenarmen asiatischen Ländern eine Zwischenphase mit dynamischen Exporten von Produkten der Leichtindustrie wie Textilien stattfand, blieb Lateinamerika weiterhin von Exporten von Agrar- und Bergbauprodukten und deren Schwankungen auf dem Weltmarkt abhängig und konnte so nicht mehr den erforderlichen Übergang zu einer international konkurrenzfähigen Industriestruktur schaffen. Der Ressourcenreichtum selbst war dabei von einer Trumpfkarte zu einem Handicap geworden.

Die neoliberale Kritik am früheren Modell der Importsubstitution ist a priori nicht leicht zu entkräften. Der Aufbau nationaler Industriesysteme hat tatsächlich zu oft übermäßig bürokratischen und ineffizienten öffentlichen Sektoren einer zu binnenzentrierten Wirtschaft mit hohem Monopolisierungsgrad und geringer internationaler Konkurrenzfähigkeit geführt.

Die Rezepte für ein effizienteres Modell lagen somit auf der Hand: Abbau der Zollschranken, um die nationalen Unternehmen dem frischen Wind der internationalen Konkurrenz auszusetzen; radikale Entbürokratisierung und Reduzierung des öffentlichen Sektors zur Senkung der Budgetdefizite und Erhöhung der Effizienz, gekoppelt mit der Privatisierung vieler dieser Staatsbetriebe; Deregulierung der Wirtschaft in allen Bereichen, um den Mechanismen der Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen; Abschaffung von Subsidien aller Art, die die Preisrelationen verzerrten; Öffnung der Wirtschaft auf ausländ-

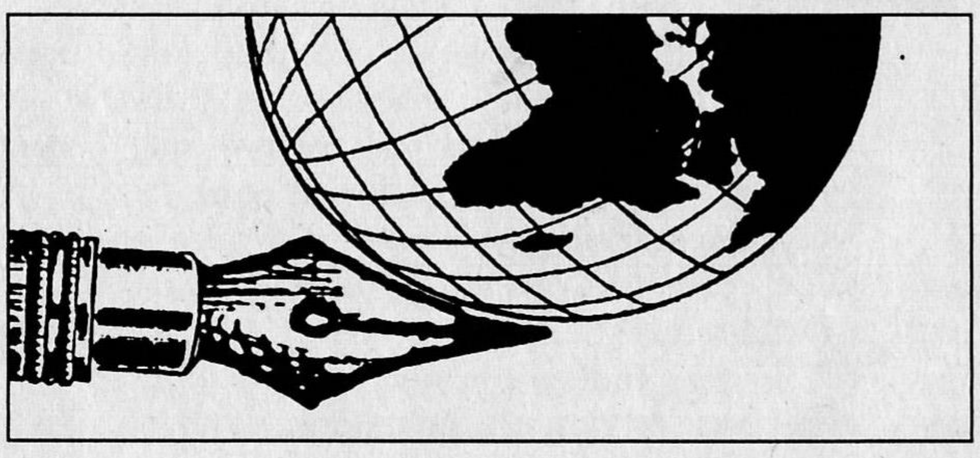
Tatsachen, Thesen, Trends
Zweimal monatlich rund sechzig Seiten Information, Analyse und Dokumentation im Fachinformationsdienst des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Die Themen:

Weltwirtschaft, Umwelt, Menschenrechte, Frauen, Südpolitik, Ökumene. **Der Wegweiser** für Medien, Politik, Nichtregierungsorganisationen, politische Bildung, Wissenschaft.

epd Entwicklungs-POLITIK

Das Forum zur Nord-Süd-Politik -kritisch seit 25 Jahren-



Bestellen Sie ein Probeheft!

Abonnement: 120 DM (einfach)
192 DM (mit Abdruckrecht)
Preise inclusive Versand
epd-Vertrieb,
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Mehr als 250 Kurzrezensionen verschaffen einen kritischen Überblick über die Vielzahl der neu erschienenen deutschsprachigen Bücher zu Lateinamerika. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika

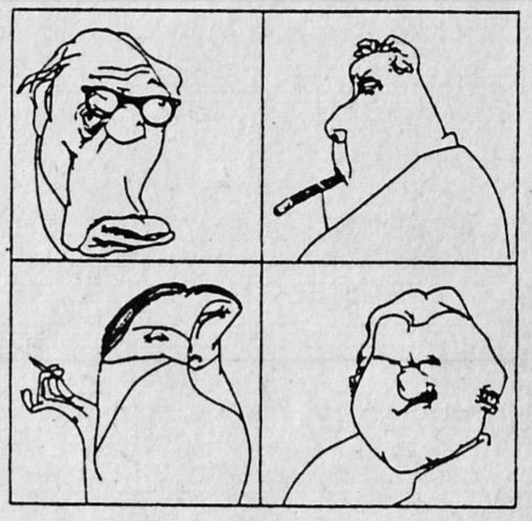
- lateinamerikanische Belletristik mit Kurzbiographien der AutorInnen

Der Band ergänzt, ebenso wie die Hefte von 1993 und 1994, das Gesamtverzeichnis "Bücher zu Lateinamerika" (1992).
124 S., 5 DM (bitte vorab in Briefmarken)
+ Neuerscheinungsband 1993 (106 S.)
+ Neuerscheinungsband 1994 (146 S.)
+ Gesamtverzeichnis 1992 (280 S.): 20 DM

Der andere Buchladen GmbH
Zülpicher Str. 197, 50937 Köln

Bücher zu LATEINAMERIKA

Neuerscheinungen 1995



Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle Lateinamerika, Bonn

dische Investitionen, um moderne Technologien und neues Kapital zu bringen; Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, um die oft recht verkrusteten gewerkschaftlichen Strukturen aufzubrechen, die in den letzten Jahrzehnten zu einer Art unterentwickeltem Welfare State geführt hatten, der die Konkurrenzfähigkeit der Länder der Region im Vergleich zu anderen „Schwellenländern" – den ostasiatischen mit geringem gewerkschaftlichen und oppositionellen Druck – gewaltig bremste.

Seit Mitte und vor allem Ende der 80er Jahre nun wurden diese Rezepte mit größter Entschiedenheit in fast allen Ländern der Region durchgezogen. Neue Präsidenten wie Carlos Salinas in Mexiko, Carlos Menem in Argentinien, Carlos Andrés Pérez in Venezuela, Luis Alberto Lacalle in Uruguay, Alberto Fujimori in Peru und Fernando Collor de Mello in Brasilien kamen zwischen Ende 1988 und Mitte 1990 an die Macht und machten sich daran, diese ohne Rücksicht auf Verluste oder auf ihre vorherigen Wahlversprechen anzuwenden. Internationale Kommentare betonten in der Folge gern deren „Mut", mit dem sie die neue Politik auch gegen ihre eigenen Parteigänger verfochten, freilich ohne sich zu fragen, inwiefern solche Kehrtwendungen um oft gegen 180 Grad eigentlich mit den Prinzipien der Demokratie vereinbar sind.

Daß neoliberale Wirtschaftspolitik mit sehr autoritären Regimen recht gut koexistieren kann, ist eine der Lektionen der neueren lateinamerikanischen Geschichte. Obwohl die argentinische Erfahrung hier zeigt, daß diese Kombination leicht in einen Bankrott ungeahnten Ausmaßes führen kann. Was aber ist zu der angeblichen success story der brutalen Pinochet-Diktatur in Chile zu sagen, die seit Mitte der 80er Jahre inner- und außerhalb der Region als Modell für erfolgreiche Wirtschaftspolitik propagiert wird?

Die internationalen Statistiken weisen keinen überwältigenden Wirtschaftserfolg Chiles während der langen Pinochet-Diktatur (1973 – 90) auf. So lag das Pro-Kopf-Produkt Chiles 1970 fast 25 % über dem regionalen Durchschnitt; 1980 knapp darunter und 1988 weniger als 10 % darüber. Die Industrieproduktion ist hier in diesem Zeitraum um weniger als 30 % gestiegen, während sie sich im restlichen Lateinamerika verdoppelt hat. Die Bautätigkeit hat sich in der Region insgesamt allein zwischen 1970 und 1980 verdoppelt, während sie in Chile um fast ein Zehntel zurückging, im Agrar- und selbst im Bergbausektor hinkte Chile in den 70er Jahren deutlich nach.

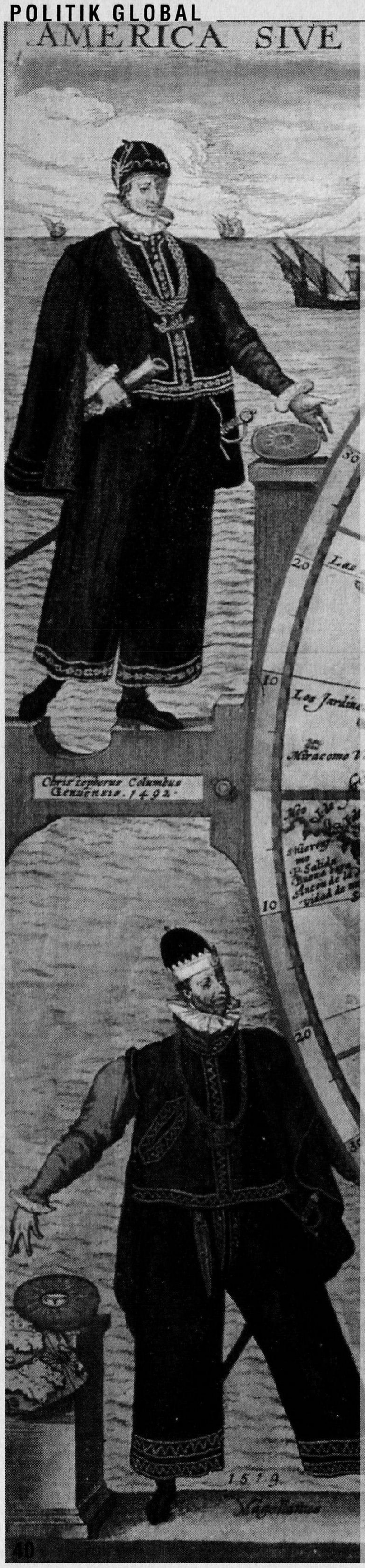
Es soll jedoch nicht geleugnet werden, daß das „chilenische Modell" seit Mitte der 80er Jahre effektiv einige Erfolge zu verbuchen hat, mit Wachstumsraten von bis zu 10 % und einer raschen Steigerung und auch Diversifizierung der Exporte, die allerdings weiterhin fast ausschließlich aus Primärgütern bzw. deren verarbeiteten Produkten bestehen. Die ersten 12 Jahre waren katastrophal, auch in rein wirtschaftlicher Sicht. Ein brutaler Deindustrialisierungsprozeß begleitete die nicht weniger abrupte Einkommenskonzentration, erst 1992 erreichten die durchschnittlichen Reallöhne wieder das Niveau von 1970. Von einem „lateinamerikanischen Tiger", wie oft die Kommentare proklamieren, kann also keine Rede sein.

Einige wenige Jahre nach der allgemeinen Einführung dieser „chilenischen Rezepte" in fast ganz Lateinamerika erlauben die bisherigen Resultate vielleicht noch kein abschließendes Urteil, aber doch eine provisorische Bilanz mit einigen positiven Punkten und noch viel mehr Schattenseiten.

Insbesondere das Anwachsen oppositioneller Kräfte in Brasilien, Venezuela, Mexiko und Uruguay, die sozialen Explosionen in vielen Ländern der Region und die steigenden Handelsdefizite bei gleichzeitiger Erhöhung der astronomischen Außenschuld, dem oft dramatischen Verfall der öffentlichen Dienste sowie der Schulen und Spitäler und der drastischen Verschärfung der sozialen und regionalen Kontraste, sollten auch jenen zu denken geben, die die neoliberalen Modelle so überschwenglich loben. Wie einst die sehr ähnliche Politik der Bankrott-Diktatur eines dieser Länder: „Argentinien geht hoffnungsvoll in die 80er Jahre", kündigte einst eine gemeinsame Sonderbeilage der Zeitungen „Die Welt" (Hamburg) und „Die Presse" (Wien) an, zu einem Zeitpunkt, als der Bankrottkurs keinem auch nur oberflächlichen Beobachter dieses Landes mehr verborgen bleiben konnte. Wie die CEPAL warnt, müßten die wirklichen „komparativen Kostenvorteile" betont werden und nicht die künstlichen, wie die durch Überausbeutung der Naturschätze und Arbeitskräfte kurzfristig möglichen. Die Diktaturen sind in den 80er Jahren wegen ihrer ökonomischen Fiaskos abgetreten, aber die demokratischen Institutionen sind dagegen keineswegs immun und werden bei weiterem ausländischen Druck zugunsten solcher problematischer Rezepte neoliberalen Typs nicht leicht aufrechterhalten werden können. Die notorisch zunehmenden autoritären Tendenzen in mehreren Ländern – Peru, Argentinien etc. sind dafür ein böses, nicht zu unterschätzendes, Omen...

Ausdrücklich sozialistisch orientierte Programme haben in Lateinamerika wohl noch für einige Zeit wenig Chancen, auch wenn Parteien wie die PT „Lulas" in Brasilien oder Causa R. in Venezuela mit neuen Vorschlägen in ähnlicher Richtung sicher unmittelbare Anwärter auf die Macht in ihren Ländern geworden sind. Aber auch in einigen anderen Kreisen wie den zitierten Ökonomen vom sozialdemokratischen Flügel den argentinischen UCR werden „Sachzwänge" wie Integration in den Weltmarkt, technologische Entwicklung und regionale Wirtschaftsblöcke wieder in realistischerer Weise diskutiert. Zumindest wird die Frage gestellt, ob nach dem jeden Tag offensichtlicheren Fehlschlag der neoliberalen Rezepte nicht ein wieder mehr keynesianisch-Welfare-State-sozialdemokratisch orientiertes System auf neuer Basis errichtet werden kann und unter welchen Umständen. ●

Viktor Sukup ist ein auf Lateinamerika spezialisierter Ökonom und Politologe, Autor mehrerer Bücher, Professor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Buenos Aires.



JENS WINTER

Globalisierung und der Traum von Befreiung

Der Entwicklung der klassischen Guerillabewegungen Zentralamerikas, der salvadorianischen FMLN und der nicaraguanischen FSLN zu linken Wahlparteien korrespondierte eine erhebliche Zuspitzung ihrer internen Auseinandersetzungen, die jüngst in der Abspaltung ehemaliger „companeros“ ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Währenddessen formierte sich in Mexiko mit der EZLN eine Guerilla anderen Typs, die auf wesentliche Bestandteile der klassischen Konzepte verzichtet und nicht selten als Wegbereiter neuer, der veränderten historischen Situation angepaßter, gesellschaftlicher Widerstandsformen idealisiert wird.

Mit dem jüngsten Globalisierungsschub zeichnet sich weltweit eine grundlegende Veränderung der politischen Handlungs- und Gestaltungsräume ab. Die Nationalstaaten westlicher Prägung verlieren zusehends die Regulierungspotentiale, die doch einst für den fordistischen Kapitalismus Bedingung seiner Entstehung und seiner relativen Beständigkeit waren.

In den Staaten Lateinamerikas spitzen sich diese Probleme jedoch auf qualitativ andere Weise zu. Wurde die mit dem Globalisierungsschub einhergehende weltweite neoliberale Deregulierungspolitik im vergangenen Jahrzehnt auch dort zum alles beherrschenden Entwicklungsmodell, so unterstrich der jüngste ökonomische Crash in Mexiko die extreme Anfälligkeit und die Abhängigkeit strukturschwächerer Volkswirtschaften in Zeiten der globalmobilen Kapitalströme. Und Mexiko – bislang das Musterbeispiel des neoliberalen Weges – stellt keineswegs einen Einzelfall dar. Ganz ähnliche Tendenzen zeichnen sich bereits in anderen, bedeutenden Ökonomien Lateinamerikas ab, wie z.B. in Argentinien oder Chile.

Für die Politik der Befreiungsbewegungen Zentralamerikas, die in der Regel an der nationalen Befreiung von diktatorischen Regimes, der Übernahme der Staatsmacht sowie an der Formierung alternativer Gesellschaftsformen ausgerichtet war, ist der sich wandelnde globale Verwertungszusammenhang ein Faktor, der die ohnehin starke Abhängigkeit ihrer Volkswirtschaften nochmals verstärkt. Dem ging das Verschwinden der Sowjetunion von der politischen und ökonomischen Landkarte voraus. Ökonomisch ist dies bedeutsam, weil erst jetzt die Voraussetzungen für den aktuellen Globalisierungsschub und die globale Marktaufteilung der Triade USA, Europa und Japan gegeben waren. Die Blockkonfrontation hatte strukturschwachen Ländern gewisse Freiräume für andere, der Kontrolle von IWF und Weltbank nicht total unterworfene Gesellschaftskonzepte eingeräumt. Mit ihrem Ende verloren für die USA die Konflikte in ihrem „Hinterhof“ an Bedeutung, so daß die Strategie der militärischen Vernichtung der Linken weniger bedeutsam wurde. Cuba stellt in dieser Hinsicht einen Sonderfall dar.

Doch reicht der Verweis auf diese objektiven Veränderungen keineswegs aus, um die gegenwärtigen Zerwürfnisse, wie sie vor allem in der FSLN und FMLN offenbar werden, zu begreifen.

Gegenwart und Geschichte von FSLN und FMLN

Die jüngsten Nachrichten aus Nicaragua ließen die Reste der hiesigen Soli-Bewegung erblassen. Nach und nach verließen so bekannte Persönlichkeiten wie Ex-Vizepräsident Sergio Ramírez, Ernesto Cardenal, Gioconda Belli und Dora María Tellez, die allesamt der „Movimiento de Renovación Sandinista“ (Sandinistische Erneuerungsbewegung) angehören, die FSLN. Ihre Kritik am autoritären Führungsstil Daniel Ortegas und an den unde-

mokratischen Strukturen innerhalb der FSLN wurde zudem von einer ausdrücklichen Hinwendung an „sozialdemokratische“ Positionen begleitet.

Auf der anderen Seite festigte sich um den Ex-Präsidenten Daniel Ortega und Commandante Tomás Borge die „izquirda democrática“ (ID). Ortega, der sich nach wie vor großer Popularität innerhalb der noch existierenden Basis erfreuen kann, vertritt entgegen der MRS, zumindest verbal, eine Politik, die die Fortsetzung des revolutionären Prozesses in Nicaragua als Ziel vorgibt.

Doch setzt die jetzt vollzogene Abspaltung und die den Konflikt begleitende Inflation peinlicher Diffamierungskampagnen – sie reichten vom Stalinismusvorwurf an Ortega bis hin zur Behauptung, die „renovadores“ paktierten mit den Somozisten und betrieben rechtsradikale Politik – lediglich den Schlußpunkt unter die anhaltenden internen Macht- und Richtungskämpfe der letzten Jahre.

Die FSLN war, entgegen der ständig wiederkehrenden Einheitsbeschwörungen, niemals eine homogene Bewegung. Bereits 1976 spaltete sie sich in drei Strömungen, die jeweils unterschiedliche Strategien des Kampfes gegen Somoza befürworteten. In dieser vorrevolutionären Zeit war es schließlich kein anderer als Ortega, der die Strategie einer breiten Volksbewegung vertrat. Wenige Monate vor dem Triumph am 19.07.79 suchte er bewußt den Kontakt zu der „Gruppe der Zwölf“, einem Kreis progressiver Intellektueller um Sergio Ramírez, mit deren Hilfe der Brückenschlag zur bürgerlichen Opposition ermöglicht werden sollte. In der Folge wurde Ortegas Bündnispolitik von den verschiedenen Strömungen der FSLN akzeptiert, und zweifellos war sie auch die Voraussetzung für den Triumph der Revolution. Ebenso schien der offene Charakter der FSLN eine entwicklungsfähige Alternative zur versteinerten Ostblock-Politik zu bieten; ein Grund für die große internationale Sympathie, die dieser Revolution widerfuhr.

Doch neben diesen positiven Aspekten wurde auch deutlich, daß die weite Interessenspannbreite einer derart breiten Bewegung ein ständiges Konfliktpotential in sich birgt. So standen hinter dem Nenner „Sturz Somozas'“ ganz unterschiedliche Motive, die bereits kurz nach der Revolution in divergierenden Forderungen – einer umfassenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel war die einer gemäßigten mischwirtschaftlichen Variante entgegengestellt – ihren Ausdruck fanden.

Daß heute die damaligen Konflikte wieder aufbrechen, verweist auf die bleibende Bedeutung der historisch erklärbaren Heterogenität der FSLN. Ähnliche Konturen liefert die Geschichte der FMLN El Salvadors, auch wenn diese sich erst nach der Sandinistischen Revolution konstituierte und niemals in den Genuß der Regierungsgewalt kam.

Unmittelbar nach der Flucht Somozas spitzte sich die Lage in dem bis dato von einer äußerst repressiven militärisch-oligarchischen Machtallianz regierten El Salvador erheblich zu, so daß, unter der wohlwollenden Obhut der USA, im Oktober 1979 junge Offiziere einen scheinbar reformorientierten Putsch unternehmen konnten. Strategisches Ziel dieses Unternehmens, bei dem sogar Sozial- und Christdemokraten in die neue Regierung integriert wurden, war vor allem die Einbindung und Beruhigung der unzufriedenen linken und bürgerlichen Kräfte, um somit die Gefahr eines zweiten Nicaraguas einzudämmen. Aber selbst diese Regierung zerfiel bereits drei Monate nach ihrer Konstituierung unter dem Druck konservativer Militärs. Das Ziel der neuen Junta war die Zerschlagung jeglicher Opposition. Allein 1980 starben 13.000 Zivilisten durch Todesschwadrone oder offizielle Militärs. Und erst jetzt, nachdem eine legale Opposition ein Ding der Unmöglichkeit wurde, schlossen sich fünf politisch und ideologisch divergierende oppositionelle Organisationen zur FMLN zusammen.

1982 entbrannte schließlich der offene Bürgerkrieg. Jedoch stand der militärisch relativ starken FMLN eine von der USA unterstützte und, anders als in Nicaragua, unbezwingbare Armee gegenüber. Angesichts der militärischen Patt-Situation wurde bereits 1984 aus den Reihen der FMLN der Wunsch nach einer politischen Lösung laut. Doch diese war für die USA vor 1990 keine reale Option, so daß Friedensverhandlungen erst danach allmählich Gestalt annehmen konnten.

Im Friedensvertrag von Chapultepec (Mexiko) 1992 zählten schließlich, neben dem allgemeinen Bekenntnis zur umfassenden Demokratisierung des Landes und zu den Menschenrechten, die Unterordnung des Militärs unter die zivile Gewalt und dessen Dezimierung um 50 % zu den wichtigsten Errungenschaften. Des weiteren wurde beschlossen, diverse paramilitärische Anti-Guerillaeinheiten aufzulösen und durch eine unter der Obhut der UNO zu konstituierende „Zivilpolizei“ zu ersetzen, in der auch FMLN Kräfte integriert werden sollten. Der Abschluß des Friedensprozesses war schließlich im Dezember 1992 die Legalisierung der FMLN und ihre Verwandlung von einer Guerilla in eine linke Wahlpartei.

Nach diesem Datum traten zunehmende interne Meinungsverschiedenheiten zutage, so daß ihr erster Wahlkampf vor allem von konfligierenden Vorstellungen innerhalb der eigenen Reihen dominiert wurde. Doch das Ergebnis der Wahlen von 1994 unterbot die schlimmsten Befürchtungen: Neuer Präsident wurde der rechtskonservative Armando Calderón, die FMLN erreichte ganze 24 % der abgegebenen Stimmen.

Der Höhepunkt der internen Auseinandersetzung wurde aber erst im Dezember 1994 mit der Abspaltung der ERP (Revolutionäres Volksheer) um Joaquín Villalobos und der RN (Nationaler Widerstand), von der FMLN erreicht. Villalobos, der sich selbst mit dem sozialdemokratischen Etikett schmückt und sich pauschal gegen jegliche Form „orthodoxen Denkens“ wendet, befürwortet die totale Auflösung der FMLN und die Neuformierung einer „Mitte-Links-Partei“, da eine Partei vom Typ der FMLN auch künftig nicht in der Lage sein werde, Wahlen gewinnen zu können. Dem entgegen erkennt Schafik Handal von der PCS (Kommunistischen Partei) in der FMLN hinter der Forderung nach der Auflösung der FMLN lediglich die Strategie Villalobos, seiner eigenen Partei den Einflußbereich zu erweitern.

Trotz aller Unterschiede in der zeitlichen Verortung der Kämpfe, ihrer Rahmenbedingungen und Erfolge gibt es in beiden Bewegungen wichtige Parallelen. Beide kämpften gegen diktatorische Regimes, in denen das Militär keiner zivilen Gewalt untergeordnet war, strebten dessen Sturz und schließlich die Übernahme der Staatsmacht an. Auch basierten beide auf einer breiten und heterogenen Basis und folgten keiner eindeutigen revolutionären Doktrin. Ein wichtiges Charakteristikum war vielmehr die Integration verschiedener ideologischer Richtungen wie auch weiter Teile der bürgerlichen Opposition, was ihre gesellschaftliche Relevanz und ihre militärische Schlagkraft erst ausmachen sollte.

War es während der Blockkonfrontation für die regierenden Sandinisten als auch für die kriegsführende FMLN politisch nicht notwendig, ihre inneren Interessenkonflikte auszutragen, so änderte sich dies in den 90er Jahre grundlegend. Mit der Wahlniederlage der Sandinisten 1990 sowie der Transformation der FMLN in eine normale Wahlpartei 1992 wurde es für beide notwendig, in den ungewohnten Rollen demokratischer linker Oppositionsparteien politisch-praktische Konzepte im Rahmen des jetzt ausschließlich dominierenden neoliberalen Wirtschaftsmodells formulieren zu müssen. Und in diesem Prozeß politischer Neubestimmung war nun der Raum gegeben, in dem die angelegten Interessenkonflikte aufbrechen konnten. Zweifellos sind die jüngsten Abspaltungen angesichts der politisch-ideologischen Spannweite beider Bewegungen notwendig.

Auch daß heute FSLN und FMLN in ihren neuen Rollen eine gewisse Perspek-

tivenlosigkeit aufweisen und daß selten deutlich wird, was unter Etikettierungen wie „Sozialdemokratie“ oder dem Festhalten an „revolutionären Prinzipien“ zu verstehen ist, überrascht kaum angesichts des ungeheueren sozialpolitischen Handlungsbedarfs in den jeweiligen Ländern einerseits und der eindeutigen globalen Kräfteverteilung andererseits. An die ehemaligen Konzepte anschlußfähige Politikformen und Strategien stellen gegenwärtig eine große, vielleicht unlösbare Aufgabe dar. Und schließlich ist diese Perspektivenlosigkeit kein speziell zentralamerikanisches Problem, zeichnet sich doch weltweit die Diskussion um tragfähige und umfassende gesellschaftliche Alternativen am meisten dadurch aus, daß sie kaum geführt wird.

EZLN, das Neue oder die Vielfalt der Bedingungen

Just in dieser Phase des politischen Umbruchs und während in Mexiko mit dem NAFTA-Vertrag gerade der vorläufige Höhepunkt des neoliberalen Wandels erreicht werden sollte, verließen am 1. Januar 1994 Guerilleras und Guerillos der EZLN den chiapanekischen Urwald, um in einer ersten Aktion die umliegenden Gemeinden und Städte zu besetzen.

Nach anfänglicher Desorientierung über die Gestalt dieser neuen Guerilla, kristallisierte sich doch bald heraus, daß die traditionelle Namensgebung „EZLN“ noch die bedeutendste Parallelität zu klassischen Guerillas darstellt. In Konzeption, Strategie und Politik unterscheidet sie sich von diesen in vielfacher Hinsicht.

Zu den elementaren Charakteristika der EZLN zählt, daß sie keine Ambitionen zur politischen Machtergreifung hegt. Ihre Forderungen zielen darauf, in Frieden und in einer freiheitlichen, demokratischen und gerechten Gesellschaft würdig leben zu können, verbunden mit dem Verlangen nach administrativer und judikativer Autonomie der indigenen Gemeinschaften. Der militärische Aufstand gewinnt vor diesem Hintergrund einen anderen Sinn. Er soll vor allem als politisches Mittel zeigen, daß man sich zu wehren weiß, sollte die Gestaltung eines würdevollen und selbstbestimmten Lebens verhindert werden.

Einem würdevollen Leben werde aber den Indigenas im Süden Mexikos durch den NAFTA-Vertrag endgültig das letzte Sandkorn unter den Füßen weggezogen. Zu befürchten war, daß die ohnehin schon mehr als prekäre ökonomische Situation endgültig kollabierte und die Wettbewerbschancen der verarmten und marginalisierten Kleinproduzenten auf dem globalisierten Weltmarkt quasi auf Null sinken würden.

Ein zweiter Punkt ist schließlich die kategorische Weigerung der EZLN, sich in eine politische Partei zu transformieren und damit ihren Forderungen im konventionellen politischen Raum zur Durchsetzung zu verhelfen. Ein Grund dafür ist, daß sie sich in erster Linie auf die kleinen Gemeinschaften in der südlichen Region Mexikos bezieht.

Gleichwohl erkennt die EZLN die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Transformation und strebt diese auch an. Allerdings, und das ist das dritte elementare Charakteristikum, formuliert sie selbst kein alternatives Gesellschaftskonzept. Modelle für die umfassende Neugestaltung der mexikanischen Gesellschaft wurden vielmehr einer nicht näher bestimmten „Zivilgesellschaft“ überlassen, deren zentrales Organ die von der EZLN selbst einberufene „CND“ (Convención Nacional Democrática) werden sollte.

Angesichts dessen wird nachvollziehbar, wieso die EZLN häufig als die erste postkommunistische Guerilla tituliert wird. Es wäre jedoch verfrüht, hierin eine neue, auf andere Gesellschaften umstandslos übertragbare und den veränderten globalen ökonomischen und politischen Machtkonstellationen angepaßte Widerstandsform zu sehen. Denn die EZLN ist vor allem ein spezifisch mexikanisches Phänomen, das neben ihrer besonderen Entwicklungsgeschichte ebenso von den politischen und ökonomischen Besonderheiten dieses Landes geprägt wurde.

In der Anfangszeit der Zapatisten-Bewegung verbanden sich zwei unterschiedliche Traditionen. Die erste wurzelt in der Studentenbewegung 1968 und damit einhergehend in den Guerillakonzepten der 70er Jahre. Aus dieser heraus bildeten sich in den 80er Jahren erste kleine Kadergruppen, die in die Selva gingen, um dort eine Guerilla klassischen Stils aufzubauen. Doch dieses, der indigenen Kultur äußerliche Konzept, fand zunächst keinen Anklang unter der Bevölkerung Chiapas'. Immerhin waren Teile der Kader sensibel genug, um die Kritik aufzunehmen. Es begann ein Prozeß der „Indianisierung“. Politische Verfahren und kulturelle Ausdrucksformen indigener Tradition wurden in einem über Jahre andauernden Prozeß integriert und gewannen schließlich die Oberhand.

Neben dieser Entwicklungsgeschichte der EZLN ist aber auch unübersehbar, daß die Rahmenbedingungen für eine Guerilla in Mexiko grundsätzlich andere sind, als früher in Nicaragua oder El Salvador. Zum einen verfügt Mexiko über eine revolutionäre Tradition, der sich weite Teile der mexikanischen Gesellschaft verbunden fühlen. Auch richtet sich der heutige Widerstand nicht gegen eine Militärdiktatur, sondern gegen eine aus dieser Revolution entsprungene Staatsorganisation, repräsentiert durch die mittlerweile 65 Jahre andauernde Einparteienherrschaft der PRI. Dennoch war Mexiko im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten eine vergleichsweise „zivile“ Gesellschaft. Die PRI und dem ihr anhängenden und ungemein absorptionsfähigen Institutionengefüge gelang es, aller Krisen zum Trotz, eine relative Stabilität zu erhalten. Somit war sie auch auf die üblichen militärischen Repressionsformen des Kontinents nicht angewiesen.

Ein weiterer Faktor, der die Rahmenbedingungen einer Guerilla in Mexiko bestimmt, ist die ökonomische Verflechtung Mexikos mit seinen nördlichen Nachbarn. Mexiko gilt nicht nur als das Musterbeispiel des neoliberalen Entwicklungsmodells, sondern ist als NAFTA-Partner auch ein bedeutender Absatzmarkt und Standort von US-Firmen. Darüber hinaus ist Mexiko der sechstgrößte Ölproduzent der Welt – größer als Kuwait. Wohl keinem anderen Land wären, angesichts einer wenn auch verheerenden Wirtschaftskrise, Hilfsmaßnahmen von rund 52 Milliarden Dollar gewährt worden. Und ein letzter Aspekt rundet das Bild ab: Mexiko trennt eine 3.000 Kilometer lange Grenze von den USA.

Diese Faktoren, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die mit dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ und dem gegenwärtigen Globalisierungsschub zusammenhängen, bezeichnen die ungünstigen Bedingungen für eine klassische Guerilla in Mexiko; ganz anders als in El Salvador oder Nicaragua, wo die Machtergreifung eine reale Option darstellte. Trotzdem ist nicht davon auszugehen, daß diese Bedingungen bewußt wahrgenommen wurden. Ohne die Orientierung an der indigenen Kultur und deren sozialen Organisationsformen hätte es die EZLN, wie sie heute existiert, nicht gegeben.

Insofern stellt die EZLN im Gegensatz zu den Guerillas klassischen Typs tatsächlich etwas Neues dar. Andererseits ist sie auch nichts Neues. Denn soziale Bewegungen und die von ihnen geführten Kämpfe, bilden sich immer in einem widersprüchlichen Prozeß aus, in dem sich ökonomische und machtpolitische Rahmenbedingungen ebenso wie kulturelle, bevölkerungs- und klassenspezifische Besonderheiten als auch ideologische Überzeugungen und besondere Erfahrungen vermitteln. Mit der Veränderung all dieser Faktoren wird sich auch die Gestalt des Prozesses verändern – dafür sind FSLN und FMLN genauso Beispiele wie die EZLN. Diese Summe der Bedingungen gälte es wahrzunehmen, statt das vermeintlich Neue verallgemeinernd als „postkommunistischen Prototyp“ zu idealisieren und somit den kritischen Blick ein weiteres Mal zu versperren. ●

MATTHIAS PROSKE

Kaffee und andere Fairführer

Ich möchte die Erfahrungen mit Transfair, dem „Verein zur Förderung des fairen Handels mit dem 'DrittenWelt' e.V." zum Ausgangspunkt für eine kritische Betrachtung des expandierenden „alternativen 3.Welt-Handels" nehmen. Mit „alternativem 3.Welt-Handel" werden alle Ansätze bezeichnet, die aufgrund bestimmter Kriterien für sich in Anspruch nehmen, mit ProduzentInnen/-organisationen in der sogenannten Dritten Welt auf gerechtere als die auf dem Weltmarkt übliche Weise Handel zu treiben. Zum essentiellen Kern dieser Kriterien gehören: Vorfinanzierung, Mindestpreisgarantien, Projektaufschlag, möglichst weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels. Die Grundfrage für den „3.Welt-Handel" seit seinen Anfangstagen vor über 20 Jahren lautet, ob sich in den kapitalistischen Weltmarktstrukturen gleichzeitig gegen eben diese arbeiten läßt. Diejenigen, die diese Frage bejaht haben, verweisen in ihrer Antwort immer auf die Einbettung des Handels in das politische Handeln einer sozialen Bewegung, der Solidaritätsbewegung. So weist der aus der Gründungszeit des „3.Welt-Handel" stammende Slogan „Wandel durch Handel(n)" auf die damals bestehende Verbindung zwischen der Solidaritätsbewegung und den 3.Welt-Läden hin. Doch seit den Gründungstagen des „3.Welt-Handels" ist eine Menge Zeit vergangen und vor allem die Gründung von Transfair macht eine erneute Diskussion der oben gestellten Grundfrage mehr als notwendig.

Entstanden ist Transfair vor allem auf Betreiben der Friedrich-Ebert-Stiftung und der zwei großen kirchlichen Hilfswerke 'Brot für die Welt' und 'Misereor'. Beteiligt sind auch noch eine ganze Reihe anderer Organisationen. Basisorganisationen sind eindeutig minoritär. Wie funktioniert Transfair und welche Kritikpunkte lassen sich formulieren?

Transfair garantierte den in einem Register zusammengeschlossenen KaffeeproduzentInnen einen Mindestpreis von 1,26 US$ pro libra (= 453 g). Vor Juni 1994 lag der auf dem Weltmarkt bezahlte Preis mit 0,70 US$ für Rohkaffee eindeutig unter diesem Mindestpreis. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte Transfair also mindestens eins garantieren: einen deutlich höheren Erlös für die KaffeeproduzentInnen. Als dann im Sommer letzten Jahres die Rohkaffeepreise anzogen, löste sich plötzlich diese zentrale Begründungsfigur der Transfair-Argumentation in Luft auf. Es ist schon mehr als bezeichnend, daß Transfair das Ansteigen der Rohkaffeepreise (sicherlich eine der mittelfristigen Forderungen einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung) so aus den Augen verloren hatte, daß diese Möglichkeit in den Verträgen zwischen Transfair und Gütesiegel-Lizenznehmern gänzlich unberücksichtigt blieb. Die Weltmarktpreise stiegen über 1,65 US$, eine Schwelle, ab der das Transfair-System überhaupt keine Mehrpreise für die ProduzentInnen vorsah. Implizit läßt sich daraus die Position herauslesen, daß 1,65 US$ ein fairer Preis sei. Schade nur, daß dies die ProduzentInnen anders sehen, was dann selbst bis in die Transfair-Versammlungen des letzten Jahres vordrang.

Business-Hindernisse

Ein Vergleich der möglichen Differenz (Mindestpreis zu Weltmarktpreis) mit der Differenz in den EndverbraucherInnenpreisen zwischen transfairgesiegeltem Kaffee (wie der mit Sombrero) und der ungesiegelten Version gleicher oder gleichwertiger Kaffees stellt zudem die zentrale Begründung Transfair („der höhere Preis für ihren Kaffee komme direkt den KleinbäuerInnen zugute") in ein anderes Licht. Faktisch ist nämlich die letztere Differenz weitaus größer als der mögliche Aufschlag auf den Weltmarktpreis. Konkret gesprochen: Frau Jacobs bezahlt für den Sombrero mit Siegel etwa eine Mark mehr als für den ohne Siegel. Aber nur 20 % dieses Aufschlages im Supermarkt entspricht wirklich dem, was die ProduzentInnen an Mehrpreis von der Union-Rösterei, dem Hersteller der Marken mit dem Sombrero und der insgesamt viertgrößten europäischen Rösterei, erhalten. Die restlichen 80 % fließen politically correct in die Hände von Unternehmen und Fiskus. Insgesamt beinhalten die Lizenzverträge zwischen Transfair und den an dem Transfair-Gütesiegel interessierten Kaffeeunternehmen über-

Ein Episödchen aus dem scheinbar wirklichen Leben: Im Supermarkt um die Ecke (ihr wißt, der mit den rotgrünen (!) Farben) steht Frau Jacobs völlig verzweifelt vor dem Kaffeeregal. Hatte sie bis jetzt die Kaffeepackung mit dem netten Sombrero und dem etwas abstrakt geratenen Transfair-Siegel gekauft, weil sie wußte, daß der den armen KaffeebäuerInnen hilft, blinzelten sie heute auf einmal sechs verschiedene Sombreros an. Und in ihrer Konfusion vergriff sich Frau Jacobs, denn heute hatte nur noch eine der sechs Packungen das Siegel. So ein Pech aber auch, da würde ihr Mann aber mächtig Ärger machen, legte der doch immer soviel Wert auf den „fairen" Kaffee, mit dem man endlich mal was für „die da unten" tun konnte. Und was bleibt Frau Jacobs als Fazit dieses verkorksten Einkaufsvormittags? Mir fällt da spontan die Melodie zu folgendem bekannten Refrain ein: „im Leben, im Leben, da geht so mancher Schuß daneben".

haupt keine Absprache über die EndverbraucherInnenpreise, so daß es jedem Unternehmen und dem Markt überlassen bleibt, wieviel Gewinn ihnen das „faire Handeln“ bringen soll. Dementsprechend heißt es in der Werbeinformation für potentielle Lizenznehmer fettgedruckt: „Die Gewinnspanne des Handels wird durch fairen Handel nicht geschmälert“. Dieser Satz findet sich selbstverständlich nicht in den Materialien für die entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Dafür fährt dann besagtes Werbeblatt an anderer Stelle fort: „Die Öffentlichkeitsarbeit von Transfair und seinen Trägerorganisationen erhöht die Nachfrage von fair gehandelten Produkten“.

Ein Kommentar erübrigt sich eigentlich. Kostenlose Werbung durch gutgläubige und ehrenamtliche AktivistInnen aus „3.Welt-Gruppen“, garantierte Gewinnspannen für die Lizenznehmer, sowie der weggefallene Mehrpreis nach dem Anstieg der Weltmarktpreise setzen sich zu einem Bild von Transfair zusammen, dem jeglicher weltmarktkritischer Stachel fehlt. Die Botschaft ist uneindeutig eindeutig: „Billiger Kaffee macht arm. Wir meinen: das muß sich ändern. Durch fairen Handel. Dazu können auch Sie beitragen“(O-Ton Transfair). Zwischen der Beseitigung von Armut und dem Kauf von Transfairkaffee wird eine kausale Verbindung konstruiert, die jedes Nachfragen nach den Ursachen von Armut, nach den Profiteuren der herrschenden Weltwirtschaftsordnung obsolet macht. Sicher, kritisches Nachdenken über das Funktionieren von Weltmarkt, über seine Nutznießer ist kompliziert und läßt sich nicht auf den Kauf einer Kaffeepackung reduzieren. Der Supermarkt aber ist der denkbar ungeeignetste Ort, Menschen zum kritischen Nachdenken zu bewegen. Deshalb also eindeutige Botschaften, die keine Kritik mehr an denen zulassen, die Transfair einerseits für sein Funktionieren braucht, die andererseits jedoch Profiteure der Armut produzierenden Weltwirtschaft sind: die Kaffeeunternehmen als potentielle Lizenznehmer.

Der verschleiernde Charakter der Argumentation von Transfair tritt noch an einer anderen Stelle deutlich zu Tage. Zwischen den armen ProduzentInnen, den „Kleinbauern“ im Transfair-Diskurs, und dem Verkauf des Kaffees in den hiesigen Supermärkten und Kaffeefilialen ist eigentlich nur eine Figur zwischengeschaltet, an der so ziemlich die gesamte Ungerechtigkeit des Welthandels personalisiert festgemacht wird. Bei dieser Figur handelt es sich um den Zwischenhändler, im Lateinamerikanischen der „Coyote“. Dieser preßt die Kleinbauern aus, weil er ihnen die Ernte zu einem Zeitpunkt abkauft, wenn diese auf Bargeld zur Rückzahlung von Krediten angewiesen sind und deshalb natürlich eine schlechte Ausgangsbasis zum Feilschen haben. Auf eine solche, weit entfernte Figur läßt sich trefflich die ganze Ungerechtigkeit der Weltkaffeeordnung projizieren. In der Anonymität besagter Ordnung verschwinden dann die weitaus stärker am Profit partizipierenden Spekulanten, Fracht- und Versicherungsgesellschaften, Importeure, Röster, Großhändler und nicht zu vergessen der deutsche Fiskus. Die extreme Konzentration zugunsten weniger transnationaler Konzerne und deren enorme Gewinnmargen als Kern dessen, was den ungerechten Kaffeeweltmarkt eigentlich ausmacht, bleiben in der Argumentation und Öffentlichkeitsarbeit von Transfair unerwähnt. Wie läßt sich diese nicht zu beschönigende Entwicklung von Transfair erklären, gerade wenn man zugesteht, daß eine Reihe der MitarbeiterInnen dieses Vereins seit einigen Jahren in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv sind und durchaus Kenntnisse über das Funktionieren des Weltmarktes haben?

Mit der plakativen Forderung „Kooperativen- statt Bonzenkaffee“ bei einem Kaffeeaktionstag in Mainz präsent.

Boomende Nischen und keine Bewegung

Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich noch einmal auf die zu Beginn des Artikels formulierte Position verweisen. Das Eingebettetsein des „alternativen 3.Welt-Handels“ in eine politische Bewegung wie die Solidaritätsbewegung ist notwendige Bedingung für die Möglichkeit, überhaupt innerhalb kapitalistischer Strukturen gegen diese zu arbeiten. Selbst wenn diese Bedingung gegeben ist, bedeutet das im Umkehrschluß aber noch nicht, daß „alternativer 3.Welt-Handel“ zur Auflösung kapitalistischer Strukturen beiträgt. Viele Momente des alternativen Handels gehen konform mit dem kapitalistischen Funktionieren der gegenwärtigen Ökonomie. Nicht vergessen werden sollte jedoch, daß der alternative Handel über die mit ihm verbundene Bewegung durchaus an bestimmten Punkten eine antikapitalistische Praxis entwickelt hat, so fragmentarisch diese auch war und unter den herrschenden Bedingungen auch nur sein konnte. Zu erinnern sei bspw. an die mit dem Nicaragua-Kaffee verknüpfte Unterstützung der sandinistischen Revolution. Ebenso wichtig war die mit dem alternativen Handel verbundene Kritik am Massenkonsum in den Metropolen. Durch mit Produkten verbundene Kampagnen (z.B. „Wen macht die Banane krumm“) sind nicht wenige Menschen in der BRD sensibilisiert worden, sich gegen die kapitalistische Normalität zu stellen und Alternativen zumindest für erstrebenswert zu halten.

Allen diesen positiven Beispielen für die kapitalismuskritischen Möglichkeiten des alternativen Handels ist eines gemeinsam: sie sind als solche nur denkbar gewesen, weil sie in politische Bewegungen eingebunden waren, die die Grenzen des Handels mitbestimmten.

So war es Konsens im politischen Kaffeehandel, nicht mit denen zusammenzuarbeiten, die ihren enormen Anteil an der Ausbeutung der KaffeeproduzentInnen und -pflückerInnen haben. Eine Kaffeekampagne unter dem Motto „Die Gewinne denen, die das Land bebauen“ in den 80er Jahren definierte klar, daß Kaffeekonzerne als Partner von alternativem Handel nicht

in Frage kommen. Nicht weil sie an sich schlecht und moralisch zu verurteilen sind, sondern weil sie als kapitalistische Kaffeeunternehmen notwendigerweise Profit machen müssen und dabei auf Ausbeutung der ProduzentInnen und PflückerInnen angewiesen sind.

Dieser Konsens existiert heute nicht mehr und könnte im Falle Transfair meines Erachtens kaum hergestellt werden, da dort nicht ansatzweise in Betracht gezogen wird, eine soziale Bewegung wie die Solidaritätsbewegung zum Korrektiv einer reinen Handelsorientierung zu machen. Die die Arbeit von Transfair maßgeblich bestimmenden Organisationen, allen voran die Friedrich Ebert Stiftung, haben kein Interesse daran, Transfair an eine politische Bewegung zurückzukoppeln, die möglicherweise signalisieren könnte, auf Umsatz aufgrund politischer Einschätzungen zu verzichten. Eine Episode aus der kurzen Geschichte von Transfair belegt dies Desinteresse einer Rückbindung an die Solidaritätsbewegung. Transfair erhält von den Lizenznehmern des Gütesiegels Lizenzgebühren. Die Arbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Läden (AG3WL), eine der wenigen, wenn nicht die einzige der Solidaritätsbewegung zurechenbare Mitgliedsorganisation bei Transfair stellte im letzten Jahr den Antrag, Geld aus den Einnahmen der Lizenzgebühren für die Arbeit der Aktionsgruppen und Dritte Welt Läden zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme, die eindeutig signalisiert hätte, daß Transfair an einer Rückbindung an Basisorganisationen interessiert ist, wurde jedoch mit der (Schein)Begründung abgelehnt, daß die Finanzdecke von Transfair zu schwach sei. Ein Argument, das jedes drittklassige Unternehmen bei sozialen Forderungen seiner MitarbeiterInnen anführt und bei dem jede/r weiß, daß die dahinterstehende Frage nur lautet, wofür dann Geld da ist.

Die Friedrich Ebert Stiftung stellte unverblümt klar, daß auch bei ausreichender finanzieller Sicherheit die Arbeit der Aktionsgruppen und Dritte Welt Läden grundsätzlich nicht förderungswürdig durch Transfair sei. Transfair hat zu Aktionsgruppen und Dritte Welt Läden ein höchstens instrumentalistisches Verhältnis. Sie sind brauchbar für die Durchführung lokaler Werbeaktionen in Supermärkten, bei der natürlich keine kaffeekonzernkritischen Materialien verteilt werden dürfen. Da die Botschaften von Transfair eh minimalistisch sind, schadet aber ein Zuviel an Information. Für die Botschaften an das Gewissen der KundInnen im Stile von „Transfair hilft dem armen Kleinbauern" bedarf es keiner eigenständig denkenden AktivistInnen aus der Solidaritätsbewegung.

Insgesamt läßt sich sicherlich das Fazit ziehen, daß von Transfair keine Gefahr für die freiheitlich kapitalistische Kaffeeordnung (FKKO) ausgeht. Zu sehr weisen die Entwicklungen bei Transfair darauf hin, daß es ausschließlich darum geht, per Umsatzsteigerung den Kleinbauern zu helfen. Mit wem und zu welchen Bedingungen hier in der BRD, diese Frage bleibt bei der Zielsetzung außen vor. Sicherlich ist es löblich, bäuerlichen KaffeeproduzentInnen einen höheren Gewinnanteil zu verschaffen. Daß dies aber ohne die Beschneidung der Profite der jetzigen Gewinner an der Weltmarktungerechtigkeit funktionieren soll, halte ich für eine bewußt inszenierte Illusion von Transfair.

So kann meines Erachtens Transfair als ein Zeitgeistunternehmen betrachtet werden, das es geschickt verstanden hat, für sich eine neue Marktlücke zu erobern: „ethical shopping". Daß dieses Marktsegment prosperierende Chancen verspricht, läßt sich auch an der Einführung neuer Produkte mit dem Transfair-Gütesiegel ablesen. Seit einigen Monaten wird jetzt „fair" gehandelter Tee über die Ladentheken gereicht, und mit Honig und Kakao stehen auch schon die nächsten Produkte in den Startlöchern.

Freiheitlich kapitalistische Kaffeeordnung

Zu fragen ist abschließend, ob die beschriebene Entwicklung von Transfair den Ansatz, politische Solidarität auch über die Handelsschiene mit Kooperativen und sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens zu organisieren, gänzlich diskreditiert hat. Gibt es gegen die Handelsorientierung um (fast) jeden Preis, kapitalismuskritische Anknüpfungspunkte in der „alternativen 3.Welt-Handelsszene", wo die Möglichkeiten des Handels rückgekoppelt bleiben an die politische Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit?

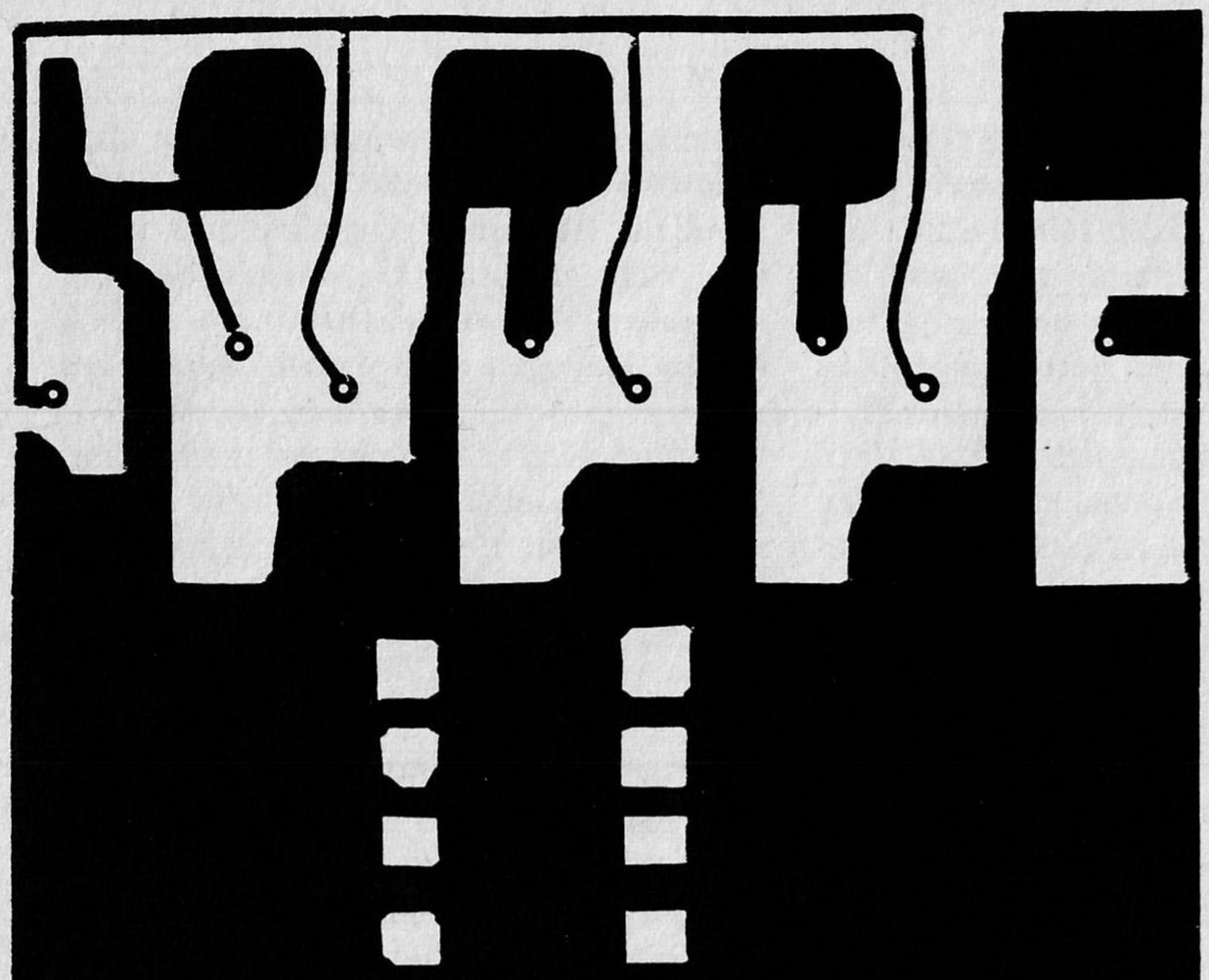
Zunächst ist wirklich einmal Skepsis angebracht. Auch innerhalb der hier schon mehrfach erwähnten AG3WL findet eine Auseinandersetzung über die politische Zukunft der Weltläden statt. Bis jetzt arbeitet die Mehrheit der Läden auf der Basis ehrenamtlicher MitarbeiterInnen, die meist als Gruppe, manchmal als Ladenkollektiv organisiert sind. Jedoch steht diese Organisierungsform zur Debatte. Zwar sind voll professionalisierte Läden, ausschließlich mit bezahlten Angestellten arbeitend, und als GmbH mit privaten BesitzerInnen organisiert, noch die große Ausnahme. Aber es gibt sie bereits und ein Teil der einschlägigen Szene sieht darin die Perspektive der Weltläden. Dann gäbe es nicht nur die Solidaritätsecke im Supermarkt, sondern das entsprechende Fachgeschäft mit durchaus kompetentem Verkaufspersonal. Ich denke, daß solche Modelle diskutiert und realisiert werden, hat vor allem damit zu tun, daß große Teile des „3.Welt-Handels" steigende Umsätze mit politischer Schlagkraft zur Umwälzung der herrschenden Weltwirtschaftordnung gleichsetzen. Dagegen muß jedoch betont werden, daß diese Gleichsetzung eine fatale Illusion ist. Der Kauf eines wie auch immer „fair" gehandelten Kaffees ist für sich genommen kein Beitrag zur Überwindung dieser Ordnung. Er kann erst dann ein Beitrag dazu werden, wenn er eingebunden ist in eine diese Ordnung grundsätzlich infragestellende Praxis. Deren Träger kann nur eine soziale Bewegung wie die Solidaritätsbewegung sein, nicht jedoch private Weltläden oder Kaffeeunternehmen, die für 5% „faire" Anteile an ihrem Gesamtumsatz das Gütesiegel des reinen Gewissen ausgeschenkt bekommen.

Erst wenn an möglichst vielen Orten die Frage nach den ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschafts- und Lebensform in den Metropolen thematisiert wird, und hierzu ist Kaffee durchaus ein geeignetes Medium, besteht die Chance, eine grundsätzlich systemkritittsche Praxis zu entwickeln. Die Kaffeekampagne El Salvador hat für sich den Anspruch, diese Frage zumindest zu stellen. Deshalb liegt ihr Augenmerk auch nicht auf einer unhinterfragten Kommerzialisierung und Umsatzausweitung, obwohl die Kaffeekooperativen in El Salvador durchaus an einer vergrößerten Absatzmenge ihres Produktes interessiert wären, sondern daran, daß Initiativen entstehen, die an Arbeitsplätzen, in Schulen oder sonstwo die Kaffeebohne zum Vehikel nehmen, das normale Funktionieren des kapitalistischen Systems in Frage zu stellen.

In diesem Sinne hält es die Kaffeekampagne El Salvador weiterhin für sinnvoll, Kooperativenkaffee aus El Salvador unter Ausschaltung profitorientierter Kaffeekonzerne in die BRD zu importieren. Wenn diese Unterstützung von ansatzweise kollektivistischen Strukturen verbunden wird mit Initiativen hier in der BRD, die die Macht der Kaffekonzerne durch einen faktischen Boykott ihres Kaffees beschneiden, ist schon ein kleiner, aber nicht unwichtiger Schritt hin zu einer internationalistischen und antikapitalistischen Praxis getan. Der ganze Ansatz steht und fällt jedoch mit Initiativen, die zu Trägerinnen einer solchen Praxis hierzulande werden. ●

Matthias Proske ist Mitarbeiter der Kaffeekampagne El Salvador.

Bei Interesse an der Entwicklung einer solchen Praxis, d.h. an der Umstellung von Mensen, Kneipen, Betriebskantinen und -küchen auf konzernfreien Kaffee bitte wenden an die:
Kaffeekampagne El Salvador c/o „Dritte" Welt Haus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt, Tel. 069 / 78 94 846, Fax 069 / 78 96 0399.



UWE FAHR

Globale Kommunikation

Zum politischen Umgang mit den weltumspannenden Datennetzen

Kein Tag vergeht, ohne daß in den Medien die Rede ist von Datenautobahn, von Internet und Compuserve, von Multimedia und den angeblich unendlichen Möglichkeiten, Informationen am heimischen Computer zu sammeln, auszuwerten und weiterzureichen. Der im Grundrecht auf Informationsfreiheit staatlich anerkannte Anspruch auf unbegrenzten Zugang zu allen Informationen scheint mit dem geringsten Aufwand durchsetzbar. Allerdings wird, bei all der rückhaltlosen Begeisterung für die neue Technik, die Frage nach den Nachteilen gar nicht mehr gestellt. Ob die persönlichen Daten auch nur die Sicherheit behalten, die sie in der Vergangenheit besaßen, bleibt unausgemacht.

Datennetze sind keine neue Erfindung. Die Idee, Computer zusammenzuschließen, entstand spätestens in den sechziger Jahren. Namentlich werden zwei Arten von Netzwerken unterschieden. Abhängig von ihrer Ausdehnung wird die eine Art als local area network (LAN), die andere Art als wide area network (WAN) bezeichnet. LANs sind Netzwerke mit einer Reichweite bis zu einem Kilometer. Die einzelnen Stationen werden mit Hilfe von Standleitungen verbunden. Dabei können diese Stationen sich in einem Haus befinden oder über mehrere Häuser verteilt sein, wie zum Beispiel im Rechnerverbund einer Universität. Solche Netze wurden in den vergangenen zwanzig Jahren in Unternehmen, Banken und Behörden aufgebaut. Sie können bereits erhebliche datenschutzrechtliche Probleme mit sich bringen. Personen, die am Computer in einem Netzwerk arbeiten, sind leichter kontrollierbar. Beispielsweise können bei umfangreichen Eingaben an einem Terminal Arbeitsgeschwindigkeit, Häufigkeit von Pausen und ähnliches rasch abgefragt und kontrolliert werden. Bei den wide area networks (WAN) werden mehrere lokale Netzwerke oder einzelne Stationen per Standleitung und/oder Telefonleitung zusammengeschlossen. Ihr wesentliches Merkmal ist, wie der Name sagt, daß sie Rechner über weite Gebiete vernetzen. WANs lassen sich noch einmal nach der Art ihrer Organisation unterscheiden. Sie können zentral oder dezentral aufgebaut werden, d.h. daß entweder ein Rechenzentrum zentral alle Dateien verwaltet oder daß eine Vielzahl von mehr oder weniger leistungsfähigen Rechnern einen dezentralen Verbund bilden. Zu den dezentralen raumübergreifenden Netzwerken gehören auch die zahlreichen alternativen Mailboxnetze, die ganz ohne Standleitungen auskommen. Eine Mailbox bedient in diesem Falle eine Anzahl von BenutzerInnen. Diese tragen durch öffentliche Nachrichten und durch private Mails an andere Benutzer zu der Attraktivität einer Box bei. Die einzelnen Mailboxen schließen sich zu einem Netz zusammen, indem die gesammelten Nachrichten und Briefe über das Telefonnetz an alle anderen Boxen verschickt werden. Auf diese Art sind eine Anzahl von Computernetzen entstanden, die sich technisch in der Regel durch das jeweils verwendete Mailboxprogramm unterscheiden. Zu den größeren dieser Netze gehören das sogenannte Fido- und das Zerberus-Netz. Darüber hinaus gibt es sogenannte Overlay-Netze. Darunter werden Informationsnetze verstanden, die in Boxen angeboten werden, die mit unterschiedlichen Programmen betrieben werden. Die politisch interessantesten Beispiele dafür sind das Linke Internationale Netz- und Kommunikationssystem (LinksSystem), dessen Netz durch CL\ für Computernetzwerk Linkssysteme gekennzeichnet ist oder das Netz der Association of Progressive Communication (APC) (vgl. dazu auch den Beitrag von Thomas Kunz „Medien, Mhythen, Mailboxen“ in: *links* 3/94). Diese Netze haben vorerst einen nur begrenzten Einfluß. Im folgenden wird von den globalen Netzwerken die Rede sein, deren Betreiber die vorhandenen Entwicklungen im wesentlichen gestalten und die technischen und inhaltlichen Standards setzen. Von den alternativen Netzen ist hier nicht die Rede.

Bei all diesen Netzen gibt es abgestufte Formen von Öffentlichkeit. Während LANs nichtöffentlich sind, sind weitreichende Computernetze zum Teil oder ganz öffentlich. Das Internet beispielsweise war als ein globales, ursprünglich auf die scientific community abgestelltes Netz halböffentlich und wird gegenwärtig in einem kommerziellen Sinne öffentlich gemacht. Andere Netze, wie Compuserve, waren es von Anfang an. Die WANs unterscheiden sich ferner nach ihrer Reichweite. Zwar sind sie untereinander verbunden, dennoch hat beispielsweise das Datennetz der Deutschen Telekom Datex-J(edermann) nur eine nationale Reichweite, während Internet und Compuserve global organisiert sind. Der Zugang zu den meisten öffentlichen Netzen (Internet, Compuserve, Datex-J) ist mit erheblichen Kosten verbunden. Außer den sozialen Zugangsbarrieren sind es die sozialen und politischen Kräfte, die die neuen Kommunikationsstrukturen ausgestalten, und die völlig ungelösten datenschutzrechtlichen Fragen, die die Netze problematisch machen.

Neue Konsumwelten

Gleichgültig, ob es sich nun um Lokale- oder Weitverkehrsnetze handelt, Implementierung, Auf- und Ausbau werden zunächst einmal von gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt, die über genügend Kapital verfügen. So war das Internet zu Beginn ein Pentagon-Projekt; Datex-J wurde von der Telekom aufgebaut; IBM betreibt in den USA ein eigenes Netz. Weitere Netze, sogenannte Online-Dienste,

sind gegenwärtig in Planung und Aufbau. Eines der umsatzstärksten Unternehmen der USA, Microsoft, plant gegenwärtig die Einführung eines neuen, flächendeckenden Netzes, das Microsoft-Network. Bertelsmann plant zusammen mit dem amerikanischen Online-Dienst America Online (AOL) ein europäisches Pendant dazu, kann aber den naheliegenden Namen Europe Online nicht verwenden. Dieser Name ist bereits von dem Online-Dienst der Firmen Pearson, Matra Hachette und Burda belegt. Noch in der zweiten Hälfte dieses Jahres soll das Netz in Betrieb genommen werden. Last but not least plant Apple Computer die Einführung des Netzes „Apples eWorld".

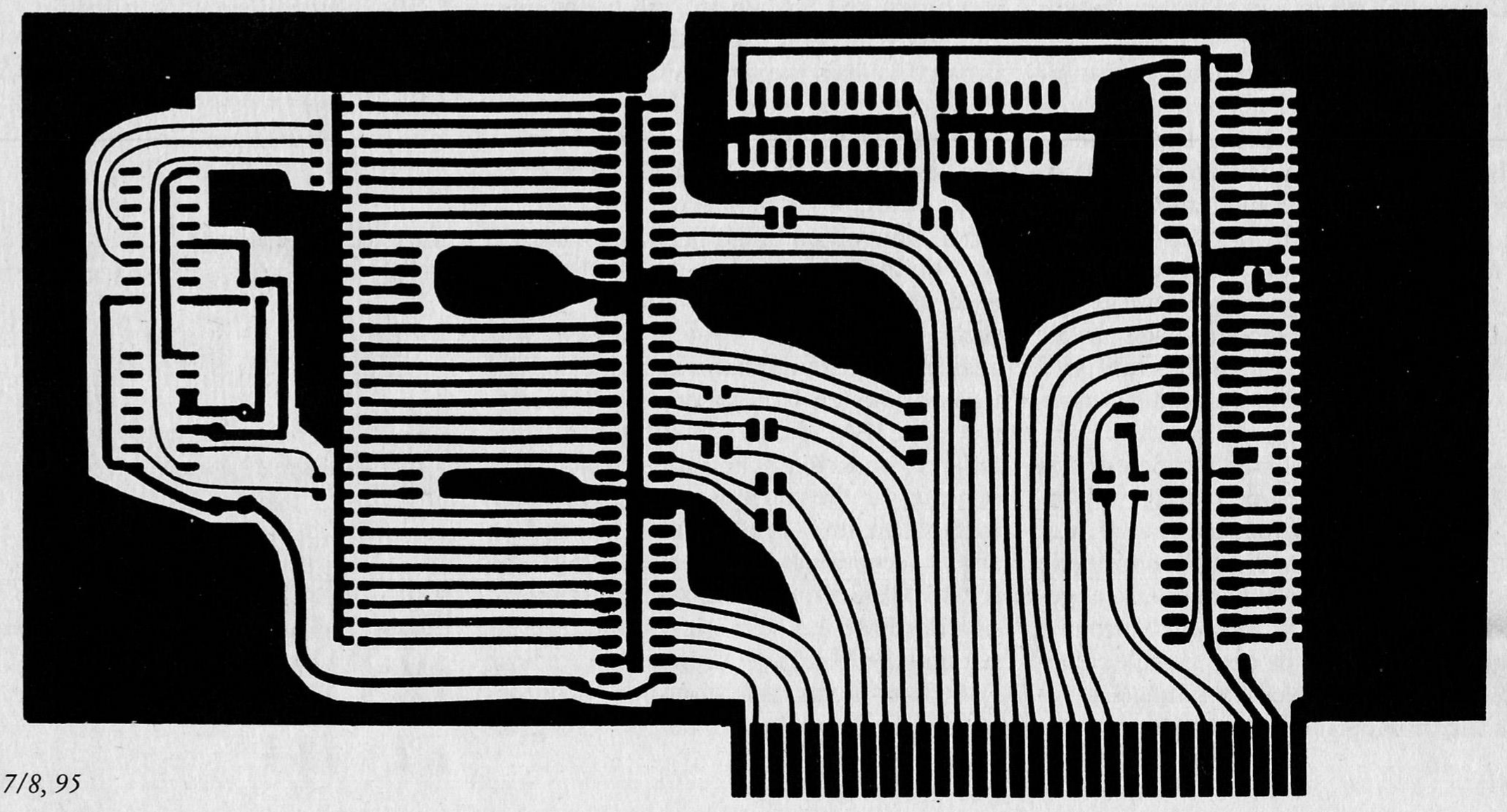
Das vorherrschende Interesse bei dem Aufbau von LANs in den Unternehmen und den Sicherheitsbehörden zielte noch auf Rationalisierung von Arbeitsabläufen und auf Machtsicherung und -erhalt. Der Aufbau der globalen Daten- und Kommunikationsnetze soll darüber hinaus auch neue Formen von Konsum und Kommunikation etablieren. Die erste Voraussetzung dafür ist die weite Verbreitung des PCs als Haushaltsgerät. Erst dadurch werden Netze kommerziell verwertbar. Die zweite Voraussetzung besteht darin, daß die Netze für die Benutzer tatsächliche oder vermeintliche Vorteile mit sich bringen. Verlockend genug scheint für spezielle, in erster Linie männliche Bevölkerungsgruppen das Angebot zu sein. Eindeutiges Ziel der Vernetzung ist eine Erhöhung des Konsumangebotes. Unmittelbarer Zugriff auf Informationen, der Zusammenschluß von Fernsehen, Video, Telefon und Computer gelten als ultima ratio. Nicht zufällig entsteht von daher das Schlagwort vom „Surfen auf dem Info-Highway": die „Komsumgesellschaft" geht online. Die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte und -möglichkeiten werden dabei von vornherein auf ein Minimum eingeschränkt. Eine demokratische Gestaltung findet nicht statt. Auf- und ausgebaut werden die neuen Kommunikationsdienste von den Konzernen. Die Benutzer gleichen den Wählern bei den Wahlen: sie wählen letzten Endes zwischen Alternativen, die keine sind. Die „Datenautobahn", als Teil eines kapitalistischen Modernisierungsprojektes, wird die Produktion verändern. Man kann annehmen, daß ein erhebliches Stück der enormen Kosten durch die private Nutzung aufgebracht werden soll.

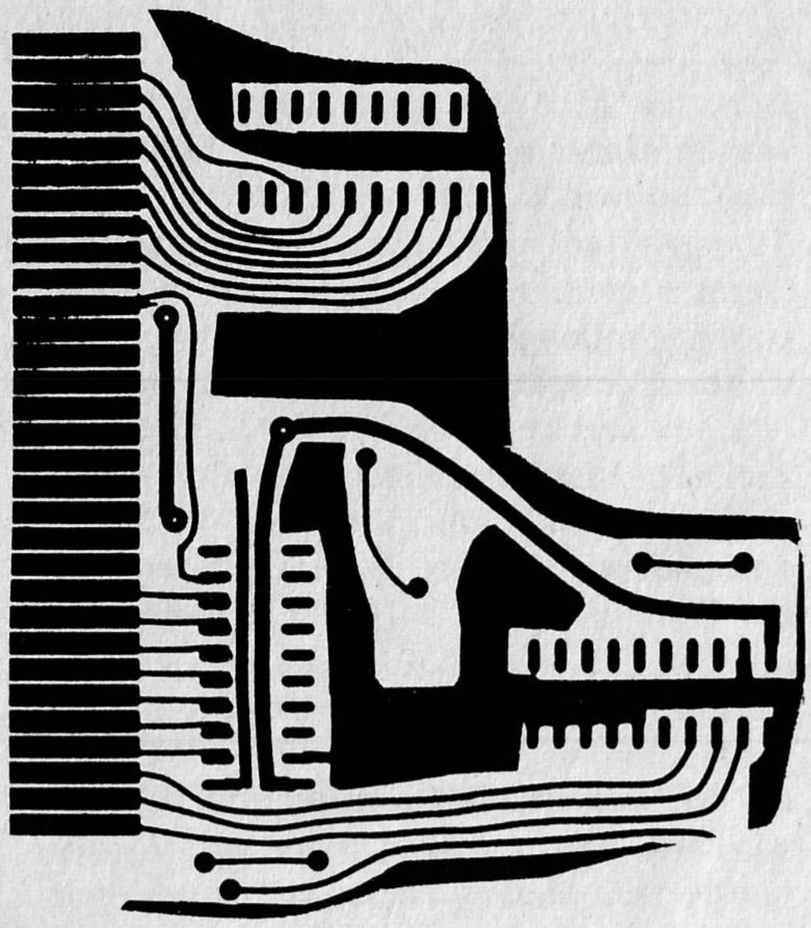
Spuren im Netz

Ein wesentliches Problem betrifft die eigenen, sensiblen Daten: Wer per E-mail seine Post schickt, hat sich nicht nur mit der Unreife des Systems herumzuschlagen, sondern auch mit der Tatsache, daß jeder Systembetreiber den Inhalt des Briefes zur Kenntnis nehmen kann, ohne daß Absender oder Adressat je davon erfahren werden. Zwar läßt sich der Briefinhalt mit bestimmten Verfahren – z.B. mit einem kryptographischen Programm wie Pretty Good Privacy (PGP) – verschlüsseln, nicht verschlüsselbar ist aber die Tatsache, daß ein Teilnehmer X einem anderen Teilnehmer Y eine Nachricht hat zukommen lassen. Diese Informationen sind gespeichert und liegen zur Auswertung bereit. Aber auch der verschlüsselte Briefinhalt ist nur auf Zeit verschlüsselt. Es wird geschätzt, daß in etwa fünf Jahren leistungsfähige Programme entwickelt sein werden, die den jeweils vergebenen Code entschlüsseln können. Ähnlich problematisch ist die Benutzung von Online-Bibliotheken. Anders als in gängigen Bibliotheken, in denen ein Benutzer in Karteikästen anonym nachschlägt, ist bei der elektronischen Onlinerecherche klar, wer unter welchen Stichworten nachschlägt, sich welche Texte kopiert (downloaded) und nach welchen Schlagworten sucht. Diese Informationen könnten ohne weiteres beispielsweise für Rasterfahndungen genutzt werden. Ein weiteres Beispiel ist die Einführung des integrated services digital network (ISDN). Ziel ist es, das Telefonnetz komplett zu digitalisieren und damit weit über die heute vorhandenen Möglichkeiten hinaus, für den Datentransport zwischen Rechnern zu nutzen. Fast automatisch fallen bei den Vermittlungsrechnern der Telekom Verkehrsdaten an, etwa wer, wann, wie lange, mit welchen Teilnehmern telefonierte. Es wird also aufgrund aller in den verschiedenen Netzen angefallenen Daten technisch möglich werden, genaue Interessen-, Konsum-, Bewegungs- und Kommunikationsprofile eines jeden Teilnehmers zu erstellen. Ob und inwieweit dies auch tatsächlich politisch umgesetzt wird, ist eine noch offene Frage.

Alle diese negativen Trends verstärken sich durch den Umstand, daß Computernetze global funktionieren, bzw. zu globalen Zusammenschlüssen tendieren. Die Aufnahme und Aufrechterhaltung von Kommunikation und die rasche Übertragung von ungeheueren Informationsmassen soll weltweit möglich sein. Der Begriff von Globalität ist dabei aber entscheidend eingeschränkt. In erster Linie sind es die Metropolen der kapitalistischen Produktion, die sich vernetzen. Es wäre daher einmal eine interessante Aufgabe, eine Weltkarte aus der Sicht der globalen Datennetze zu zeichnen. Kaum vorstellbar, daß sich auf dieser Karte Afrika zwischen Mahgreb und Südafrika oder wesentliche Teile Asiens befinden.

Bei allen globalisierten Netzen sind einzelne, sehr leistungsfähige Großrechner Knoten- und Umschlagspunkte für Infor-



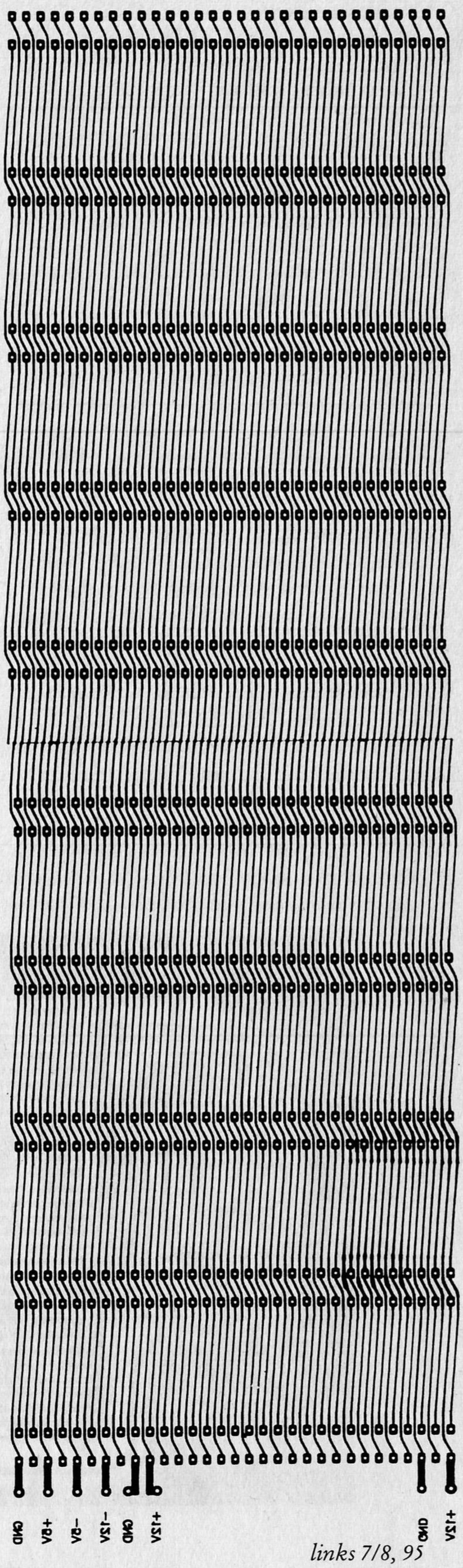


mationen. An diese Rechner werden die Nachrichten zuerst geschickt, von dort aus werden sie weitergeleitet. Die Rechner stehen in den Ländern, die an dem Netz beteiligt sind und unterstehen dem landesüblichen Datenschutzrecht. Auch das Versenden von Nachrichten innerhalb eines Landes kann durchaus über entfernte Rechner, z.B. in den USA, abgewickelt werden. Die Daten werden international verschickt (geroutet). Damit fallen die entsprechenden Nachrichten aus dem Geltungsbereich nationaler Gesetze heraus.

Staatlicher Datenschutz?

Im Gefolge der Auseinandersetzung um die Volkszählung hat das Bundesverfassungsgericht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung festgeschrieben. Wer, was, wann, wo und wie über die eigene Person erfährt, muß und soll von dem Betroffenen selbst entschieden werden. Wie beim Datenschutz allgemein, ist auch im Falle des Datenschutzes in den globalen Datennetzen, die Gemengelage von Interessen komplex. Einzelpersonen und Institutionen (Behörden, Unternehmen) verfolgen unterschiedliche Absichten. Datensicherheit bezieht sich nicht allein auf die voneinander isolierten Teilnehmer am Netz, sondern gleichermaßen auf Institutionen. Insbesondere Behörden und Unternehmen haben aber nicht nur ein Interesse am Schutz ihrer eigenen, sondern auch an der Erhebung fremder Daten. Gleichwohl wird die Akzeptanz der Netze durch die Nutzer stark davon abhängen, auf welches Konzept von Datenschutz sich die beteiligten gesellschaftlichen Gruppen einigen können. Sicher scheint zunächst einmal nur, daß die Möglichkeiten, die informationelle Selbstbestimmung wahrzunehmen, abgebaut und nicht gestärkt werden. Nationale Regelungen bleiben in den globalen Datennetzen vergleichsweise wirkungslos, internationale Regelungen sind kaum abzusehen. Eine allgemeine europäische Datenschutzrichtlinie ist nicht vor 1998 zu erwarten. Angesichts der Globalität der Datennetze wird sie mit Sicherheit nicht ausreichen. Ein Schutz von Privatheit wird nicht mehr wie bisher zu haben sein, wenn erst einmal der materielle Zwang der Verhältnisse groß genug ist, um sich nicht mehr dem begeistert aufgenommenen neuen Medium entziehen zu können. Eine zu weit gehende Erhebung von Konsumentenprofilen wird die Akzeptanz durch die Nutzer schwächen und den Nutzen für die Unternehmen begrenzen. Eine Verständigung nationaler Regierungen über Möglichkeiten, die Kommunikation in den globalen Datennetzen zu reglementieren, ist aber sehr wahrscheinlich. Der Sicherheitsdiskurs hat hier bereits in der Vergangenheit gute Dienste geleistet. Die Debatte über Pornographie im Internet weist bereits die Richtung. Im Kern geht es dabei nicht um den Schutz von Jugendlichen und Kindern. Solche Diskussionen stellen vielmehr einen Anlaß dar, um Möglichkeiten der Unterdrückung unerwünschter Nachrichten in einem dezentralen globalen Kommunikationsnetz auszuloten und durchzusetzen. Es geht hier nicht um Pornographie, sondern um Politik. Für Sicherheitsbehörden, wie auch für die an der Kommerzialisierung interessierten Unternehmen, sind diese Netze das eigentliche Problem. Sie sind aufgrund ihrer dezentralen anarchischen Struktur bislang unkontrollierbar. Von daher ist es nicht unberechtigt, daß innerhalb einigermaßen kritischer politischer Diskurse gerne darauf verwiesen wird, daß internationale Datennetze eine Gegenöffentlichkeit darstellen können.

Für eine Diskussion über die neuen Datennetze greift aber die Debatte über die Datensicherheit zu kurz. Datenschutzrichtlinien und Datenschutzbeauftragte versuchen, die Ausspähung des einzelnen durch Behörden und Firmen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Als Teil des staatlichen Gefüges werden sie die staatliche Form als solche nicht in Frage stellen. Im Gegenteil: ihre Aufgabe ist es, die Formen der gesellschaftlichen Reproduktion zu sichern. Einmal vorausgesetzt, daß es überhaupt sinnvoll und legitim ist, diesen technischen Innovationsschub mitzuvollziehen, muß darüber hinaus wenigstens der Versuch unternommen werden, dessen Voraussetzungen zu thematisieren. Es sind die transnationalen Unternehmen wie Microsoft oder IBM, die es anzugreifen gilt. Ein Objekt von Kritik haben sie aber nicht nur in bezug auf die von ihnen vertretene Netzwerkpolitik und -strategie zu sein, sondern als international agierende Konzerne selbst. Weniger die globalen Datennetze sind das Problem, als vielmehr die Interessen und die Macht der Konzerne, die diese Form von Kommunikationsnetzen durchsetzen. Ihr Handeln trifft auf keine Gegenwehr, weil die Begeisterung der (meistens männlichen) Konsumenten am Medium durch kein Nachdenken mehr gebremst wird. Ihre durch Technikbegeisterung erzeugte Blindheit bewirkt jene bedingungslose Akzeptanz, die den neuen Kommunikationstechnologien entgegengebracht wird. Es ist eine wichtige Aufgabe, beiden die Legitimation zu entziehen. ●



EIKE HENNIG / MANFRED KIESERLING

Global Cities: Wunderland und Wanderland ohne Politik, aber mit Polarisierung

Blick durch die Literatur

Was, bitte schön, ist eine Global City? Mit gebotenem Ernst soll dieser Frage nachgespürt werden. Im Zentrum stehen Fragen nach den Bezügen von Politik und Ökonomie in Global Cities. Wenn die politische, ökonomische und soziale Realität solcher internationalen Städte von politischer Deregulierung und sozioökonomischer Privatisierung geprägt ist, dann verdoppelt der Tenor der Diskussion dies. Der postmoderne Ton entspricht den Spielarten der postmodernen Architektur, wie sie in diesen Städten mit immer kaprizierteren Einzelbauten Blüten treibt; er entspricht aber auch, was nur angedeutet werden kann, einer vorherrschenden Aufmerksamkeit an Städten und Urbanität. Auf diesen letztgenannten Akzent soll zuerst hingewiesen werden, bevor dann einige Schwerpunkte der Literatur vorgestellt werden.

Wer nicht in Rotenburg ob der Tauber, in Heidelberg oder einer sonstigen Metropole wohnt, ist dennoch nicht verloren. Edward Soja spendet allen Hinterwäldlern Trost, indem er 1993 festhält: „Die Entstehung eines globalen Systems der 'Weltstädte' ... bedeutet sowohl eine Zunahme des Aktionsradius (outreach) von Städten – jede Ecke der Welt wird Teil des Hinterlandes (hinterland) solcher Weltstädte wie Los Angeles, New York, Tokyo, Hong Kong, London, Paris, Sidney und Sao Paulo – als auch des Einbezugs (inreach), der in die Global City die Einsätze (pools) von Kapital und Arbeit aus nahezu jeder Weltkultur hineinbringt." Diese Ermunterung der kleinen Städte beherzigt der Frankfurter Ex-Bürgermeister A.v. Schoeler, als er zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus die „Globalisierung der Kultur" als „Homogenisierung" bzw. „McDonaldisierung" kritisiert und „die Vielfalt der europäischen Kulturen" als „Zukunftskapital" preist. Wenn Frankfurt a.M. kein Geld hat, so hat es wenigstens dieses Kapital. Von hier aus ordnet Schoeler die Stadt in das weltstädtische Konzert sein: „Frankfurt am Main ist mit seiner internationalen Bevölkerung beispielhaft; wenn ein Drittel der hier Lebenden (nicht aber Wählenden, E.H.) aus dem Ausland kommt, wenn fremde Lebensformen fast selbstverständlich sind, dann verändert das auch das Selbstverständnis einer Stadt.

Den wahrhaft modernen „Zeitgeist" kennzeichnet ein Hang zur einen Welt und ein Drang zum Urbanen. Das Beschwören urbaner Lebensformen ist „in", Städtetourismus ein Muß. Darf's ein Shopping-Wochenende in New York sein? Wollen Sie etwa keine Rap-Pudelmütze aus Harlem haben? Nein! Bei Strafe des Banausentums geht es dann aber nicht ohne das Guggenheim Museum, die Met und die Plazas von Manhattan. Weltstädte eröffnen den Rahmen für Weltleute, für den gewünschten Internationalismus & Multikulturalismus (ohne jeden og. original gangsta, friedlich exotisch) Slums und Ghettos ebenso wie High-Tech- und High-Cult(ure)-Tempel im Central Business District (CBD) dieser Global Cities liefern die Arena, in denen man sich auf der Höhe der Zeit fühlt, seinen W. Benjamin & Simmel & R. Sennet erlebt. Man wird zum Weltbürger der einen Welt. Der Flaneur und Trendsetter wird zum Jetstädter, der Ghettos und „gang territories" als exotisches Zubrot zur Stadtrundfahrt mitnimmt.

Das literarische Genre der Global und World City-Darstellungen trägt ebenfalls Züge des Infotainments der „Erlebnisgesellschaft". Deutlich erliegt sie der Faszination ihres Gegenstands. Die Literatur ist voller Heteropolen, Technopolen, Metropolen, Exopolen; es gibt outer und edge cities, postsuburbia, postmodern cities, multinucleated metropolitan regions, metroplex, technoburbs, ein balances urban system und schlicht Megastädte; irgendwie ist alles abgedreht-beliebig, Hauptsache (post)modern und ohne einen leitenden Sinn, was in der Szene als Posthistoire gepriesen wird. Die Global City-Debatte greift so selbst in den Wettbewerb dieser Städte um Gunstbezeichnungen ein. So manche größere (deutsche und europäische) Stadt könnte zu den Global Cities aufschließen, wenn sie einen Kongreß veranstaltet, die Creme der angelsächischen Stadtsoziologie einfliegen läßt und anschließend eine englische Drucklegung der Konferenz sponsert. Ideal sind aufwendige Architekturbände mit postmodern-soziologischen Einsprengseln, was die Reihe „World Cities" (Academy Editions, Ernst & Sohn) auszeichnet; gut (wegen der deutschen Texte hinsichtlich der Reichweite aber begrenzt) ist auch die Frankfurter Reihe „Die Zukunft des Städtischen" (Campus).

Think global, act nowhere

Wie definiert man/frau eine Global City? Gesellschaftstheoretischer Status dieser Orte ist ihre Rolle bei der Verknüpfung städtischer Entwicklungen mit global-ökonomischen. Es geht um die Rückwirkung ökonomischer Prozesse der Produktion, der Verlagerung, der Finanzen, der Planung und Leitung auf diese Städte. Laut Saskia Sassens Glossar sind diese Städte

strategische Plätze der Weltwirtschaft mit einer Konzentration der Kommandofunktionen und der auf den Weltmarkt orientierten hochwertigen Beratungen. Allgemeiner sind es Städte mit einer in hohem Ausmaß internationalen Ökonomie und Sozialstruktur. Über die Leitindustrien und die Bestimmung der Konfliktursachen entlang der Linien von Distribution, Produktion/Arbeit, Migration und Politik herrscht keine Klarheit. World Cities sind je einmalige „local states", es gibt keinen Prototyp und demzufolge auch keine definitorische Stringenz. Vor allem fehlt es an politikwissenschaftlichen Studien, um die Handlungsräume dieser „Cities in Stress" (M. Gottdiener) zu erkunden. Auffällig ist, daß die Zivilgesellschafts- und Kommunitarismusdiskussion nicht mit der Diskussion der Innenseiten dieser Städte verbunden wird. Ebenso werden die sozioökonomischen Wandlungsprozesse von Städten und Regionen hin zu Global Cities weitgehend ausgeblendet. Am Beispiel Londons aber wird klar, wie sehr die imperiale Vergangenheit auch die Gegenwart als Global City noch beeinflußt.

Wesentlich stellen Weltstädte das Scharnier zwischen städtischen und weltökonomischen Entwicklungen dar. Friedmann und Sassen betrachten diese Entwicklungen bevorzugt von der weltwirtschaftlichen Warte, Castells knüpft immerhin an seine früheren Arbeiten über die sozialen Bewegungen an. Soja erliegt am Beispiel von Los Angeles der Faszination der Heterogenität, so daß er theoretisch zwar die Notwendigkeit kleinräumlich angelegter Studien ausweist, ohne solche Analysen aber anzufertigen. Für alle Analysen gilt, daß sie eine makroanalytische Darstellung der ganzen Stadt präsentieren, daß sie über ethnische Segregation, soziale Polarisierung bzw. Marginalisierung oder Fragmentierung und politischer Unregierbarkeit in den Global Cities vergleichsweise global schreiben. Suffisant sagen Michael Harloe und Susan Fainstein, die in der Global City-Debatte beliebten politisch-sozialen Formulierungen würden über die Oberfläche komplexer Prozesse hinweg-schliddern. Vor allem werden die Folgen des Rückzugs der Politik in New York, London und Los Angeles wenig reflektiert.

Besonders Arbeiten über New York heben hervor, daß die Polarisierung in den Global Cities entlang einer Mixtur kausaler Momente verläuft. Bildung, Berufschancen, Wohnen, ethnische Segregation treffen aufeinander und werden zumeist im Bild einer Einkommenspolarisierung verdichet: „City of the Poor – City of the Rich" betitelt Adrienne Windhoff-Heretier ihr NY-Buch, während Fainstein/Gordon/Harloe in „Divided City" (1992) mehrere Spuren legen und verfolgen. Saskia Sassens „Global City" (1991) verdeutlicht die soziale Ordnung der Global City durch Hinweise auf Beschäftigung und Einkommen sowie auf die Polarisierung der Klassen und Räume im Gefolge der ökonomischen Umorientierung (restructuring). Sassen stellt die Frage, ob die „postindustrial urban economy" die Zahl der Armen reduziere, und antwortet, indem sie gerade bezüglich NY auf das wachsende Ungleichgewicht, auf die große Kinderarmut (vergleichbar den Dritte-Welt-Kapitalen) und auf den Gegensatz einer – stark ethnisch geprägten – „informal economy" und einer neuen „mass consumption of the middle classes" hinweist. Wenn es um die Ursachen für diese Polarisierung städtischer Klassen und Räume geht, dann schwankt Sassen zwischen Beschäftigung und Einkommen. Letztlich neigt sie dazu, den Dualismus an Migration und an der zunehmenden Tendenz zu schlechter bezahlten Gelegenheitsjobs festzumachen.

Herrscht so keine Klarheit über die Ursache(n) der Polarisierung, so unterscheiden sich z.B. Sassen und Castells hinsichtlich der Leitökonomien in den Global Cities. Sassen plädiert für Banken und internationale Firmensitze, Castells hält mehr von den Zentren der Informationstechnologien. Ferner mangelt es an einer mikroanalytischen Diskussion des sozialen Wandels und der Arbeits- wie Betriebsverhältnisse in den Global Cities. Allen Scotts Arbeiten über die High Tech-, Film- und Textilindustrie in Los Angeles und Organe County kommt daher große Bedeutung zu. Scott (Metropolis, 1988) zieht den Schluß, Fragmentierung und Demobilisierung würden verstärkt. Er hebt hervor, die Segmentierung des Arbeitsmarktes führe zum Abbau von „middle-level jobs" und diese Tendenz der neuen Wachstumszentren wirke auf die älteren Regionen zurück, so daß sich insgesamt die soziale und räumliche Ungleichheit verschärfe. Die Rück- bzw. Auswirkungen der Global Cities und ihrer Wachstumszonen auf das Umland und überhaupt auf die „Nationalökonomie" sind jedoch insgesamt schlecht erforscht.

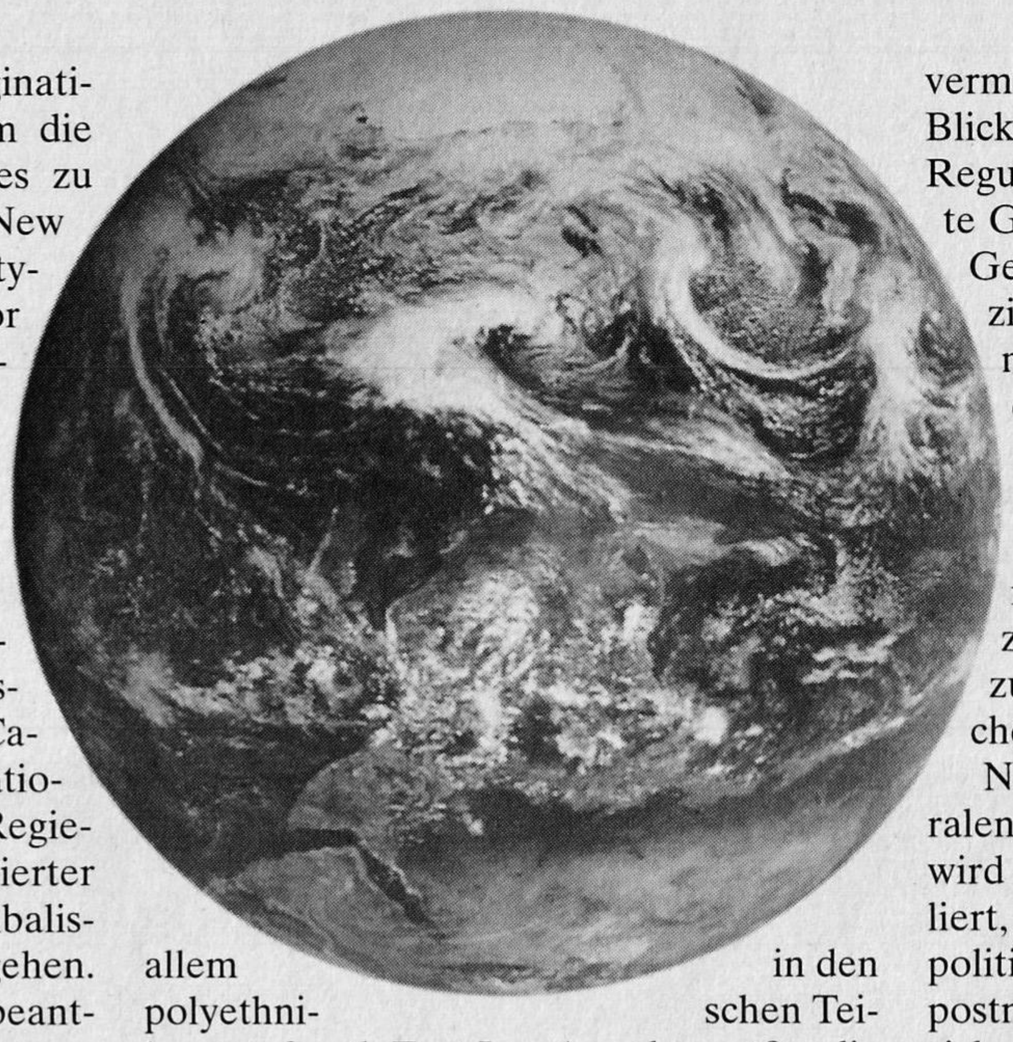
Die ökonomisch fundierte Global City-Debatte beginnt Anfang/Mitte der 80er Jahre mit Diskussionen über internationale Arbeitsteilung, multinationale Unternehmen und städtische Hierarchien. Gefragt wird nach dem „Urban Impact of Economic Globalization" (Sassen). J. Friedmann faßt 1986 die Argumente in 7 Kriterien zum World City Hypothese zusammen. Laut Friedmann definieren den World City-Status folgende Kriterien: große Finanzzentren, Kommandozentralen transnationaler Unternehmen (TNCs), internationale Institutionen, schnelles Wachstum von Dienstleistungsindustrien, wichtige Produktionszentren, große Verkehrsumschlagplätze, Einwohnerzahl.

Mit seinem Kriterienkatalog unterscheidet Friedmann zwischen Kernländern (core countries) und Halbperipherie (semiperiphery countries). Als Arenen des Kapitals stehen die Weltstädte untereinander in Konkurrenz und bilden eine Hierarchie aus. Dies führt dazu, daß es in beiden Ländergruppen jeweils primäre und sekundäre Weltstädte gibt. Als World Cities ersten Ranges für die „core countries" werden u.a. London, Paris, New York, Tokyo, Los Angeles, Frankfurt, Zürich und Rotterdam genannt. Mailand, Wien, Madrid, Brüssel, Toronto und Miami sind zweitrangige Weltstädte. An erster Stelle der Halbperipherie stehen Sao Paulo und Singapur, während z.B. Rio, Hong Kong, Mexiko City und Johannesburg in dieser Gruppe sekundäre Weltstädte sind. Typisch für den desolaten und primär phänomenologischen Diskussionsstand ist es, daß die Einteilung der Städte vergleichsweise beliebig erscheint und von Autor zu Autorin bzw. von Buch zu Buch wechselt. Am Beispiel der Einordnung von Los Angeles, Toronto, Miami und Frankfurt sowie überhaupt vieler, der im Vergleich zu den USA kleineren europäischen Städte wird die Unklarheit besonders ersichtlich. Sehr puristisch engt denn auch Saskia Sassen 1991 den elitären Kreis auf New York, London und Tokio ein, alles andere sind Epizentren mit speziellen Funktionen für die Verteilung der Direktiven in die regionalen Märkte (z.B. Singapur für Südostasien, flankiert von Hong Kong, Manila, Bangkog, Sydney).

Vom Einfluß der Ökonomie zur Polarisierung der Städte

Ende der 80er Jahre führen die realen Spaltungen in den Städten dazu, daß die makrotheoretische ökonomische Schwerpunktsetzung sich abschwächt. Fragen der Polarisierung, der Koinzidenz von colour und poverty lines, der Gegensatz von informeller und formeller Ökonomie sowie von Migration und Segregation innerhalb der Städte nehmen einen größeren Raum ein, ohne daß eine politische oder politisch-ökonomische Aufmerksamkeitshaltung bestimmend würde. Zur Weltökonomie tritt die Frage hinzu, ob die Binnenstrukturen der Global Cities – stellvertretend für den Typus der postfordistischen, dienstleistungsbestimmten Stadt – entweder als Bruch, als ein innovationsträchtiger Dualismus oder als Fragmentierung der städtischen Gesellschaft, bzw. als destruktive Polarisierung anzusehen ist. In diesem Sinn beschreibt Soja 1995 sechs untereinander konfliktträchtige Raumordnungen (1. die postfordistische flexibel-kleinräumliche Urbanisierung, 2. Internationalisierung – Globalisierung, 3. neue urbane Formen, 4. neue soziale Formen der Fragmentierung, Segregation und Polarisierung, 5. eine Unregierbarkeit, die zur Gefängnis- bzw.

Wallstadt führt, 6. neue urbane Imagination der Stadt als Hyperrealität), um die „spatial dialectics“ von Los Angeles zu charakterisieren. Ausgehend von New York stellt Peter Marcuse fünf Wohntypen innerhalb der zerteilten Stadt vor (die dominierende, gentrifizierte, vorstädtische, Massensiedlungs- und Elends-Ctiy), denen er jeweils eigene Mauern zur In- wie Exklusion zuordnet (Festungen, Grenzwälle, Zäune, Barrikaden und Gefängnismauern). Marcuse wünscht sich Wälle, die begrüßen und schützen, keine, die ausgrenzen und unterdrücken. Manuel Castells betont im Kontext der „Informational City“ die Notwendigkeit lokaler Regierungen und sozialer, territorial definierter Identitäten, um den Gefahren des Tribalismus und Funktionalismus zu entgehen. Zentral aber ist Saskia Sassens (unbeantwortete) Frage nach den lokalen Konsequenzen der Globalisierung ökonomischer Aktivitäten: „Was passiert mit der Stadtpolitik, wenn die tonangebenden ökonomischen Kräfte sich auf den Weltmarkt hin orientieren?“ Es ist aber gerade die zentrale These dieser Diskussion, daß die Konzentration der ökonomischen Kontroll- und Entscheidungsträger ein globales Netzwerk ausbildet, dessen Schlüsselstellen eben die Weltstädte bilden. Soja erklärt diese Städte im herkömmlichen Sinn schlicht für unregierbar. Castells formuliert einen kategorischen Imperativ: „Lokale Regierungen müssen eine leitende Rolle entwickeln, um die soziale Kontrolle der Plätze über die funktionelle Logik der Räume der Informations- und Entscheidungsprozesse (space of flows) zu reorganisieren. Nur durch Rückgewinnung dieser Rolle werden die Orte in die Lage versetzt, Druck auf ökonomische und politische Organisationen auszuüben, um den Sinn der lokalen Gesellschaft (local society) gegen die neue funktionale Logik wieder zu begründen.“ Wie? In der Regel brechen die Studien an diesem Punkt ab, erreichen die Frage nach den „policy issues“ drei bis vier Seiten vor dem bitteren Ende.



Sassen geht von den unterschiedlichen Machtpotentialen des ökonomischen Zentrums und der marginalisierten Bevölkerungsteile aus, nach dem Auszug der städtischen Bevölkerung (gemeint ist schlicht „the urban population“ bzw. „the middle class“) gibt es in den Städten nur noch das Zentrum und die „Anderen“. Dieses simple Szenario, bar jeglicher politischen Differenzierung, die der sozioökonomischen Ausdifferenzierung entsprechen würde, beendet Sassen mit dem Hinweis: Die beiden verbliebenen Sektoren, eben das Zentrum und die „Anderen“, „finden in der City das strategische Terrain für ihre Operationen.“

Nicht zuletzt nach den 1992er Riots vor allem in den polyethnischen Teilen von South East Los Angeles müßte die Global City-Debatte politisiert, politisch-ökonomisch geführt werden. Intellektuell bedeutet dies eine Umorientierung der Analysen auf Migration und informelle Ökonomie, die Auszehrung der Mitte, wohlstandschauvinistische und separatistisch-regionale Radikalisierungen von Orange County über Mailand bis zu den City-„Speckgürtel“-Konflikten in der Bundesrepublik: überall sind die Gegensätze zwischen privaten Reichtümern und öffentlicher Verarmung sowie zwischen ökonomischer Verfügungsmacht und schwindenden politischen Handlungsspielräumen Themen, die auf der Tagesordnung stehen. Diese Themen dürften kaum auszusitzen sein oder durch Straßenfeste, Nachbarschaftshilfen oder die Pflege der kollektiv-nationalen Identität á la Schäuble an Brisanz verlieren. Gesucht wird ... „Politik“, denn der ökonomische Selbstlauf bringt keinen Wohlstand für alle.

Dem Mainstream, der in glitzernder Post-Sprache seinem Gegenstand mit mangelnder Distanz aufsitzt, muß das gegenübergestellt werden, was die US-Debatte verschweigt; Los Angeles als Spitze der Global Cities ist mehr als die Spaltung in die eloxierte Zitadelle, die schon in ihrer Fassade den Blick zurückwirft, anstatt ihn nach innen freizugeben. Los Angeles ist kafkaeskes Zeichen, in dem der „Andere“ im Angesicht der City entweder nichts sieht, wenn die undurchdringlich glatten Fassaden in transparenter Macht, übersetzt in Architektur, den Blick verschlucken, oder ihn himmelhochgetürmt die menschliche Winzigkeit spiegeln.

Der in US-amerikanischen Debatten über internationale Städte verdeutlichte Abschied von Politik ist weder originell als Ideologie der Nicht-Ideologie, noch notwendig in der Sache. Diese Diskursform ist die -uneingestandene – Übersetzung des neoliberalen Ökonomie-Paradigmas auf das „physical enviroment“. Das Paradigma vermag sich nur noch mit zwanghafter Blickverengung einzureden, es käme ohne Regulation aus. Derart durchökonomisierte Gesellschaft kann sich nur noch in der Gewinnzone sehen, weil sie eben ihre sozialen und Umwelt-Kosten nicht rechnet – und weil die deregulierten „Anderen“ ihre vielschichtige, bei weitem nicht nur materielle Not meist (noch?) regressiv regulieren.

Los Angeles, dieses Symbol materialisierter Immaterialität samt aller zugehöriger, sehr erdiger Konflikte, ist zugleich Herausforderung sondergleichen an die Alte Welt:

Nirgendwo, außer in solchen „neoliberalen“ Agglomerationen der neuen Welt, wird – womöglich freiwillig -so wenig reguliert, so wenig Politik gemacht, so wenig politisch-ökonomisch analysiert. Gegen postmaterielles, neoliberales Gerede zeigt sich, daß jede Entwicklung ihre eigene höchst regulative Komponente enthält.

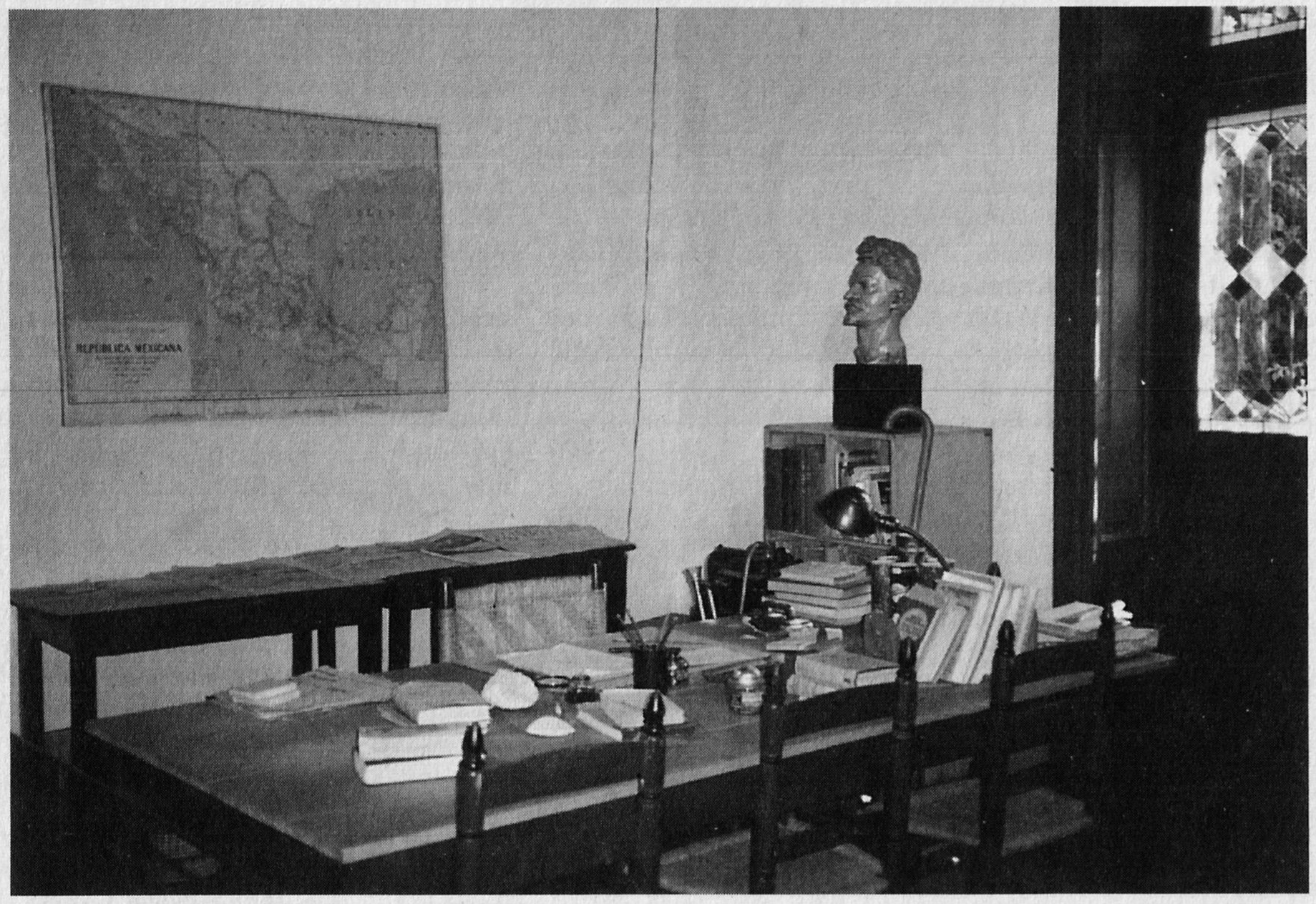
Ein Skandalon ist, daß angesichts der sichtbaren Folgen neoliberaler Freiheit eine derartige Politik der Nicht-Politik hegemonial werden konnte. Gegen solche Demonstration hybrider Post-Pouvoir ist die Krupp'sche Villa Hügel ein fossiles Erbstück nachgerade faßbarer Herrschaft. ●

Lesehinweise: *Saskia Sassan faßt die bisherige Global City-Diskussion zusammen in „Cities in a World Economy“ (Thousand Oakes/London/New Dehli Pine Forge Press 1995) mit umfangreichem Literaturverzeichnis. Als Zusammenfassung ist auch Anthony D. Kings London-Studie „Global Cities“ (London/New York, Routledge 1990) zu erwähnen. Wichtig ist Sassens Untersuchung über New York, Tokyo und London: „The Global City“(Princeton, Princeton Univ. Press 1991). Neben Manuel Castells „The Informational City“ (Oxford, Basil Blackwell 1989) stellt „Global City“ eine der prägenden Arbeiten dar. Neuere Beiträge u.a. von Edward Soja und Peter Marcuse enthält der von Sophie Watson und Katherine Gibson herausgegebene Sammelband „Postmodern Cities and Spaces“ (Oxford, Basil Blackwell 1995). Während dieser Band die „postmoderne“ Richtung veranschaulichen mag, mögen die Fallstudien zu New York und London in „Divided Cites“ (Oxford/Cambridge; Blackwell 1992) , hrsg. von Susan S. Fainstein, Ian Gordon und Michael Harloe, für einen materiellen Zugriff stehen. Zur Kritik an neoliberaler Ökonomie, vgl. Wouter van Dieren (Hg.): Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt, Basel 1995, dort besonders das Vorwort; ferner und von erheblicher Bedeutung für van Dieren ist Daly/Cobb: For the common good, Boston 1989; exemplarisch zu Formen nicht-neoliberaler Politik-Ökonomie am Beispiel Japan vgl.Thomas Neuschwander: Mythos MITI. Industriepolitik in Japan, Frankfurt 1994. Vom Campus-Verlag ist zu empfehlen: Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge, Band 2, 1991.*

EVANGELIA WASDARIS / ANETTE LÜTZEL

Lebenswege

Zwischen Europa und Lateinamerika



Leo Trotzkis Exilwohnung in Mexiko-City. Foto: Sigrid Schönecker

„Exil ist wie wenn Blätter und Wurzeln eines Baumes keinen Kontakt mehr zu Luft und Erde, ihrem Lebensraum, haben. Es ist das plötzliche Ende einer Liebe; es ist wie ein unvorstellbar schreckliches Sterben, weil es ein Sterben ist, das man bewußt erlebt.“

Dieses Zitat von Julio Cortázar spiegelt vermutlich das Gefühl der meisten Menschen wieder, die in dem vor kurzem erschienenen Buch *Lebenswege*, in dem Gert Eisenbürger mit Menschen spricht, die vor der Naziherrschaft aus Europa nach Lateinamerika flüchteten oder als politisch verfolgte LateinamerikanerInnen in Europa Exil suchten, zu Wort kommen. Ihre Flucht und die verzweifelte Suche nach einem Exilland verlief oft unter dramatischen Umständen. Der Abschied von ihrer Heimat und die Trennung von Familie und Freunden bedeutete für sie eine sehr schmerzvolle Erfahrung. Im Gegensatz aber zu vielen anderen, denen die Flucht nicht möglich war oder die am Exil zerbrachen, gelang es ihnen, der Verfolgung zu entgehen und sich in ihrem Zufluchtsland eine neue Existenz aufzubauen.

Es kommen hier aber nicht nur Menschen zu Wort, die in das Exil flüchten mußten, sondern auch Fluchthelfer wie Gilberto Bosques, der während des Zweiten Weltkriegs als Generalkonsul von Mexiko vielen Verfolgten die Emigration über Frankreich nach Mexiko ermöglichte. Die Schauspielerin Steffi Spira gelangte mit Bosques Hilfe nach Mexiko: „Wir waren glücklich, daß wir die Möglichkeit hatten, nach Mexiko zu gehen. Natürlich sind wir gerne dorthin gegangen, wir haben nicht etwa Hemmungen gehabt, nein, wir waren an und für sich sogar glücklich, nicht nach Nordamerika zu gehen, weil wir fanden, Mexiko sei eben doch ein unbetretener Boden.“ Obwohl sie nicht das Exilland auswählen konnte, machte sie sehr positive Erfahrungen in Mexiko und hatte sogar die Möglichkeit, in ihrem Beruf zu arbeiten.

Ein weiteres Land, das zahlreiche Flüchtlinge aufnahm war Argentinien. Nelly Meffert schildert das Leben in der Exilgemeinschaft in Buenos Aires, zu der viele politisch aktive KünstlerInnen und Intellektuelle gehörten. Dazu zählte auch die Familie von August Siemsen. Sein Sohn Pieter berichtet von der Arbeit für die Zeitschrift und Bewegung *Das andere Deutschland*, die sein Vater leitete und die in der linken und demokratischen Strömung eine wichtige Rolle spielte. Für ihn, wie für die meisten Flüchtlinge war es wichtig, ihre politische Arbeit, die auch oft der Grund für ihr Exil war, dort weiterzuführen.

Von dem Weg in die andere Richtung spricht der argentinische Schriftsteller und Publizist Osvaldo Bayer. Nach dem Militärputsch 1976 mußte er Argentinien verlassen und flüchtete nach Deutschland. Doch das Exil erlebte er als sehr zwiespältig, denn er flüchtete in ein Land, das dem Militärregime in Argentinien kritiklos gegenüberstand und es teilweise sogar unterstützte: „... die Verzweiflung, sich da zu befinden, wo das System entwickelt wird, das die Tragödie des Exils, den Tod und die Verhaftung von Freunden ja möglich macht (...)“.

Diese Einschätzung Oswaldo Bayers veröffentlicht Gert Eisenbürger zurecht in seinem Buch mit der Bemerkung, daß sie nichts von ihrer Aktualität verloren habe. Das gleiche trifft auch auf die anderen Interviews zu, die es ermöglichen, einen wichtigen Teil Geschichte zu verstehen und darüber hinaus Parallelen zur heutigen Flüchtlingsproblematik zu ziehen.

Gert Eisenbürger (Hg.):
»Lebenswege – 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika«,
Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg
1995. 240 S., DM 24.-

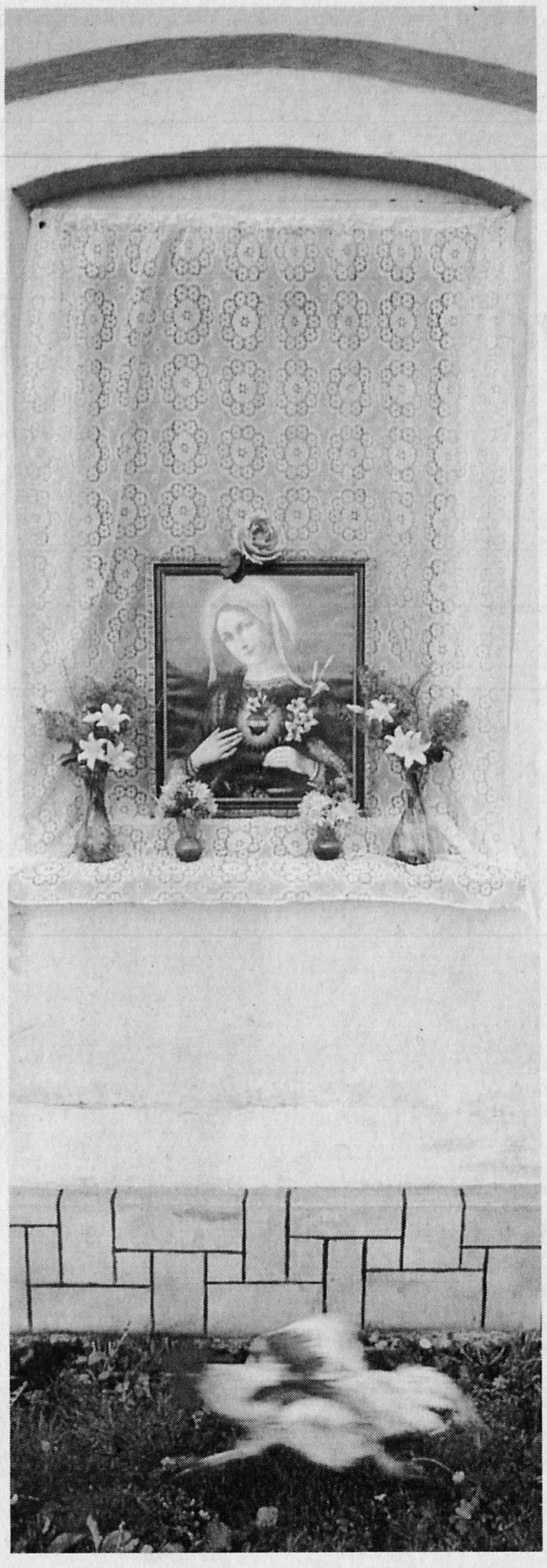
UWE FAHR

Der Mangel an ethischer Reflexion

Oliver Tolmein „Wann ist der Mensch ein Mensch?“

Für das alltägliche Leben gilt heute, was Adorno für die Kunst schon vor einem Vierteljahrhundert notierte: zur Selbstverständlichkeit wurde, daß nichts mehr selbstverständlich ist. Anfang und Ende des Lebens sind zur Manipulationsmasse technischer Verfügungsgewalt geworden, wie die mehr oder minder glücklichen Jahre dazwischen. Reproduktionsmedizin, Keimbahntherapie, pränatale Diagnostik, eine angemessene Definition und Gestaltung des Sterbens und des Todes, medizinischer und alltäglicher Umgang mit Behinderung sind längst politische Themen. Die Schwierigkeiten und Probleme, die um Lebensanfang und das Lebensende in den vergangenen drei Jahrzehnten entstanden sind, werden noch viel Theorie und Praxis verlangen. An diese Fragen kann sich man durch die Lektüre von Oliver Tolmeins Buch „Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen“ annähern. Tolmein kennt sich in den Diskussionen um pränatale Diagnostik, Euthanasie usw. gut aus. Ohne die eigene Unsicherheit zu verdecken, läßt er sich auf Gespräche mit dem Betroffenen ein, er nähert sich den Fragen unakademisch. Immer wieder stellt er die Diskussionen in einen politischen Zusammenhang und versucht, sie nicht von dem Standpunkt einer rein theoretischen Ethik zu bewältigen.

Es sind die lebendigen und anschaulichen Darstellungen der Gespräche, die eigene Erfahrungen und Assoziationen zulassen. Sie sind die eigentlichen Gründe Tolmeins gegen Befürworter der Euthanasie wie Peter Singer. „Die Kommunikation über Ansprache, Mimik, Gestik, Geräusche oder körperlichen Kontakt, die sich im Zusammensein von nichtbehinderten erwachsenen Menschen mit behinderten oder nichtbehinderten Säuglingen oder auch erwachsenen Menschen im Koma entwickelt, ist viel komplexer, als das Singersche Personalitätskonzept ahnen läßt. Die sozialen Beziehungen, die so entstehen, widerstehen auch Singers Annahme, daß sich zum Beispiel behinderte Neugeborene, die er nur als Mängelwesen, nicht als Individuen wahrnimmt, einfach und ohne Verlust ersetzen ließen“. Im philosophisch modischen Slang heißt dies: Tolmein bringt den LeserInnen die Thematik näher als die gängigen philosophischen Abhandlungen, denn er schreibt aus der Perspektive der Teilnehmer, der ersten Person, und nicht aus der Perspektive der Beobachter, der unbeteiligten dritten Person. Dem bloßen Betrachter werden die Menschen unter der Hand zu Dingen, über deren Wert sich entscheiden läßt, er gibt sie so der Macht der Technokraten preis.



Allerdings kann auch Tolmein mit den tatsächlichen ethischen Problemen nicht fertig werden. Sein Konzept einer intuitiven Ethik, die er den Befürworten der Euthanasie entgegensetzt, ist letztlich nicht plausibel. Eine intuitive Ethik hängt von argumentativ und politisch nicht einholbaren Bedingungen ab: von der kontingenten Existenz von Menschen, deren Sozialisation so verlaufen ist, daß für sie die intuitive Ethik intuitiv und verbindlich ist. Zwar gibt es heute noch einen gewissen Konsens, der die Tötung behinderter Menschen verhindert, aber um diesen Konsens zu sichern, bedarf es mehr als einer intuitiven Ethik. Darüber hinaus lassen sich nicht alle Probleme auf diese Weise bewältigen. Einige von diesen, in die Menschen in der konkreten Entscheidungssituation geraten, stellt Tolmein selbst dar. Schließlich sieht Tolmein in Deutschland ein starkes Ressentiment gegen Behinderte und alte Menschen, es unterscheide Deutschland von anderen Ländern. Trifft dies zu, dann läßt sich sagen, daß vielen die Tötung behinderter Neugeborener oder alter und pflegebedürftiger Menschen intuitiv plausibel ist, und tatsächlich scheinen einige darum bemüht zu sein, diese Intuitionen in eine wissenschaftliche und akademische Sprache zu bringen. Gerade die intuitive Ethik und die Forderung, jeden einzelnen Fall für sich zu prüfen, um in der konkreten Situation zu entscheiden führt Tolmein zu einer Aufwertung der phronesis, der alten aristotelischen Urteilskraft, ohne sich dessen bewußt zu sein. Damit verbunden ist ein Traditionalismus, der stets ein Bestandteil aristotelischer Positionen ist.

Aber diese Schwäche des Tolmeinschen Buches dürfte wohl in erster Linie eine Folge des erheblichen Defizits an formulierten normativen Vorstellungen sein. Es war der Hegelsche Begriff der Geschichte, der die kritischen Diskurse nachhaltig geprägt hat. Die Rechtfertigung des eigenen Tuns schien sich in dieser Perspektive zu erübrigen: Irgendwie war man ja auf der Seite des historischen Fortschritts. Der Verlust des Vertrauens in den Fortschritt brach-

te alte theoretische Probleme neu auf die Tagesordnung. Auf die Intuition und damit letztlich auf das bloße Gefühl zurückzugreifen, gibt jedoch zuviel von dem Gehalt der Kritik preis. Eine solche Position verzichtet auf die Verpflichtung zur Rationalität, die ein wesentlicher Bestandteil kritischer Theorie und Praxis ist. Rationalität ist, bei allem Verlust an Vertrauen in den sich selbst erzeugenden historischen Fortschritt, nicht einfach mit technischer oder instrumenteller Rationalität gleichzusetzen. Und bei aller Kritik an Rationalität bleibt doch festzuhalten, daß Rationalität die Fähigkeit aller Menschen zu kritischem Verhalten ist. An den Positionen der Befürworter der Euthanasie muß die Irrationalität der Argumente gezeigt werden. Erst nach einer ideologiekritischen Argumentation ist die politische Einordnung legitim und plausibel. Sonst steht sie in der Gefahr, willkürlich zu sein.

Ein solcher Nachweis hat eine erhebliche Tragweite. Tolmein hat sich an Aktionen beteiligt, die zum Ziel hatten, Veranstaltungen mit Peter Singer zu verhindern. „Mit Zensur oder gar Zerstörung von Grundrechten hat das alles wenig zu tun, es ist Teil einer politischen Auseinandersetzung, in der symbolische Aktionen wie Besetzungen oder ganz gewöhnliche Mittel wie Unterschriftensammlungen eingesetzt werden. Diejenigen, die das tun, gehören größtenteils zu einer in der Gesellschaft marginalisierten und diskriminierten Gruppe.“ Der zivile Ungehorsam dieser Menschen versucht, so Tolmein, „auf eine Grenze aufmerksam zu machen, die nicht überschritten werden soll: Die Aberkennung des Rechts auf Leben für eine wie eng auch immer eingegrenzte Gruppe von Menschen liegt jenseits dessen, was als akzeptierte Meinung in Deutschland diskutiert werden sollte.“ Tolmein rechtfertigt die richtige Handlung mit falschen Gründen. Diskussionen zu stören oder zu verhindern darf nicht einmal „wenig“, sondern darf gar nichts mit Zensur und der Zerstörung von Grundrechten zu tun haben. Dafür ist aber mehr erforderlich als eine intuitive Ethik. Die Irrationalität der Singerschen Behauptungen legitimieren den Protest und nicht die Gewöhnlichkeit der Mittel der politischen Auseinandersetzung oder die Ohnmacht der Protestierenden. Erst dieser Umstand gestattet die Ausgrenzung von Diskursen wie dem über Euthanasie aus wissenschaftlichen und sonstigen Erörterungen. Es ist aber auch Rationalität, die hinter dem von Tolmein in Anspruch genommenen „Sollen“ steht, sie muß entfaltet werden, um plausibel zu machen, warum man nicht über Euthanasie sprechen kann und darf.

Oliver Tolmein:
»Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen«, Carl Hanser Verlag 1993, 188 Seiten

GOTTFRIED OY

Notwendiger Irrtum Identität

Judith Butlers neues Buch *Körper von Gewicht*

Mit ihrem ersten Buch *Das Unbehagen der Geschlechter* (1991) wurde sie zum heftig umstrittenen Star der feministischen Debatten“ heißt es im Klappentext von Judith Butlers neu auf deutsch vorliegendem Band *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts,* der im gleichen Text aufgrund seiner „brillanten und originellen Analyse“ schon vorab zum „Klassiker der feministischen Literatur“ erklärt wird. Große Worte über ein Buch, das gerade erst erschienen ist und über dessen Autorin, die mit ihrer Kritik an identitätspolitischen Ansätzen manch eine und manch einen in Rätselraten versetzt hat.

Nicht zuletzt als Replik auf ihr erstes Buch *Gender trouble* (vgl. dazu Susanne Scholz, *links* Nr. 281/Oktober 1993) gedacht, welches ihr den Vorwurf des linguistischen Idealismus einbrachte, stellt Butler in *Körper von Gewicht* die Frage nach der Materialität in den Mittelpunkt. Sie schlägt vor, den poststrukturalistischen Subjektbegriff durch kritischen Bezug auf psychoanalytische Kategorien zu erweitern. Performanz, die das etabliert, was sich als Seiendes darstellt, funktioniere nicht nur über permanente Reproduktion der symbolischen Ordnung, sondern auch über den Ausschluß des Verwerflichen und des Traumatischen. Butler bezieht sich dabei auf Slavoj Zizeks „Subjekt des Unbewußten“, welches vor der eigentlichen „Anrufung des Subjekts“ (Althusser) existiere und somit den Akt der Subjektwerdung durch seine irrationalen Züge mitbestimme.

Butler greift nun diesen Ansatz auf, um die psychoanalytische Revision des poststrukturalistischen Subjektbegriffs voranzutreiben. Das bei der Subjektbildung verworfene ‘Außen’ übernimmt die Funktion einer definierenden Negativität, in Folge der das Subjekt niemals selbstidentisch sein kann, da es gerade durch diese Verwerfungen und Verdrängungen permanent neu konstituiert wird. Ideologie im Althusserschen Sinne, als ein imaginäres Verhältnis der Individuen zu ihrer Wirklichkeit versucht nun diese Negativität, die Butler auch als Mangel bezeichnet, zu verdecken. Vom Stand-

punkt immanenter Kritik aus wird dieser Mangel zum Ort von Widerstand, da er innerhalb des Diskurses auf die Widersprüchlichkeit identifizierender Akte verweist. Butler eröffnet somit ein Verständnis von Subjektivität, das in seiner Komplexität sowohl die Rolle identifizierender Akte als auch die Bedeutung des Ausschlusses von Nichtidentifizierbarem berücksichtigt, ohne dabei in ontologisierende Kategorien zurückzufallen.

In diesem Kontext wird deutlich, warum sich Butler gegen Identitätspolitik ausspricht. Bezeichnungen innerhalb des politischen Diskurses sind nie lediglich beschreibend, sondern erfüllen immer auch signifizierende Wirkungen, die zum ideologischen Verdecken der Widersprüchlichkeiten von identifizierenden Akten beitragen. Das Ideal, sich selbst als politisches Subjekt innerhalb der vorgegebenen Identitäten wiederzufinden, kann nie völlig befriedigt werden. Selbst das Hinzufügen von immer persönlicher gehaltenen Kategorien führt lediglich zu Streitigkeiten über die jeweilige richtige Selbstdefinition. Butlers Projekt ist es, diesen Prozeß umzukehren. Für sie ist der nicht-deskriptive Charakter von Kategorien gerade die Vorbedingung ihrer politischen Wirksamkeit. Aus dieser antideskriptivischen Perspektive wird es möglich, das Feld der Subversion von Identitäten, des strategischen Umgangs mit den signifizierenden Wirkungen der Kategorien des politischen Diskurses und der Resignifizierung von im heterosexistischen Diskurs verhafteten Bezeichnungen zu eröffnen.

Das Konzept der Travestie als subversive Auflösung der Grenzen zwischen 'originaler' und 'gefälschter' Geschlechtsidentität, das Butler in *Gender trouble* vorstellt, wird in *Körper von Gewicht* anhand des Films *Paris is burning* von Jennie Livingston einer kritischen Revision unterzogen. Travestie wird demnach erst dann subversiv, wenn sie den permanenten Akt der Wiederholung und Re-Inszenierung von Geschlechtsidentitäten durchbricht und diese somit unglaubwürdig macht (ein Argument, das übrigens auch schon in *Gender trouble* fällt, in der Debatte über Butlers Thesen bisher jedoch vernachlässigt wurde).

Butler sieht das Subjekt in aktivem Verhältnis zu seinen eigenen Konstruktionen, da die Anforderungen der Geschlechtsidentität letztlich phantasmatisch bleiben, d.h. sich niemals vollständig erfüllen lassen. Somit ist die diskursive Konstruktion von Identitäten nicht allein als determinierend anzusehen, sondern bereitet auch die Möglichkeit zu politischem Handeln. Butlers Ziel ist es, die Kategorien, die Identität konstituieren, als politische zu fassen, um diese zum Gegenstand von Politik machen zu können.

Butler sieht so die Möglichkeit der subversiven Nutzung der Macht der Performanz. Wichtig ist es ihr dabei zu betonen, daß der Diskurs im Akt der Wiederholung nicht permanent neu hergestellt wird, sondern das Zitieren der Autorität des Diskurses, also der Bezug auf den Diskurs, das ist, was immer wieder hergestellt wird. Es gibt demnach einen dem Subjekt vorgängigen Diskurs, der das 'Ich' als Position des Sprechens entstehen läßt. Das im Althusserschen Sinne angerufene Subjekt schafft also nicht den Diskurs, der als historische Kategorie vorgängig ist, sondern bedient sich seiner Mittel. Um nun im politischen Feld agieren zu können, bedarf es des selbstkritischen Rückgriffs auf Identitätskategorien und des Anspruchs darauf, sich selbst bestimmen zu wollen und die Verwendung dieser Bestimmung zu kontrollieren. In Anlehnung an Gayatri Chakravorty Spivak spricht Butler hier von dem „notwendigen Irrtum" der Identität. Ein notwendiger Irrtum ist es, sich auf Identitätskategorien zu beziehen, da sie in ihrer totalisierenden Wirkung letztlich einzelne Subjekte nicht beschreiben können, die als Orte konvergierender Machtbeziehungen nie mit sich selbst identisch sind. Die herrschende, an Identitätskategorien orientierte heterosexistische Logik der Unterscheidung zwischen Identifizieren und Begehren versuche jedoch die Subjekte darauf festzulegen, daß sie nicht begehren können, mit was sie sich identifizieren. Der politische Anspruch des notwendigen Irrtums der Identität liegt gerade darin, diese Logik zu durchbrechen, die dazu zwingt, permanent die heterosexistische Ordnung zu zitieren um lebensfähig zu werden.

Diese Kritik identitätslogischer, totalisierender Politik, die Butler immer wieder exemplarisch an der westlichen feministischen Bewegung übt, trifft auf alle politischen Bewegungen zu, die mit totalisierenden Kategorien hantieren, ohne ihr eigenes Verhaftetsein in Macht- und Herrschaftsstrukturen zu reflektieren. Butlers Forderung einer Politik, welche die veränderliche Konstruktion von Identitäten als Voraussetzung, wenn nicht sogar als Ziel von Politik ansieht, richtet sich deshalb nicht nur an die feministische Bewegung.

Judith Butler, »Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts.« Aus dem Amerikanischen von Karin Wördemann. Berlin Verlag, Berlin 1995, 368 Seiten, 39.80 DM

URS HAFNER

Marx auf dem Kopf

Judith Jánoska, Martin Bondeli, Konrad Kindle, Marc Hofer: Das „Methodenkapitel" von Karl Marx. Ein historischer und systematischer Kommentar. Basel 1994, Schwabe & Co. 296 Seiten, Fr. 65.-

Kaum ein Denker steckt wie Karl Marx, die Füße auf dem Boden und den Kopf gen Himmel, im eisernen Korsett vorgefaßter Meinungen, in das ihn die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts gezwängt hat. Das Zitieren seines Namens reicht aus, um die riesenhafte Gestalt seines Mythos zu evozieren, dessen Schatten zudeckt, was ihm zuwiderläuft. Ahnte Marx, als er die Beziehung „Marxist" für sich ablehnte, was auf ihn zukommen würde?

Einen nicht einfachen Zugang zu einem wenig bekannten Marx bieten die Berner Soziologieprofessorin Judith Jánoska und ihre ehemaligen Schüler Martin Bondeli, Konrad Kindle und Marc Hofer: Das bescheiden „Kommentar" getaufte stattliche Werk, das zu Marx' Rehabilitation als ökonomischer und philosophischer Klassiker des 19. Jahrhunderts beitragen soll, ist das Resultat eine mehr als zehnjährigen intensiven Auseinandersetzung dieser ForscherInnengruppe mit dem „Methodenkapitel". Diese fragmentarisch gebliebenen und von Marx nicht veröffentlichten Selbstreflexionen – Teil der Einleitung zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" (1857/58), eine Vorstudie zum „Kapital" 81867) – gelten als einer seiner schwierigsten, dunkelsten und zugleich faszinierendsten Texte. Auf nur acht Druckseiten versucht Marx, die theoretische Durchdringung der ökonomischen Realität, der „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft", wie er später sagen wird, methodologisch zu explizieren (21). Daß er auf diese programmatischen Ausführungen nie mehr zurückgegriffen hat, macht sie, auch für die Beurteilung seines späteren Denkens, um so wertvoller.

Obschon das „Methodenkapitel" verschiedenen Strömungen des Marxismus, vom orthodoxen Marxismus-Leninismus über die Kritische Theorie bis hin zu Althusser, nicht nur als Zitatenfundgrube, sondern auch zur Abstützung eines je eigenen Methodenbegriffs diente, mit dem sich die verschiedenen Positionen voneinander abgrenzten, ist es nie zur Gänze analysiert worden. Das holt der „Kommentar" in aller Gründlichkeit nach: Neben einem rezeptionsgeschichtlich vermittelten Einblick in die Geschichte des marxistischen Denkens dieses Jahrhunderts eröffnen die AutorInnen, dem Text akribisch Zeile für Zeile folgend, das Feld der ökonomischen (Smith, Ricardo und andere) und der philosophischen (vor allem Hegel) Diskurse, in dem Marx arbeitete. Wo er historische Verhältnisse anspricht, werden gar sozialwissenschaftliche Folien aufgezogen.

Sein besonderes Interesse gilt der methodologischen Frage, wie gedankliche Kategorien einerseits aufeinander (das „Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten") und andererseits auf die Wirklichkeit (das „Verhältnis von Historischem und Logischem") bezogen werden müssen. Dieses Problem stellt sich für Marx (und den/die LeserIn) um so verwirrender , als die philosophischen Begriffe „abstrakt/konkret" und „historisch/logisch" für beide Ebene gelten: für die ideelle und für die reale, welche aufeinander einwirken können, ohne daß ihre Entwicklung eine entsprechende wäre. Für die reale Ebene muß zudem berücksichtigt werden, daß historische Residuen, Elemente untergegangener Gesellschaftsformationen, in die Gegenwart hineinragen, aber durch die hier herrschende Produktionsweise neu akzentuiert werden. Schließlich schiebt Marx als eine weitere Ebene die wissenschaftsgeschichtliche der Ökonomie ein. Das Resultat, zu dem er über schwindelerregende Um- und Höhenwege und nicht widerspruchsfrei gelangt, besagt, daß sich die richtige Reihenfolge der ökonomischen Kategorien aus ihrer Beziehung innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft ergibt. Damit stellt er sich nicht nur zu einem idealistischen, sondern auch zu einem empirischen und historischen Ansatz quer (246).

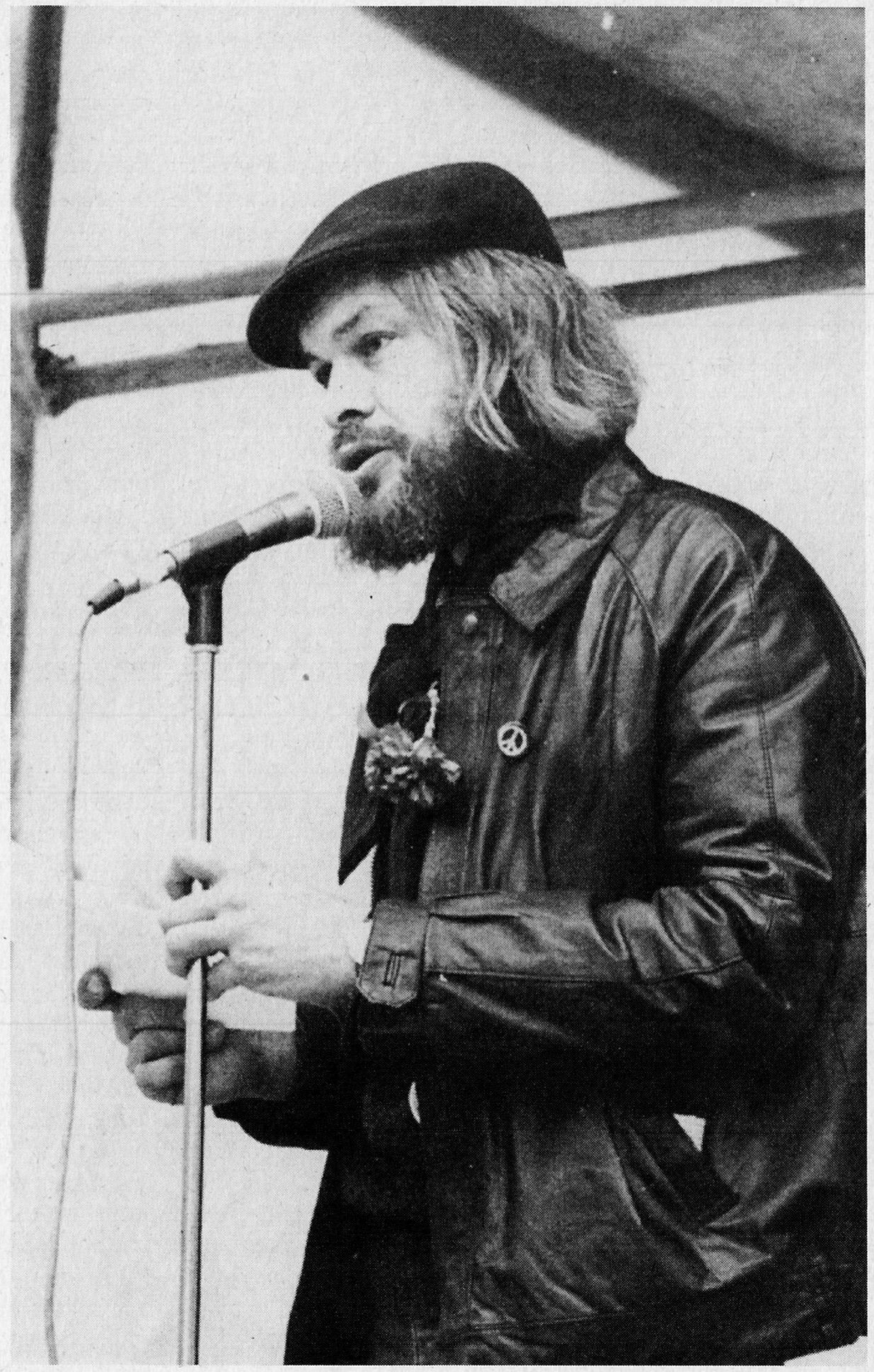
Gerade in bezug auf die Geschichtstheorie lassen sich aus dem Text weitere erstaunliche Schlüsse ziehen, die nicht zum Marx im Korsett passen wollen: Wider eine geschichtsdeterministische Position, die so gerne mit seinem Namen verknüpft wird, sieht er die Möglichkeit, daß sich historische Prozesse ungleichzeitig entwickeln und in verschiedener Weise gleiche Resultate produzieren. Mehr noch: Die Entwicklung hin zur bürgerlichen Gesellschaft ist keine zwangsläufige – denkbar sind auch alternative Verlaufslinien. Die eherne Gesetzmäßigkeit historischer Abfolgen ist aufgesprengt. Marx hat hier. Sogar Selbstkritik übend, mit simplen Linearitäten gebrochen (249).

Ist das „Methodenkapitel" unkonventionell, so trifft auf den ersten Blick für das Vorgehen der AutorInnen das Umgekehrte zu: Sie betrieben an vielen Stelen eine traditionelle, oft exzessiv exegetische Spurensuche, die den Text über weite Strecken mit kontextuellen Mitteln auszulegen sucht, was die Geduld des/der LeserIn strapazieren kann. Zuweilen zöge er/sie eine einfache Zusammenfassung, auf die die AutorInnen leider verzichtet haben, der Abhandlung der Frage vor, welches Buch von William Petty Marx bei der Abfassung eines bestimmten Satzes vor Augen hatte. Doch wenn auch texttheoretische Überlegungen und eine eingehendere Beachtung der formalen und rhetorischen Seiten dem „Methodenkapitel" nur zur Ehre gereicht hätten, so hat man diesem seine Unabgeschlossenheit und Widerspenstigkeit und darin liegt das Nichttraditionelle auch des Buches, nicht mit einer definitorischen Geschlossenheit zu zerstören versucht. Hier hat Marx sein Korsett abgelegt und einen Kopftstand vollführt. ●

Am 26. April dieses Jahres ist Friedrich Wilhelm („Fritz“) Schmidt gestorben. Er ist 55 Jahre alt geworden. Selber nur von lokaler Wirksamkeit, kann sein politisches Schicksal doch als exemplarisch für eine Generation von Sozialisten gelten. Wir dokumentieren daher eine der Reden, die auf seiner Beerdigung gehalten wurden.

ALFRED KROVOZA

Zum Tod von Fritz Schmidt



Genossinnen und Genossen,

ich zögere, diese Anrede nicht zu erweitern, zu modifizieren, zu ergänzen – diese Anrede gleichsam hinter Freundinnen und Freuden, Kolleginnen und Kollegen usw. zu verstekken. Aber gleichzeitig bin ich fest entschlossen, es bei dieser Anrede zu lassen. Zwei Gründe, Genossinnen und Genossen also, habe ich dafür vorzubringen: Die zunächst folgenlose und noch schwache, später vielleicht sich dringlicher anmeldende und in lebensgeschichtlichen Erfahrungen zäh sich wiederholende Ahnung, daß die Menschen in ihrer Geschichte vielleicht doch nicht Genossinnen und Genossen werden können, sondern in die Gestalten von Kollegen, Freunden, Anverwandten gebannt bleiben – dieser Ahnung, die Fritz ein Stück seiner Widerstandskraft gegen das, was ihn innerlich bedrängte, gekostet haben mag, will ich diese Anrede entgegenstellen und damit bezeugen, daß nichts entschieden ist, solange es Erinnerung gibt.

Weniger subtil ist der zweite Grund: Fritz war für mich der Inbegriff des Genossen, wie er es für die meisten von Euch gewesen sein wird, in dem eine Tradition lebendig und gleichsam mit Händen greifbar war, die für so gut wie alle anderen von uns, nämlich die Genossinnen und Genossen der Jahre 1967 – 1972, nur höchst vermittelt und indirekt gegenwärtig war: Der freiheitliche und revolutionäre Sozialismus. Mit schlafwandlerischer Sicherheit und wie instinktiv muß der Ostermarschierer, Kriegsdienstgegner und Gesprächs- wie Korrespondenzpartner alter Anarchisten in dieser Tradition eine Perspektive und ein Projekt für die eigene Zukunft und die seiner Gesellschaft gesehen und in noch ganz jugendlichem Alter mit dem eigenen Lebensentwurf verbunden haben. Als Buchdrucker und Setzer an die condition ouvrière gebunden, hatte er ganz andere authentischere Erfahrungsgründe für diesen Entwurf als die meisten von uns: Und schon lange vor dem „Kurzen Sommer der Anarchie“, der Protestbewegung der Jahre 1967ff., immer wieder das Leben in und mit politischen Gruppen, die den Anspruch erhoben, in ihren inneren Beziehungen die gesellschaftlichen Verhältnisse vorwegzunehmen, für die sie eintraten. Daß er mit dem Anknüpfen an jene Traditionen und ihre scheinbar so unlösbare Verbindung mit dem eigenen Lebensentwurf ein Stück deutscher Schuld ermäßigte, die in der Exilierung und physischen Vernichtung der Träger jener Traditionen im spanischen Bürgerkrieg, in den Lagern usw. bestanden hatte, will ich nur in Parenthese erwähnen.

Ich lernte Fritz 1967 kennen, als es im Zuge der sich entfaltenden Protestbewegung unter seiner maßgeblichen Beteiligung zur Neugründung des Hannoverschen SDS kam. Nicht zuletzt gab er der Hannoverschen Protestbewegung ihren eigenen Charakter: Mehr ein Phänomen der Stadt als der Universität, ein starkes nicht-akademisches Element, größere Präsenz vor den Fabriktoren

Foto von Jochen Stöckmann

und in den Betrieben und Wohnquartieren als andernorts. Wenn ich mich jetzt an ihn in dieser Zeit zurückerinnere, erscheint er mir in einem gleichsam magischen Dreieck von Buch – direkter Aktion – Solidarität. Der Sinn der heute zum Kleingeld der politischen Allerweltsargumentation verkommenen Vokabel Solidarität erschloß sich mir überhaupt erst in seinem unverbrüchlichen Anspruch – nie als Maxime formuliert, durchgängig als Haltung demonstriert –, in den eigenen aktuellen sozialen Beziehungen die Verkehrsformen der angestrebten Gesellschaft zu antizipieren – eine Art kategorischer Imperativ des Sozialrevolutionärs. Dieser Anspruch verband sich aber bei ihm nicht mit jener Robespierreschen Unbestechlichkeit, die unvermittelt in Unmenschlichkeit umschlägt, sondern hatte eine hedonistische, menschenfreundliche Konnotation und Färbung: Das Reisen, die Musik, das Fest, Essen und notabene Trinken waren für ihn immer auch Medium und Gelegenheit jener Antizipationen. (...)

Zu dieser Solidarität gehört auch die Unfähigkeit, jemanden über sich zu dulden, die nur noch von der Unfähigkeit übertroffen wurde, jemanden unter sich zu wissen – so etwas wie konstitutioneller Egalitarismus, mitgeborene Brüderlichkeit. Was Freud über den Krieg sagte, nämlich daß er beim Pazifisten „nicht bloß eine intellektuelle und affektive Ablehnung" hervorrufe, sondern daß dieser eine „konstitutionelle Intoleranz, eine Idiosynkrasie gleichsam in äußerster Vergrößerung" gegen ihn habe, das vermute ich bei Fritz in Bezug auf Herrschaft und soziale Ungleichheit: „Wir sind Pazifisten, weil wir es aus organischen Gründen sein müssen." Vielleicht müssen wir zu Kritikern von Herrschaft und Klassengesellschaft aus eben diesen Gründen werden.

Die „direkte Aktion" – von SDSlern in der US-amerikanischen Protestbewegung beobachtet und hierzulande mit situationistischen und anarchistischen Traditionen verbunden – war der Idee nach die spontane, öffentliche und demonstrative Antwort auf soziales und politisches Unrecht am Ort des Unrechts selber: Sitzstreik („sit-in"), Blockade etc.. Diese Form des politischen Ausdrucks war Fritz wie auf den Leib geschneidert: Angefangen von seiner äußeren Gestalt und seiner Stimmgewalt, die aus sich heraus etwas Aufmerksamkeits- und Achtungsbestimmendes hatte bis hin zum Beharren auf der Selbstevidenz des Unrechts, das keiner langen vorbereitenden Debatten bedürfe. (...)

Mit dem Buch nun, jenem letzten Punkt in meinem magischen Dreieck, hatte es seine ganz besondere Bewandtnis, an die ich mich mit großer Rührung erinnere. Nie verband ich mit Fritz das Klischee vom „lesenden Arbeiter", spricht daraus doch eine subalterne sozialdemokratische Wohlanständigkeitsneigung und Assimilationsbereitschaft. Zum Buch hatte er auf allen Stufen seiner Produktion und Konsumption ein libidinöses Verhältnis – ein libidinöses Verhältnis, wie man es haben muß, wenn man wirklich verstehen will, was gedruckt steht. Er las viel, oft las er laut vor, er kannte seine politischen Klassiker und die Literaturen der Welt. Das Eigenartige und Vergessene zog ihn besonders an. Als Buchdrucker hatte er ein intimes Verhältnis zur Materialität des Buches, zu Papier, Einband, Lettern, Satz. Und die Maschinen, mit denen er Bücher, Broschüren, Plakate und Flugblätter druckte, insbesondere den berühmten Heidelberger Tiegel, hatte er im eigenen Hause stehen. Bei einer dieser Produktionen, nämlich Rudi Dutschkes „Bibliographie des revolutionären Sozialismus", war ich auf allen Stufen beteiligt. Es war faszinierend zu beobachten, wie aus einem lieblos vervielfältigten SDS-BV-Info Zug um Zug eine bibliographile Kostbarkeit wurde. Der technologische Umbruch in seinem Gewerbe, der von der sinnlichen Erfahrung in der Herstellung zunehmend wegführte, muß verstörend auf ihn gewirkt haben. Durch Fritz war Hannover ein Zentrum der Wiederveröffentlichung verschollener und geächteter Texte geworden, insbesondere aus Arbeiter- und psychoanalytischer Bewegung, dann Korsch, Lukàcs, Horkheimers lange zurückgehaltener „Autoritärer Staat", „Dialektik der Aufklärung", „Der autoritäre Charakter" in einer bis dahin nur am Frankfurter Institut für Sozialforschung zugänglichen deutschen Übersetzung und vieles mehr. Raubdrucker wurden er und seinesgleichen genannt, als eine Wiedergutmachung der Bücherverbrennung hab ich es immer nur verstehen können. Einen Gewinn, wenn überhaupt, der nicht der politischen Arbeit zugeflossen wäre, hat es nicht gegeben. (...)

Seine ausgreifenden Lektüren haben Fritz zu einem Satz geführt, der in Ton wie Idee ihm kongenial war. „Die Weisheit der Großväter sitzt mit im Kopf: Wir sind geboren, Arbeit, Kampf und Liebe zu genießen, dafür sind wir geboren und für nichts anderes!" Er findet sich auf einer Postkarte, die die offizin, eine selbstverwaltete Druckerei, die Fritz mitgegründet hatte, zum III. Internationalen 1. Mai-Fest am Lister Turm 1978, herausbrachte. Der Satz stammt von dem Bolschewiken und Schriftsteller Isaak Babel, der ein Opfer der stalinistischen Kulturpolitik wurde. War dieser hochgestimmte Ton durchzuhalten?

Laßt mich mit einem Hinweis auf die jüngste Vergangenheit schließen. Jede Generation in diesem Jahrhundert, die mit der Idee einer sozialistischen Gesellschaft verbunden war, erlebte ihre spezifische Traumatisierung: 1914, 1918, 1933, der Hitler-Stalin-Pakt, der Ungarn-Aufstand, der Prager Frühling, die janusköpfige Entwicklung Vietnams nach dem Fall Saigons vor 20 Jahren. Ich will keineswegs die Gleichartigkeit oder auch nur Vergleichbarkeit dieser Ereignisse behaupten und dann unvermittelt die Ereignisse von 1989 in diese Reihe stellen, aber im Hinblick auf die politisch traumatisierende Qualität für die Menschen, die an die sozialistische Veränderbarkeit der Gesellschaft glauben, sind sie ähnlich. Fritz gehörte ohne Zweifel zu diesen politisch Traumatisierten. Müssen wir nun nicht zugeben, daß es immer unwahrscheinlicher wird, daß, wie Rosa Luxemburg meinte, die soziale Revolution der einzige Sieg ist, der sich durch eine Summe von Niederlagen herstellt? Gehörte Fritz zu denen, die deswegen immer tiefer an ihren Niederlagen litten, weil sie sich genau diese Frage vorgelegt hatten? Sie impliziert keineswegs die Behauptung, daß der Sozialismus , wie er einmal real existiert hat, endgültig über das historische Schicksal des Sozialismus entschieden hat. Aber wir müssen einräumen, daß die letzten Ereignisse jener Kette den Zweifel schwindelerregend gesteigert haben. Oder ist es vielleicht vielmehr so, daß der Sozialismus überhaupt erst jetzt eine reale Chance erhält, und zwar noch ohne daß den Traumatisierten aus dieser Hoffnung schon jetzt subjektive Ressourcen zuwachsen? Dann bliebe Fritz ein Zeuge für die Erfüllbarkeit seiner Wünsche, ohne allerdings von dieser Zeugenschaft selber noch Lebensgewinn zu haben. Um so wichtiger ist er für uns Überlebende.

Noch einmal frage ich: War dieser hochgestimmte Ton durchzuhalten: der lange Weg der Trennung von Illusionen, Selbsttäuschungen und Projektionen unter dem Vorzeichen der politischen und sozialen Entmischung in den 70er und 80er Jahren, wie Peter Brückner sie beklagt und kritisiert hat, muß ihn nun furchtbar beschäftigt haben. Für diese Phase bin ich auf Vermutungen und Indizien angewiesen, weil unsere Beziehung nun selbst in den Sog dieser Zeit geriet. Auf jene Arbeit des Aufspürens des wahren Kerns, den alle Illusionen enthalten, wird er jetzt seine Kräfte konzentriert haben. Sie muß zu schwer gewesen sein, und zwar genau in dem Maße, wie er auf dem Weg in die angestrebte Zukunft weiter vorangekommen war als jeder andere von uns. (...)

Genossinnen und Genossen, wie immer wir selber noch glauben und hoffen, resigniert oder vielleicht sogar verzweifelt sind oder uns einfach – keine leichte Aufgabe übrigens – in den Gang der Dinge geschickt haben, laßt uns Fritz als den Genossen begraben. Wir halten damit die Erinnerung wach an das, wofür er eintrat, und nicht zuletzt an ihn selber. Ich jedenfalls will es so tun und hoffe, daß mich das davor bewahrt zu werden, wie ich nicht sein will. ●

LIEBHABERSTÜCKE ABZUGEBEN!

Wer hätte sie nicht gerne im liebevollen Outfit: solidarisch zusammenstehend, mit aufrechtem Gang, kompakt handgreiflich. Ein gebündeltes Maß an Kritik, Hintergrundwissen, Esprit...

Die gebundene Ausgabe der 'links'.

Frühere Ausgaben sind leider komplett vergriffen. Doch Freunde der 'links' können aufatmen: 1993 und nun endlich auch 1994 können noch erworben werden. Jeweils zum Preis von 80,- DM, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen über: **Verlag 2000, Postfach 10 20 62**
63020 Offenbach
Tel: 069 / 88 50 06
Fax 069 / 82 11 16

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch (siehe die Angebote in den letzten Ausgaben):

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,-/O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 Gebühr bezahlt

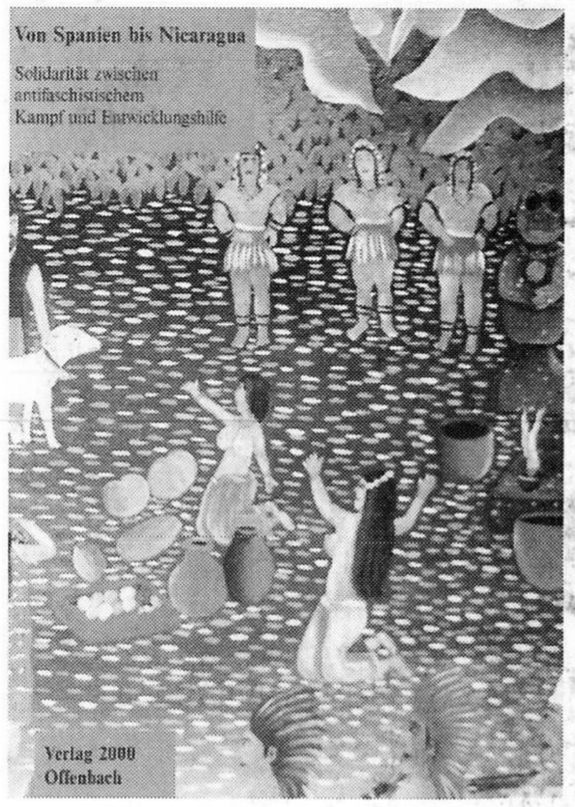
Infoladen Leipzig
Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig
SO 1

Neuerscheinungen im VERLAG 2000

»Von Spanien bis Nicaragua«

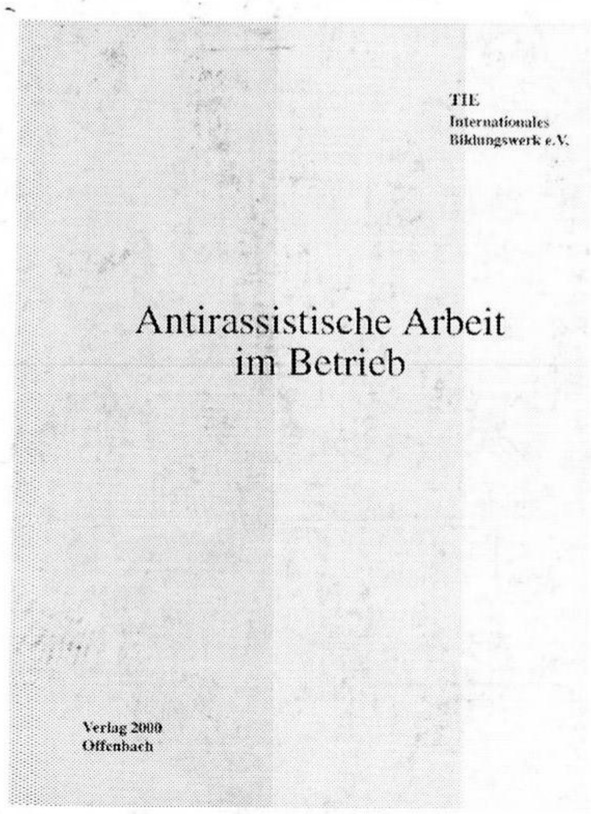
Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe

Autor: **Rosemarie Karges**
Herausgeber: **TIE-Bildungswerk e.V. und Monimbó e.V.**



Die Nicaragua-Solidarität zählte zu den größten, kontinuierlichsten und breitenwirksamsten Solidaritätsbewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik. Ihrem Selbstverständnis nach reihte sich die Bewegung in die Tradition der Internationalen Solidaritätsbewegung ein und verstand sich explizit als politische Bewegung. Anders als vorangegangene „Dritte-Welt"-Bewegungen griff die Nicaragua-Solidarität mit konkreten entwicklungspolitischen Maßnahmen aktiv in das Leben in Nicaragua ein.
Im ersten Teil der Broschüre werden Konzeptionen internationaler Solidarität untersucht: vom antifaschistischen Kampf im Spanischen Bürgerkrieg bis zur Entwicklungshilfe in Nicaragua. Im zweiten Teil wird das Spannungsfeld zwischen „politischer Solidarität" und „Entwicklungshilfe" am Beispiel der Nicaragua-Solidaritätsbewegung untersucht. Grundlage sind die Ergebnisse einer dreijährigen Untersuchungsarbeit. In diesem Rahmen wurden über 1000 Interviews mit NicaraguanerInnen durchgeführt, die die Projektarbeit der Solidaritätsbewegung beurteilten. Mit dieser Broschüre wollen wir zur Diskussion um Zielsetzungen politischer Solidarität beitragen.

ISBN 3-88534-126-3 **60 Seiten, farbige Abbildungen** **DM10,– zzgl. Porto**



»Antirassistische Arbeit im Betrieb«

Autor: **Thomas Kuchinke**
Herausgeber: **TIE-Bildungswerk e.V.**

Seit einigen Jahren beginnen sich unter dem Etikett 'Schlanke Produktion' neue Rationalisierungskonzepte in Betrieben ganz unterschiedlicher Branchen durchzusetzen:

Die vorliegende Broschüre beschreibt den Stand der Diskussion innerhalb eines TIE-Bildungswerk-Projektes 'Rassismus im Betrieb'. Dieses Projekt besteht seit 1992. Beteiligt sind GewerkschafterInnen aus England, Frankreich und Deutschland.

Es hat zum Ziel, dazu beizutragen, das Bewußtsein von Gewerkschaftern in Betrieb und Apparat auf die Höhe des Problems zu bringen. Das bedeutet nicht allein, es zuallererst einmal besser zu verstehen. Es muß eine Praxis angestoßen werden, die die Diskussionen aus dem Ghetto von Ausländerabteilungen, Ausländerbeiräten und Sonntagsreden herausholt und ihr die Bedeutung verleiht, die ihr allein angemessen ist: Die Diskussion über Rassismus ist eine Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften.

ISBN 3-88534-125-5 **40 Seiten, DM 7,– zzgl. Porto**

Zu beziehen über

Verlag 2000 ● Postfach 10 20 62 ● 63020 Offenbach

Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16